SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Lebenschancen im Quartier: Wirkungen sozialräumlicher Strukturen im Stadtteil auf die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung der Bewohner_innen

Schuster, Nina; Volkmann, Anne

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schuster, N., & Volkmann, A. (2019). *Lebenschancen im Quartier: Wirkungen sozialräumlicher Strukturen im Stadtteil auf die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung der Bewohner_innen.* (FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung, 15). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-66340-7

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

FGW-**Studie**
Integrierende Stadtentwicklung 15
Heike Herrmann, Jan Üblacker (Hrsg.)

Nina Schuster, Anne Volkmann

Lebenschancen im Quartier

Wirkungen sozialräumlicher Strukturen im Stadtteil auf die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung der Bewohner_innen

FGW Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung

FGW Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung

Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.)
Kronenstraße 62
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 99450080
E-Mail: info@fgw-nrw.de
www.fgw-nrw.de

Geschäftsführender Vorstand
Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Ute Klammer (stellv.)

Themenbereich
Integrierende Stadtentwicklung
Prof. Dr. Heike Herrmann, Vorstandsmitglied
Dr. Jan Üblacker, wissenschaftlicher Referent

Layout
Olivia Pahl, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung
Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

ISSN
2512-4749

Erscheinungsdatum
Düsseldorf, September 2019

Nina Schuster, Anne Volkmann

unter Mitarbeit von Susanne Frank und Thorsten Wiechmann (Projektleitung), Thomas Terfrüchte und ITMC der TU Dortmund (Statistische Analysen, Onlineumfrage), Ivo Fuentes-Rheinen (Geodatenaufbereitung), Alexa Burczik, Lisa Faulenbach und Kai Zaschel (Studentische Mitarbeiter_innen)

Lebenschancen im Quartier

Wirkungen sozialräumlicher Strukturen im Stadtteil auf die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung der Bewohner_innen

Auf einen Blick

- Das Projekt *Lebenschancen im Quartier* erforscht den Einfluss des Quartiers auf die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten der Lebensgestaltung der Bewohner_innen.
- Lebenschancen konzipieren wir als Zusammenspiel von Bedürfnissen, Orten/Räumen der Bedürfnisbefriedigung, Distanzen und individuell verfügbaren Ressourcen.
- Benachteiligungen hinsichtlich der Realisierung von Lebenschancen entstehen aus dem Zusammenwirken von individuell fehlenden Ressourcen, die benötigt werden, um Distanzen zu den Orten/Räumen der Bedürfnisbefriedigung zu überwinden, und fehlenden nahräumlichen Möglichkeiten.
- Durch diversifizierte Lebenslagen und individuell unterschiedliche Ressourcenausstattungen ist die Wirkung des Quartiers auf seine Bewohnerschaft sehr unterschiedlich. Statt von ‚benachteiligenden Quartieren' zu sprechen, fokussieren wir benachteiligende Lebenslagen und verknüpfen diese mit stadträumlichen Bedingungen.
- Der politische Fokus liegt damit auf den Fragen, wie die Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung im Wohnumfeld erweitert werden können und wie stadträumliche Bedingungen dazu beitragen können, den Bewohner_innen eine Erweiterung ihrer Ressourcen zu ermöglichen.

Abstracts

Lebenschancen im Quartier. Wirkungen sozialräumlicher Strukturen im Stadtteil auf die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung der Bewohner_innen

Ausgehend vom Befähigungsansatz untersucht die vorliegende Studie den Zusammenhang zwischen dem Wohnquartier und den Lebenschancen der Bewohner_innen. Lebenschancen konzipieren wir anhand von individuell bedeutsamen Bedürfnissen und erforschen, inwiefern der sozialräumliche Kontext auf die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten bei der Bedürfniserfüllung wirkt. Unser Augenmerk liegt dabei auf dem Zusammenspiel zwischen Orten/Räumen der Bedürfnisbefriedigung und den individuell verfügbaren Ressourcen, um diese nutzen zu können. Aufgrund von diversifizierten Lebenslagen ist die Wirkung des Quartiers auf seine Bewohnerschaft sehr unterschiedlich. Daher fokussieren wir *benachteiligende Lebenslagen im Quartier*, anstatt von ‚benachteiligenden Quartieren' zu sprechen. Benachteiligungen stellen wir dort fest, wo sowohl nahräumliche Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung fehlen als auch die individuellen Ressourcen, die den Zugang zu Orten/Räumen der Bedürfnisbefriedigung gewährleisten.

Neighborhood opportunities: the effects of socio-spatial structures on chances and freedom of choice in residents' lives

Starting from the capability approach, the study examines the interference between neighborhood and individual life chances. We use the concept of *basic needs* to conceptualize life chances and analyze how a neighborhood determines the fulfillment of needs and the freedom of choice. Thus, we focus on the relation between the relevant facilities and infrastructures for the fulfillment of needs in places or spaces and the individual resources to make use of these facilities. Due to the diversity of social circumstances, neighborhoods have very different effects on their inhabitants. Instead of focusing on 'disadvantaged neighborhoods' we refer to *disadvantaging life circumstances* in neighborhoods. We particularly observe disadvantage whenever there is a lack of both, local facilities as well as individual resources.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis ..... **V**

Tabellenverzeichnis ..... **V**

Dank ..... **VI**

1 Einleitung **1**

Teil I: Forschungsansatz und Theorie **2**

2 Quartierseffekte und Lebenschancen **2**

2.1 Ressourcenansätze in der Forschung zu Quartierseffekten 4

2.2 Soziale Ungleichheit und raumbezogene Benachteiligung 5

2.3 Ressourcen und Gerechtigkeit 6

2.4 Wahlfreiheiten für die Verwirklichung von Lebenschancen 8

3 Der Forschungsansatz des Projekts *Lebenschancen im Quartier* **11**

3.1 Bedürfnisse als Schlüssel zu einem erfüllten Leben 12

3.2 Ressourcen als Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen 16

3.3 Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung 16

3.4 Distanzen zu den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung 18

3.5 Forschungsleitendes Modell 20

4 Methodik **22**

4.1 Ziele der Bewohner_inneninterviews 22

4.2 Kontaktaufnahme und Auswahl der Interviewpartner_innen 23

4.3 Transkription und Datenanalyse 24

Teil II: Analyse **26**

5 Die Stadt Remscheid und die Untersuchungsquartiere **26**

5.1 Remscheid 26

5.2 Auswahl der Quartiere 27

5.3 Rosenhügel 30
5.4 Hasenberg 38
6 Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung der Bewohner_innen aus Hasenberg und Rosenhügel in Einzelportraits 45
6.1 Rosenhügel: Frau R. 46
6.2 Hasenberg: Ehepaar K. 47
6.3 Hasenberg: Herr F. 49
6.4 Rosenhügel: Frau X. 50
7 Die Rolle des Stadtteils für die soziale Vernetzung und die Alltagsorganisation aus Bewohner_innensicht 53
7.1 Soziale Vernetzung und Zugehörigkeit 53
7.2 Die Alltags- und Familienkompatibilität des Stadtteils 56
7.3 Veränderungen der Bedürfnisse und Strategien im Lebensverlauf 59
8 Die Wirkungen des Quartiers auf die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten seiner Bewohner_innen 62
8.1 Veränderung der Lebenslage, Veränderung von Bedürfnissen 63
8.2 Wahlfreiheit und Benachteiligung 65
8.3 Benachteiligende Stadtteile? 68
8.4 Normative Fragen, Quartierseffekte und die Bedeutung von Mobilität 70

Literatur 73

Anhang 82
Liste der Interviews 82

Über die Autor_innen 83

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Forschungsleitendes Modell zur Operationalisierung von Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung der Bewohner_innen 20

Abbildung 2: Verortung der Stadt Remscheid und der beiden Untersuchungsgebiete 26

Abbildung 4: Lage und Abgrenzung des Untersuchungsquartiers Rosenhügel 30

Abbildung 5: Gründerzeitliche Baustruktur in Remscheid-Rosenhügel 32

Abbildung 6: Spielplatz Konsumterrassen und Blick Richtung Innenstadt; Gewerbe im Stadtteil 32

Abbildung 7: Siedlungstypen und Entstehungszeitraum der Bebauung in Rosenhügel 33

Abbildung 8: Bushaltestellen im Bereich des Rosenhügels 34

Abbildung 9: Anteil der Bevölkerung (in %) bis einschließlich 18 Jahre, Rosenhügel 35

Abbildung 10: Anteil der Bevölkerung (in %) ab 65 Jahre, Rosenhügel 36

Abbildung 11: Ausländeranteil (in %) inkl. doppelte Staatsbürgerschaft, Rosenhügel 37

Abbildung 12: Lage und Abgrenzung des Untersuchungsquartiers Hasenberg 38

Abbildung 13: Eigenheime und Geschosswohnungsbauten am Hasenberg 39

Abbildung 14: Geschosswohnungsbauten und Bungalows am Hasenberg 39

Abbildung 15: Siedlungstypen und Entstehungszeitraum der Bebauung am Hasenberg 40

Abbildung 16: Buslinie und Haltepunkte am Hasenberg 41

Abbildung 17: Anteil der Bevölkerung (in %) bis einschließlich 18 Jahre, Hasenberg 42

Abbildung 18: Anteil der Bevölkerung (in %) ab 65 Jahre, Hasenberg 43

Abbildung 19: Ausländeranteil (in %) inkl. doppelte Staatsbürgerschaft, Hasenberg 44

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Menschliche Bedürfnisse 15

Tabelle 2: Ressourcen 16

Tabelle 3: Orte/Räume der Bedürfnisbefriedigung 17

Tabelle 4: Distanzen zu den Orten/Räumen der Bedürfnisbefriedigung 19

Tabelle 5: Bevölkerungsdaten für Remscheid, Rosenhügel und Hasenberg 27

Tabelle 6: Auswahlkriterien für die beiden Untersuchungsgebiete 29

Dank

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die uns bei unserer Forschung vor Ort unterstützt haben, insbesondere bei allen Interviewpartner_innen und weiteren Akteuren im Stadtteil für ihre Zeit, ihr geteiltes Wissen und ihr Vertrauen, und hier besonders beim Stadtteilzentrum/ Bürgerverein Rosenhügel und seiner Stadtteilkoordinatorin Marion Noisten, bei der IG Hasenberg, bei Kai Störte und Irmtrud Stralla vom Städtischen Kindergarten Rosenhügel (IKE) sowie bei Erden Ankay-Nachtwein, Integrationsratsvorsitzende der Stadt Remscheid. Ihre Gesprächsbereitschaft, Unterstützung und Offenheit haben uns Zugang zu vielen Menschen und ihren Perspektiven in Remscheid ermöglicht.

Bedanken möchten wir uns außerdem bei unseren Kolleg_innen an der TU Dortmund, ohne deren Beitrag dieses Projekt nicht hätte durchgeführt werden können: bei Martina List und Ina Stoffer, den Sekretärinnen der Fachgebiete Stadt- und Regionalsoziologie und Raumordnung und Planungstheorie, bei Susanne Frank und Thorsten Wiechmann für die Projektleitung und die gemeinsamen Diskussionen sowie an Susanne Frank für die gründliche Kommentierung des Berichts, und bei Alexa Burczik, Lisa Faulenbach und Kai Zaschel, die als studentische Mitarbeiter_innen im Forschungsprojekt mitgearbeitet haben. Dank an Thomas Terfrüchte für die Durchführung der Statistikanalysen und die Unterstützung bei der Erstellung der Onlineumfrage, gemeinsam mit dem ITMC der TU Dortmund, und an Ivo Fuentes-Rheinen, der für uns die statistischen Auswertungen graphisch aufbereitet hat.

1 Einleitung

Die Lebenschancen von Personen sind von einer Vielzahl struktureller und individueller Faktoren abhängig. Inwiefern der Wohnstadtteil zu diesen Faktoren gehört, ist eine der Schlüsselfragen der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung, der sich auch das Projekt *Lebenschancen im Quartier* widmet. Ob das Quartier auf seine Bewohnerschaft benachteiligend wirkt, ist nicht abschließend geklärt. Diese Frage zu stellen, verlangt nach einem differenzierten Zugang. Genauso wenig wie ein Quartier auf Basis der vorliegenden Forschung pauschal als benachteiligendes Quartier bezeichnen werden kann, sind benachteiligende Effekte für Personen in bestimmten sozialen Lebenslagen pauschal auszuschließen. Die vorliegende Studie trägt diesen Erkenntnissen Rechnung, indem sie in zwei sehr unterschiedlichen Quartieren Bewohner_innen in diversen Lebenslagen in den Blick nimmt und deren wohnortbezogene Lebenschancen differenziert beurteilt.

Das Projekt *Lebenschancen im Quartier* geht von der Annahme aus, dass es in Abhängigkeit von sozialen Lebenslagen unterschiedliche Wirkungen des Quartiers auf die Lebenschancen seiner Bewohner_innen gibt. Die Bewohnerschaft wird nicht als homogene, sondern als ausdifferenzierte betrachtet. Die Untersuchungsfrage lautet daher:

Welche Wirkungen entfaltet das Wohnumfeld auf die Lebenschancen seiner heterogenen Bewohner_innen?

Wir gehen davon aus, dass die Fähigkeiten und Möglichkeiten, sich im und außerhalb des Quartiers wichtige Bedürfnisse zu erfüllen und Lebenschancen wahrzunehmen, zwischen den einzelnen Bewohner_innengruppen in Abhängigkeit von deren Ressourcenausstattung stark variieren. Wir nehmen an, dass die Wirkung des Wohnumfelds davon abhängig ist, welche Möglichkeiten die Bewohner_innen im Quartier suchen und finden. Während es Menschen gibt, für die im Quartier lediglich der private Rückzugsraum der Wohnung relevant ist, gibt es andere, die im Stadtteil ihren Alltag gestalten und dessen Strukturen und Angebote intensiv nutzen. Je nachdem, was und wieviel der Stadtteil bietet, lässt sich dies unterschiedlich gut bewerkstelligen. Um die Lebenschancen zu erfassen, betrachten wir die Strategien von Personen, ihren Alltag und ihr Sozialleben im Quartier und außerhalb zu organisieren. Dabei fokussieren wir auf die Ressourcen, die den Menschen dafür zur Verfügung stehen.

Mittels dieses sozial differenzierten und auf Ressourcen ausgerichteten Ansatzes möchte das Projekt gleichzeitig einen Beitrag zur Untersuchung der Wirkung des Quartiers auf die individuellen Lebenschancen leisten. Denn weder die Perspektive der Bewohner_innen auf ihren Stadtteil noch die Ausdifferenzierung benachteiligender Wirkungen anhand sozialer Lebenslagen sind bisher umfassend erforscht.

Teil I: Forschungsansatz und Theorie

2 Quartierseffekte und Lebenschancen

In der Stadtsoziologie hat die Forschung zu Quartierseffekten bzw. zu der Frage, inwiefern der Wohnort die Lebenschancen und die individuelle Lebenssituation beeinflusst, eine lange Tradition, vor allem in den vielfältigen sozialökologischen Erklärungsansätzen zu Segregation in der Chicago School (vgl. Park/Burgess [1925] 2010). In den 1980er Jahren hat William Julius Wilson diese Forschung unter dem Begriff der *concentration effects* weiterentwickelt (vgl. Wilson 1987). Viele Analysen zur Polarisierung und Spaltung der Städte seit den 1990er Jahren beziehen sich auf die von Wilson formulierten Annahmen zu den (benachteiligenden) Wirkungszusammenhängen von Quartieren und den Lebenschancen ihrer Bewohner_innen (vgl. Castells/Mollenkopf 1991; Marcuse 1993; Häußermann/Kronauer/Siebel 2004).

Die internationale Forschung zu Quartierseffekten hat eine Vielzahl an theoretischen und empirischen Arbeiten hervorgebracht (zum Überblick vgl. Galster 2012; Dangschat 2014). Seit den 1990er Jahren wird auch im deutschsprachigen Raum in der stadtsoziologischen Segregationsforschung zu Quartierseffekten geforscht (vgl. Dangschat 1995; Häußermann 1997; Friedrichs/Blasius 2000). Obgleich politisch und wissenschaftlich umstritten, wird die Hypothese der Quartierseffekte vielfach zur Grundlage zivilgesellschaftlichen und stadtentwicklungspolitischen Handelns gemacht. Die Nähe der stadtsoziologischen Forschung zu stadtplanerischen Ansätzen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Städtebauförderungsprogramm *Soziale Stadt*, ist dabei nicht zufällig (vgl. Güntner 2007; Schnur 2014).

Der Hypothese zu Quartiers- oder Kontexteffekten liegt die Annahme zugrunde, dass Wohnstadtteile für Bewohner_innen förderlich oder benachteiligend sein können. Im Fokus der Forschung stehen insbesondere die (negativen) Auswirkungen von Quartieren auf die Lebenschancen der Bewohner_innen. Vor allem für so genannte ‚benachteiligte' Stadtteile werden entsprechende Effekte angenommen. Damit werden meist pauschal Stadtteile mit einer hohen Konzentration einkommensschwacher und marginalisierter Bevölkerungsgruppen bezeichnet (vgl. Friedrichs 2013; Kurtenbach 2017). Ihnen wird unterstellt, dass sie auf ihre Bewohner_innen „negativ wirken" (Farwick 2012, S. 290) und somit zu ‚benachteiligenden' Quartieren werden (vgl. Häußermann 2003, S. 147). Hartmut Häußermann spricht von einem negativen „Fahrstuhleffekt" dieser Quartiere (Häußermann 2000, S. 17). Während die Forscher_innen eher die Probleme, die sich für Bewohner_innen eines als benachteiligend stigmatisierten Quartiers ergeben, im Blick haben, steht aus stadtpolitischer Sicht oft eher die Sorge um den ‚Abstieg' eines Stadtteils im Vordergrund (vgl. Alisch 2002; Güntner 2007; Keim 2002).

Die Forschung zu Quartierseffekten, also zu den Wirkungen des Stadtteils auf die Lebenschancen seiner Bewohner_innen, ist mittlerweile ziemlich ausdifferenziert; diese Wirkungen werden in

unterschiedlichen Bereichen vermutet. Nach Dangschat werden in die bisherigen Forschungsansätze folgende Aspekte einbezogen: Lage und Erreichbarkeit, die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung, die Ausstattung des Stadtteils, die sozialen Netzwerke der Bewohner_innen, Umweltbedingungen, öffentlicher Raum, Symbolwirkung und Image (Dangschat 2014). Galster unterteilt die forschungsleitenden Annahmen bisheriger Quartierseffekteforschung nach den Wirkungsweisen, auf die die Effekte zurückgeführt werden, in sozialinteraktive, umweltbedingte, territoriale (geographische) und institutionelle Mechanismen der sozialräumlichen Benachteiligung (Galster 2012; vgl. Farwick 2012; Nieszery 2014; Ritterhoff/Volkmann 2014). Ein Großteil der Forschung im deutschsprachigen Raum konzentriert sich dabei auf die sozialinteraktiven Mechanismen; analysiert werden hier die Zusammenhänge zwischen der Sozialstruktur im Quartier, der sozialen Lage und den Lebenschancen der Bewohner_innen (vgl. Friedrichs 1990; Friedrichs/Blasius 2000; Farwick 2002). In diesem Bereich haben sich zum Teil ausgesprochen zugespitzte Annahmen über die Rolle des sozialen Lernens und der sozialen Netzwerke im Quartier herausgebildet. Häußermann und Siebel konstatieren gar, dass in bestimmten Stadtteilen „nur noch eine begrenzte Realitätswahrnehmung möglich und die Übernahme von abweichenden Normen wahrscheinlich“ sei (Häußermann/Siebel 2004, S. 170). Auch Kurtenbach (2017) untersucht die Zusammenhänge von Wohnquartier und sozialen Normen. Die hohe Bedeutung, die der Sozialstruktur in Bezug auf die Quartierseffekte zugemessen wird, ist mit Blick auf das stadtentwicklungspolitisch dominante Leitbild der sozial gemischten Stadt und auf potenzielle Verdrängungsmechanismen durch Stadterneuerungspolitik kritisiert worden (vgl. Holm 2009; Nitsch 2013; Dangschat/Alisch 2014). In diesen Forschungsperspektiven gerät außerdem durch ihren auf ‚benachteiligte Quartiere‘ begrenzten Blick der Gesamtkontext städtischer Segregationsprozesse deutlich aus dem Blick: Segregation hat strukturell immer eine Kehrseite, nämlich den Wegzug derjenigen, die es sich leisten können und Wege dazu finden, was zu einer stärkeren Segregation derjenigen führt, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht wegziehen wollen oder können, gipfelnd im Vorwurf einer planmäßigen, selbstgewählten ‚Absonderung‘ bestimmter (vor allem als nichtdeutsch definierter) Bevölkerungsgruppen: „Konzentration wird nur dann als Problem betrachtet, wenn es sich um die Absonderung von Gruppen handelt, deren Andersartigkeit von der Mehrheit als fremd und bedrohlich definiert wird.“ (Häußermann/Siebel 2004, S. 183-184) Nicht selten ist dies in der Segregationsforschung mit einer vereinfachenden Ethnisierung sozialer Problemlagen verbunden (zur Kritik daran vgl. Schuster 2014, 2018).

Außer zu sozialen Aspekten wird sowohl zu institutionellen Effekten als auch zur stigmatisierenden Wirkung von Quartieren geforscht (vgl. Friedrichs/Blasius 2000; Kronauer/Vogel 2004; Gliemann/Caesperlein 2007). Umweltbedingte und infrastrukturelle Wirkmechanismen wie die Lage und Erreichbarkeit von Infrastrukturen und Daseinsvorsorgeeinrichtungen werden dagegen bisher in der deutschsprachigen Forschung kaum untersucht (vgl. Galster 2012, S. 41), während es dazu im englischsprachigen Raum unter dem Konzept des *spatial mismatch* durchaus Forschung gibt (vgl. Wilson 1997; Atkinson/Kintrea 2001; Orr et al. 2003). Derzeit erfährt aber der Bereich

der umweltbedingten gesundheitlichen Benachteiligung in der deutschen Forschung eine wachsende Aufmerksamkeit (vgl. Greiser/Greiser/Janshen 2007; Flacke/Schüle/Köckler/Bolte 2016).

Die empirischen Befunde zur Hypothese der Quartierseffekte, wonach Quartiere eine benachteiligende Wirkung auf die Lebenschancen ihrer Bewohnerschaft entfalten können, sind auch nach fast einhundert Jahren Forschung nicht eindeutig, was in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung vielfach bemängelt worden ist (vgl. Dangschat/Hamedinger 2007; Häußermann et al. 2010; Galster 2012; Volkmann 2012; Dangschat 2014; Nieszery 2014). Auch wenn bei Teilaspekten wie im Bereich Gesundheit (vgl. Flacke/Schüle/Köckler/Bolte 2016) oder Bildung (vgl. Rámos Lobato/Weck 2017) durchaus signifikante Quartierseffekte nachweisbar sind, bleiben viele Aspekte der Frage, wie und in welchem Maße der sozialräumliche Kontext die Lebenschancen unterschiedlicher Personengruppen beeinflusst, weiterhin ungeklärt. Dies kann einerseits an der grundsätzlichen Schwierigkeit liegen, *verallgemeinerbare* Auswirkungen des Quartiers auf die Lebenschancen der Bewohner_innen zu finden, andererseits aber auch an forschungsheuristischen Problemen, insbesondere aufgrund der schwierigen Kausalitätsbehauptung. Auch die in den Forschungshypothesen oftmals implizite Annahme, bei Quartieren handele es sich um homogene soziale und räumliche Einheiten, trägt dazu bei, dass die Quartierseffekteforschung bei der Bearbeitung der Frage nach einer raumbezogenen Benachteiligung an Grenzen stößt. Quartiere müssen demgegenüber vielmehr als „fuzzy place“ (Schnur 2014, S. 44) und in sich heterogen gedacht werden. Das bedeutet auch, dass ein begrenzter Fokus der Forschung auf das Quartier als Bezugsraum des Lebens der Bewohner_innen meist nicht sinnvoll, also ein kritischer Umgang damit angebracht ist.

2.1 Ressourcenansätze in der Forschung zu Quartierseffekten

Einige differenzierte qualitative Studien haben den Ressourcenansatz in die deutschsprachige Forschung zur ‚benachteiligenden' Wirkung des Wohnumfelds auf dessen Bewohner_innen eingeführt (vgl. Dorsch/Siebert 2001; Kronauer/Vogel 2004; Keim 2004). Sie nutzen den Ressourcenbegriff, um die Ressourcen des Quartiers zu analysieren, die den Bewohner_innen zur Verfügung stehen; einige bezeichnen auch das Quartier selbst als Ressource. Bei Keim sind „Ressourcen zunächst alle Tätigkeiten, Güter, Dienste sowie Fähigkeiten und Beziehungen, mit deren Hilfe die Haushalte im Quartier ihren Lebensunterhalt bestreiten können“ (Keim 2004, o. S.). Dazu gehören Erwerbsarbeit und andere erwerbsnahe Arbeit, das Wissen über die Potenziale der effizienten Bewirtschaftung vorhandener Ressourcen, die Quantität und Qualität sozialer Beziehungen sowie die Kenntnis der Qualität von und die Zugangsvoraussetzungen zu öffentlichen sozialen Einrichtungen und sozialen Anrechten. Dorsch und Siebert bezeichnen das Folgende als Ressourcen: Erwerbsarbeit und Gelegenheitsjobs, das Mietniveau, differenzierte Konsummöglichkeiten, das bauliche Umfeld (Bauweise, Verkehr, Grünflächen, Sauberkeit), soziale Beziehungen, die Nutzung sozialer Einrichtungen und eine liberale Atmosphäre (Toleranz), die gegen Ausländerfeindlichkeit und Alltagsrassismus schützen (Dorsch/Siebert 2001). Vor allem letzterer Ressourcenbegriff beinhaltet, dass die Ressourcen nicht Personen zugeordnet werden,

sondern dem Quartier bzw. dem Lebensumfeld von Personen und den darin vorhandenen Institutionen und Strukturen. Ressourcen werden dabei vor allem an der im Quartier oder benachbarten räumlichen Einheiten vorhandenen Infrastruktur festgemacht. Die Ebene der individuellen Bedürfniserfüllung betrachten diese Autor_innen nicht explizit.

In den genannten Ansätzen kann ein Quartier für seine Bewohner_innen Ressourcen für ihre Lebensgestaltung bereitstellen oder auch restriktiv wirken (vgl. Keim 2002, S. 166-168). Viele Autor_innen gehen dabei implizit davon aus, dass es im Quartier in sich kohärente sozialräumliche Milieus gibt und die Quartiersbewohner_innen sich stark aufeinander beziehen. Die Ressourcen des Quartiers können durch die unterschiedlichen Bewohner_innengruppen in Abhängigkeit von Fähigkeiten, Kenntnissen, Potenzialen, Strategien und Beziehungen unterschiedlich zur Lebensgestaltung genutzt werden. Der Ressourcenbegriff bleibt hierbei konzeptionell wenig ausgearbeitet; indem das Quartier als Ressource verstanden wird, nimmt es neben anderen (strukturellen, sozialen etc.) Ressourcen Einfluss auf die Lebenschancen. Auch bei Farwick findet sich ein ähnliches Verständnis vom Quartier als Ressource, ebenfalls gekoppelt mit einem wenig ausgearbeiteten Ressourcenbegriff (vgl. Farwick 2014).

In der bisherigen Forschung zum Quartier als Ressource bzw. den Ressourcen im Quartier bleibt die Frage offen, ob und inwiefern diese Ressourcen des Quartiers individuell zugänglich und nutzbar sind. Nur, weil im Stadtteil Ressourcen vorhanden sind, bedeutet dies nicht, dass sie auch und für alle nutzbar wären. Als Nutzer_innen der Ressourcen des Quartiers werden dabei außerdem (oft implizit) die sozial benachteiligten Bewohner_innen der Quartiere benannt. Dabei wird pauschal eine sehr heterogene Gruppe zusammengefasst, die als ‚benachteiligt' und schlecht in die ‚Mehrheitsgesellschaft' integriert etikettiert wird.

2.2 Soziale Ungleichheit und raumbezogene Benachteiligung

Trotz der Kritik an der Forschung zu Quartierseffekten ist die raumbezogene Benachteiligung von Personen für die Stadtforschung und die Sozialwissenschaften von großem Interesse. Wir gehen davon aus, dass Ressourcenverfügbarkeit und -nutzbarkeit wesentlich zur Herstellung sozialer Ungleichheit beitragen. Soziale Ungleichheit liegt laut Kreckel

> „[…] überall dort vor, wo die Möglichkeiten des Zugangs zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten sozialen Gütern und/oder zu sozialen Positionen, die mit ungleichen Macht- und/oder Interaktionsmöglichkeiten ausgestattet sind, dauerhafte Einschränkungen erfahren und dadurch die Lebenschancen der betroffenen Individuen, Gruppen oder Gesellschaften beeinträchtigt bzw. begünstigt werden" (Kreckel 1992, S. 17).

Der Zugang über die individuellen Ressourcen hat den Vorteil, dass wir die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung nicht auf das Wohnquartier zu beschränken brauchen, sondern die individuellen Strategien der Bedürfnisbefriedigung berücksichtigen können.

Wenn räumliche Ungleichheit eine Ausprägung sozialer Ungleichheit ist, dann sind die Möglichkeiten, Lebensziele zu erreichen, sich Bedürfnisse zu erfüllen und Zugang zu erstrebenswerten und begehrten Gütern und Positionen zu erlangen, immer auch durch die sozialräumliche Positionierung einer Person bestimmt (vgl. Bourdieu 1997). Die sozialräumliche Positionierung kann nach Bourdieu als doppelt konstituierte Positionierung von Personen im Raum gedacht werden: einerseits als Körper im physischen Raum und andererseits als soziale Wesen im Sozialraum. Der Zugang zum physischen Raum und seine Aneignung, zum Beispiel hinsichtlich des Zugriffs auf den Boden und dessen Nutzungsrechte, wird Bourdieu zufolge durch Machtungleichheiten und Unterschiede im Kapitalbesitz bestimmt, wobei der Wert der physischen Positionierung durch die Distanz zu seltenen Gütern und Diensten definiert wird. Darüber, wie eine Person im Sozialraum verortet ist, entscheidet dagegen ihre soziale Positionierung in der Gesellschaft, und diese ist wiederum von der Macht- und Kapitalausstattung der Person abhängig. In hierarchischen und kapitalistischen Gesellschaften spiegelt sich dementsprechend der Sozialraum im physischen Raum. Die Verteilung von Personen mit bestimmten Strukturmerkmalen nach bestimmten Mustern im Raum ist also nicht nur rein deskriptiv eine sozialräumliche Differenzierung, sondern zugleich auch eine sozialräumliche Ungleichheit.

Galster geht davon aus, dass die Lebenschancen von Personen durch unterschiedliche Kontextfaktoren und individuelle Merkmale strukturiert sind, darunter auch das sozialräumliche Umfeld, zu dem das Quartier gehört (vgl. Galster 2001). Es bildet in Kombination mit den individuellen Merkmalen ein Setting, das Lebenschancen potenziell begünstigt oder erschwert. Dieses Setting setzt sich zusammen aus einer Vielzahl von Aspekten wie dem sozialen Miteinander und den Kontakten, der Mobilität, der Versorgung und dem Einkommen, den Mitbestimmungsmöglichkeiten, den Freizeitoptionen und den Daseinsvorsorgeangeboten, der baulichen Struktur, dem Image und der Identifikation.

2.3 Ressourcen und Gerechtigkeit

Die Frage nach der Wirkung sozialräumlicher Ungleichheit auf die Lebenschancen ist immer auch eine politische Frage, und zwar eine nach raumbezogener Gerechtigkeit. Ein benachteiligender Effekt des Quartiers stellt dementsprechend einen politischen Missstand dar. Gerechtigkeit bemisst sich dann an den Lebenschancen, die Personen haben. Sofern sie durch ihre sozialräumliche Positionierung beeinträchtigt sind, werden sie ungerechtfertigt benachteiligt.

Ressourcen sind in unterschiedlichen Theorien zur Gerechtigkeit und sozialen Benachteiligung ein grundlegendes Kriterium für Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Sie werden in den folgenden Zugängen als individuell verfügbare Einheiten beschrieben. Personen verfügen also über Ressourcen und können diese für die Erreichung bestimmter Ziele und zur Erfüllung von Bedürfnissen nutzen. Der Zugriff auf Ressourcen und deren Einsatzmöglichkeit entscheidet dabei über die soziale Positionierung. So basiert Rawls‘ Gerechtigkeitsverständnis auf einer gerechten Verteilung von Grundgütern (Ressourcen) in einer Gesellschaft. Diese ist gegeben, wenn gerechte

Institutionen eine Verteilung schaffen, durch die den am wenigsten begünstigten Vertreter_innen einer Gesellschaft der größte Vorteil entsteht (vgl. Rawls 2014). Grundgüter sind für ihn „[…] Dinge, von denen man annehmen kann, daß jeder vernünftige Mensch sie haben will" (Rawls 1979, S. 83). Als „wesentliche Grundgüter" definiert er dabei Rechte, Freiheiten, Chancen, Einkommen, Vermögen und das Selbstwertgefühl. Aspekte wie Gesundheit, Phantasie und Intelligenz bezeichnet er als „natürliche Güter" und klammert sie damit aus seiner politischen Gerechtigkeitskonzeption aus (Rawls 1979, S. 83 und 112). In ähnlicher Weise konzipiert Kreckel soziale Ungleichheit über die Verfügbarkeit von (strategischen) Ressourcen (vgl. Kreckel 1992). Benachteiligung bemisst sich für ihn an einem Ausschluss von Ressourcen. Diese verortet er in den folgenden vier Bereichen: (1) materieller Reichtum, (2) symbolisches Wissen, (3) hierarchische Organisation und (4) selektive Assoziation. Diese Bereiche weisen sowohl positions- als auch personengebundene Eigenschaften auf und prägen die Lebenschancen von Menschen (Kreckel 1992, S. 20-21). Kreckel schließt damit an Bourdieus Ansatz an, für den die Verfügbarkeit von ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital den Ausgangspunkt der sozialräumlichen Positionierung einer Person darstellen (vgl. Bourdieu 1983, 1997). Das ökonomische Kapital ist dabei zwar eine der Grundlagen für Erfolgschancen; Bourdieu erweitert den Kapitalbegriff allerdings über den des materiellen Warentauschs hinaus um das kulturelle Kapital (Bildungsabschlüsse, formale Bildungstitel) und das soziale Kapital (soziale Kontakte, Netzwerke), wobei er auf die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Kapitalsorten hinweist. Die Kapitalausstattung der Personen mit ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital ist also der Gradmesser für deren Möglichkeiten zur Aneignung von Räumen und damit auch für den Zugang zu seltenen Gütern und Diensten (vgl. Bourdieu 1997, S. 165).

Sen und Nussbaum kritisieren an den ressourcenbasierten Ansätzen, dass allein auf Basis der Grundgüter (Ressourcen), die einer Person zur Verfügung stehen, nicht auf deren Lebenschancen bzw. deren Benachteiligung geschlossen werden könne (vgl. Sen 2013; Nussbaum 2000), denn „Grundgüter [sind] nur Wege zu anderen Dingen, vor allem zur Freiheit" (Sen 2013, S. 261). Die unterschiedlichen Lebensentwürfe und unterschiedlichen Chancen von Menschen zur Nutzung der Ressourcen würden außer Acht gelassen (vgl. Sen 2013, S. 289).

> „Primary goods suffers from fetishist handicap in being concerned with goods, and even though the list of goods is specified in a broad and inclusive way, encompassing rights, liberties, opportunities, income, wealth, and the social basis of self-respect, it still is concerned with good things rather than with what these good things do to human beings." (Sen 1980, S. 218)

Dagegen setzt Sen seinen Befähigungsansatz (*capability approach*), der sich darauf konzentriert, welches Leben Menschen führen können, „[…] und nicht auf ihre Ressourcen, das heißt den Besitz – oder die Nutzung – von Bedarfsgütern, über die sie verfügen" (Sen 2013, S. 281). Der Befähigungsansatz bringt die Fähigkeit von Personen zum Ausdruck, bestimmte Güter und Ressourcen zu nutzen. Je nach Fähigkeit entscheidet sich, welche Chancen die Personen im Leben haben. Sen greift damit Rawls' Grundgüteransatz auf, der davon ausgeht, dass Gerechtigkeit in

einer gerechten Verteilung von Ressourcen besteht. Allerdings verlagert er das Augenmerk dahingehend, dass er fragt, was diese Ressourcen bei Personen bewirken und welchen Nutzen sie selbst davon haben. Im Fokus stehen also nicht die Grundgüter an sich, sondern deren Beitrag zu einem erfüllten Leben und der Bedürfnisbefriedigung der Menschen. Sen knüpft damit an die aristotelische Interpretation vom ‚guten Leben' an, wonach „das Glück kein Habens-Glück, sondern ein Seins-Glück [ist], denn nicht bereits das Haben von Gütern, sondern erst ihr Gebrauch, ihre Verwendung und Nutzung entscheidet über ein gelingendes Leben" (Kersting 2013, S. 156).

Es geht Sen und Nussbaum in Anbetracht der Differenzen zwischen Personen und ihren unterschiedlichen Bedürfnissen also nicht nur um die Frage, welche Güter (Ressourcen) den Personen zur Verfügung stehen, sondern ebenso sehr darum, welche Wirkung diese Güter auf die Wahlfreiheit der Personen und auf deren Lebenschancen haben.

> „[N]icht jeder benötigt die gleiche Art und Anzahl von Hilfsgütern, um dieselbe Tätigkeiten ausführen zu können. Ein Egalitarismus auf einer solchen Grundlage wäre dann bezogen auf die Herstellung gleich großer Handlungsfreiheit, bestünde also in der Gleichheit spezifischer menschlicher ‚Fähigkeiten' (capabilities). Eine Gleichheit hinsichtlich solcher Fähigkeiten verlangt jedoch oft ein ungleiches Maß der dazu notwendigen Mittel." (Horn/Scarano 2002, S. 341-342)

2.4 Wahlfreiheiten für die Verwirklichung von Lebenschancen

Soziale Ungleichheit ist immer auch im Kontext der Verwirklichung von Lebenschancen zu betrachten und geht mit struktureller Bevorzugung bzw. Benachteiligung einher (vgl. Kreckel 1992). Eine sozialräumliche Benachteiligung ergibt sich, wenn die sozialräumliche Positionierung von Personen eine negative Auswirkung auf deren Lebenschancen hat. In der politisch-philosophischen Theorie werden Lebenschancen als Maßstab von Gerechtigkeit konzipiert (vgl. Dahrendorf 1979; Rawls 1979; Kreckel 2004; Sen 2013). Nach Sen sind Lebenschancen dann umfassend verwirklicht, wenn jemand das Leben führen kann, das sie_er wertschätzt, und dabei eine freie Wahl zwischen unterschiedlichen Alternativen hat. Auf dieser Prämisse basiert sein *Capability*-Ansatz (vgl. Sen 2013, S. 256-259).

> „In diesem Ansatz wird der individuelle Vorteil gemessen an der Befähigung einer Person, die Dinge zu tun, die sie mit gutem Grund hochschätzt. […] Der Schwerpunkt liegt hier auf der tatsächlichen Freiheit einer Person, dies oder jenes zu tun – Dinge, die ihr wichtig sind." (Sen 2013, S. 259)

Ralf Dahrendorf weist allerdings darauf hin, dass es große Unterschiede hinsichtlich der individuellen Vorstellungen von einem erfüllten und glücklichen Leben gibt: „[Die] Vielfalt menschlicher Wünsche, Bedürfnisse und Lebensweisen […] [verbietet] jede allgemeine Definition des Glücks." (Dahrendorf 1979, S. 41)

Über die Möglichkeiten, Lebenschancen zu verwirklichen, wird in der sozialphilosophischen Literatur breit diskutiert (vgl. Dahrendorf 1979; Kreckel 1992; Sen 2013; Rawls 2014). Gerechtigkeit wird dabei meist am individuellen Maßstab festgemacht. Zwei maßgebliche Gerechtigkeitstheorien der politisch-philosophischen Theorie bauen auf dem Konzept der Lebenschancen auf: die ‚Theorie der Gerechtigkeit' von Rawls und der ‚Befähigungsansatz' von Sen (vgl. Rawls 1975; Sen 2013). Beide fragen nach den Bedingungen einer gerechten Gesellschaft und definieren Lebenschancen als politisch-normativen Maßstab der Gerechtigkeit. Lebenschancen werden dabei entweder anhand der Mittel bewertet, die einer Person zu ihrer Realisierung zur Verfügung stehen (vgl. Rawls 1975), oder anhand dessen, was mit diesen Mitteln tatsächlich erreicht werden kann (vgl. Sen 2013). Mit Sen können Lebenschancen gleichzeitig Ziel *und* Voraussetzung von sozialräumlicher Gerechtigkeit sein. Ralf Dahrendorf bezeichnet die Erweiterung menschlicher Lebenschancen gar als den eigentlichen Sinn von Geschichte und gesellschaftlicher Entwicklung (vgl. Dahrendorf 1979, S. 26-27). Vielfach bleibt in diesen theoretischen Ansätzen jedoch unklar, worin genau die Lebenschancen von Personen bestehen und wodurch sie strukturiert werden.

Wahlfreiheiten und die Möglichkeiten der Lebensgestaltung spielen nach Sen und Dahrendorf für die Verwirklichung von Lebenschancen eine entscheidende Rolle. Im Zentrum steht dabei die Frage, welche Bedürfnisse und Wünsche eine Person im Kontext der Erfüllung ihrer Lebenschancen als relevant erachtet. Lebenschancen sind damit Chancen, das Leben, das man sich wünscht, zu realisieren, eine freie Wahl vorausgesetzt (vgl. Dahrendorf 1979; Sen 2013). Für Dahrendorf sind Lebenschancen „Gelegenheiten für individuelles Handeln, die sich aus der Wechselbeziehung von Optionen und Ligaturen ergeben" (Dahrendorf 1979, S. 55). Optionen und Ligaturen bestimmen über die Wahlfreiheiten und sind keine persönlichen Attribute, sondern „Dimensionen der Sozialstruktur, das heißt, sie sind als Bestandteile sozialer Rollen gegeben und nicht als zufällige Gegenstände des Willens oder der Phantasie von Menschen" (Dahrendorf 1979, S. 55). Auch bei Sen spielen die Freiheiten und Wahlmöglichkeiten, im Leben das zu tun, was einem wichtig ist, eine entscheidende Rolle: „Da die Idee der Befähigung oder Chance mit substanzieller Freiheit verknüpft ist, schreibt sie der tatsächlichen Fähigkeit einer Person, die verschiedenen Dinge zu tun, die ihr wichtig sind, eine zentrale Rolle zu." (Sen 2013, S. 281) Um Lebenschancen als Wahlfreiheiten bzw. Freiheiten in der Lebensgestaltung hinsichtlich der Befriedigung von Bedürfnissen zu betrachten, lässt sich Sens Befähigungsansatz verwenden:

> „Die Befähigung […] ist unser Vermögen, vielfältige Kombinationen von Funktionsweisen zu bewerkstelligen, die wir nach Maßgabe dessen, was wir mit gutem Grund hochschätzen, miteinander vergleichen und gegeneinander abwägen können." (Sen 2013, S. 260-261)

Trotz Dahrendorfs Einwand gegen eine Verallgemeinerbarkeit von Glücksvorstellungen erfordert empirische Forschung in diesem Bereich eine Verallgemeinerung, um die Wege zum Glück bzw. die Wahlfreiheiten und die Ergebnisse der Wahl mit dem Ziel eines guten Lebens operationalisierbar zu machen. Johan Galtung schreibt zu dieser Frage, man müsse sich bei der potenziellen Verwirklichung der Menschen, also hinsichtlich dessen, was sie sich unabhängig von ihrer aktuellen Lebenslage für ein Leben wünschen könnten, „von der Frage leiten lassen, ob der zu

realisierende Wert einigermaßen konsensual ist, wenngleich das auf keinen Fall befriedigend ist“ (Galtung 1975, S. 10). Und auch Sen stellt fest:

> „[T]he problem of indexing the basic capability bundles is a serious one. […] [I]t is clear that whatever partial ordering can be done on the basis of broad uniformity of personal preferences must be supplemented by certain established conventions of relative importance.” (Sen 1980, S. 219)

3 Der Forschungsansatz des Projekts *Lebenschancen im Quartier*

Unser Forschungsprojekt hat in kritischer Auseinandersetzung mit der Forschung zu Quartierseffekten einen Ansatz entwickelt und erprobt, um den Zusammenhang von Lebenschancen im Quartier und dem Quartier zu erhellen. Dieser Ansatz fokussiert das Verhältnis von individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung (vgl. Forschungsleitendes Modell, Kap. 3.5) hinsichtlich der Wahlfreiheiten und Möglichkeiten der Lebensgestaltung. Mit der Annahme, dass die sozialräumliche Positionierung Auswirkungen auf die Lebenschancen von Individuen haben kann, übernimmt die vorliegende Studie zwar eine Grundannahme der Forschung zu Quartiers- und Kontexteffekten. Allerdings wollen wir letztere um eine Perspektive erweitern. Unser Untersuchungsgegenstand ist nicht das Quartier an sich, z. B. als ‚sozial benachteiligtes Quartier'. Vielmehr gehen wir von den Individuen und ihren Möglichkeiten der Bedürfniserfüllung aus, und zwar im Hinblick auf den sozialen und räumlichen Kontext. Unsere Annahme ist dabei, dass sich das Lebensumfeld der Menschen selten auf ihr Wohnquartier beschränkt. So kann eine Person die unterschiedlichen Lebensbereiche, wie Erwerbsarbeit, Lernen, Freundschaften, Familienleben und Hobbies, in unterschiedlichen sozialen und räumlichen Settings gestalten. In den Möglichkeiten und Wahlfreiheiten, die Personen haben und nutzen, spiegelt sich ihre sozialräumliche Positionierung wider. Die individuelle Ressourcenverfügbarkeit strukturiert dabei die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung, was sich an den Möglichkeiten und Strategien, sich Bedürfnisse zu befriedigen, zeigt.

Das bedeutet, dass wir Lebenschancen aus der Perspektive der Bewohner_innen auf ihr Leben und ihre räumliche Umgebung als Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung erforschen. Zugleich fragen wir, inwiefern das Quartier aufgrund fehlender, aber auch vorhandener Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung benachteiligend wirkt und inwiefern dies einige Bewohner_innen mehr als andere trifft.

Unser Ansatz orientiert sich an den politischen Gerechtigkeitskonzeptionen von Rawls, Sen und Dahrendorf, die die gesellschaftlichen Institutionen als Garanten von Gerechtigkeit verstehen, als „das einzige Instrument zur Vergrößerung der Lebenschancen aller" (Dahrendorf 1992, S. 269). Unser Ansatzpunkt ist dabei das Quartier als Raum, der Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung eröffnet, aber auch verstellt. Wir fragen, inwiefern die vorhandenen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung einen Einfluss auf die Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung der Bewohner_innen haben. Hinsichtlich der Wahlfreiheit gehen wir davon aus, dass die vorhandenen Strukturen und die Ressourcen den Bewohner_innen sowohl Möglichkeiten bieten als auch Barrieren darstellen können, sich Bedürfnisse zu erfüllen. Den Individuen eröffnen sich besonders große Wahlfreiheiten, wenn ihre Ressourcen so umfassend sind, dass sie sich ihre Bedürfnisse mühelos erfüllen können.

Das Quartier begreifen wir dabei nicht als klar abgrenzbaren Container oder als einen für alle gleich wirksamen räumlichen Kontext. Indem wir die Bedürfnisse und die individuelle Ressourcenverfügbarkeit ins Zentrum stellen, können wir Zusammenhänge mit den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung unterschiedlicher Gruppen von Bewohner_innen herausarbeiten. Da wir es mit einer großen Heterogenität der Bewohnerschaft zu tun haben, erforschen wir sowohl Bedürfnisse als auch Ressourcenverfügbarkeit und Ressourceneinsatz für verschiedene Lebenslagen und soziale Zugehörigkeiten.

3.1 Bedürfnisse als Schlüssel zu einem erfüllten Leben

Wir nutzen zur empirischen Erfassung des ‚guten Lebens' einen eigens entwickelten Ansatz, der in besonderer Weise die individuellen Bedürfnisse und die ebenfalls *individuell* verfügbaren Ressourcen berücksichtigt. Bedürfnisse stellen in diesem Modell das eigentliche Movens menschlichen Handelns dar, die Bedürfnisbefriedigung ist also das Ziel des Handelns. Um ihre Ziele, also die Erfüllung von Bedürfnissen, zu erreichen, setzen die Individuen Ressourcen ein. Erfüllte Bedürfnisse wären in diesem Modell wie ein Gradmesser eines ‚guten Lebens'. Dem liegt die sozialpsychologische Überlegung zugrunde, dass jeder Mensch zu jeder Zeit Bedürfnisse hat. Die Strategien oder Arten und Weisen, diese zu befriedigen, sind zu verschiedenen Zeiten und je nach Individuum und Kontext unterschiedlich; auch sind Bedürfnisse von unterschiedlicher Dringlichkeit. So ist es für alle Menschen lebenswichtig, bestimmte physiologische Bedürfnisse wie Hunger und Durst, Schlaf und Entspannung relativ regelmäßig und häufig zu befriedigen, während z. B. Bedürfnisse nach Gemeinschaft oder intellektueller Entfaltung nicht unbedingt für jeden Menschen regelmäßig oder jederzeit dringlich sind.

In der Sozialpsychologie werden Bedürfnisse als mehr oder weniger verallgemeinerbares Set an erwünschten und angestrebten Zuständen beschrieben. Es besteht eine intrinsische Motivation, sich Bedürfnisse zu erfüllen. Maslow unterscheidet in:

- Physiologische Bedürfnisse
- Sicherheitsbedürfnisse
- Soziale Bedürfnisse
- Individualbedürfnisse
- Selbstverwirklichungsbedürfnisse (vgl. Maslow 1943).

Der Pionier der Bedürfnisforschung hierarchisiert die menschlichen Bedürfnisse in einer Bedürfnispyramide. Neuere Ansätze verzichten auf eine Hierarchisierung der Bedürfniskategorien. So aktualisieren Kenrick/Griskevicius/Neuberg/Schaller die von Maslow entwickelte Bedürfnispyramide als ein überlappendes Schichtensystem.

Die wesentlichen Bedürfnisse sind für sie:

- Physiologische Bedürfnisse
- *S*icherheit/Selbstschutz
- Zugehörigkeit
- Status/Anerkennung
- Partnerwahl
- Partnerschaft und Elternschaft (vgl. Kenrick/Griskevicius/Neuberg/Schaller 2010).

Len Doyal und Ian Gough unterscheiden hingegen nur die zwei Bereiche der individuellen Grundbedürfnisse (Überleben/Gesundheit und Autonomie/Lernen) einerseits und der gesellschaftlichen Grundbedürfnisse (Produktion, Reproduktion, Kultur/Kommunikation und politische Autorität) andererseits, die die Grundlage für die Erfüllung individueller Bedürfnisse darstellen (vgl. Doyal/Gough 1984). Auch der Psychologe Marshall Rosenberg stellt für sein Konzept der Gewaltfreien Kommunikation die menschlichen Bedürfnisse und ihre Erfüllung ins Zentrum. Diese Bedürfnisse werden von allen Menschen geteilt. Er differenziert wie folgt:

- Körperliches Wohlbefinden
- Sicherheit
- Liebe
- Empathie/Einfühlung
- Kreativität
- Geborgenheit
- Spiel, Erholung
- Autonomie/Willensfreiheit
- Sinn/Spiritualität (vgl. Rosenberg 2001).

Ausgehend von der Annahme, dass jegliches menschliche Handeln auf die Erfüllung von Bedürfnissen gerichtet ist, konzipiert Rosenberg das u. a. in der Konfliktmediation viel beachtete Kommunikationskonzept der ‚Gewaltfreien Kommunikation', das von den Gefühlen und Bedürfnissen der Beteiligten ausgeht. Ziel ist es, sowohl den eigenen Bedürfnissen und Gefühlen als auch denen der Mitmenschen mit Empathie zu begegnen und damit Konflikte zu klären.

Auch in der Sozialphilosophie finden sich Bezugnahmen auf Bedürfnisse. So lässt sich das Konzept der ‚Funktionsweisen' bei Amartya Sen zum Konzept der Bedürfnisse in Bezug setzen. Sen bezieht sich darin auf die verschiedenen Bereiche, in denen Menschen in ihrem Leben etwas erreichen wollen: „[I]hre Variationsbreite reicht von guter Ernährung oder Vermeiden eines vorzeitigen Sterbens bis zur Beteiligung am Leben der Gemeinschaft und zur Entwicklung der Kunst, die eigenen Arbeitspläne und Ambitionen zu verwirklichen." (Sen 2013, S. 260)

In entsprechender Weise definiert auch Martha Nussbaum ein Set an „Funktionen“:

- Leben
- körperliche Unversehrtheit
- körperliche Integrität
- Sonne/Vorstellungen/Gedanken
- Emotionen
- Praktische Vernunft
- Zugehörigkeit
- Bezug zu anderen ‚Arten‘
- Spiel/Spaß
- Einfluss auf die eigene Umwelt (vgl. Nussbaum 2000).

Zusammenfassend lässt sich für die vorgestellten Ansätze sagen, dass alle die Besonderheit von Bedürfnissen darin sehen, dass sie von allen Menschen geteilt werden, wenn sie auch je nach Situation unterschiedlich gewichtet und wertgeschätzt werden und Menschen unterschiedliche Strategien nutzen, um sich ihre Bedürfnisse zu erfüllen.

Die Sozialphilosophinnen Nancy Fraser und Martha Nussbaum kritisieren die verschiedenen psychologischen Bedürfnisansätze allerdings für ihre pauschalisierenden und paternalistischen Verallgemeinerungen und ihre kulturelle und historische Unreflektiertheit (vgl. Fraser 1987; Nussbaum 2000). Vor allem im sozialpolitischen Diskurs hat diese Kritik an Vehemenz gewonnen. Die Erfüllung von Bedürfnissen wird dabei zwar als wesentliche Grundlage sozialer Rechte im Wohlfahrtsstaat angesehen, da ein gesellschaftlicher Konsens darüber existiert, dass Menschen frei von ‚Bedürftigkeit‘ sein sollten (vgl. Nussbaum 2000; Dean 2008). Nancy Fraser lehnt jedoch eine Verallgemeinerung menschlicher Bedürfnisse im Kontext einer *politics of needs interpretation* als unzulässig ab, da dabei Bedürfnisse pauschal gewichtet werden als ‚berechtigt‘ oder ‚unberechtigt‘ bzw. ‚sozial erwünscht‘ oder ‚sozial unerwünscht‘, was verbunden wird mit dem Ziel, sie einer sozialstaatlichen Bearbeitung zugänglich zu machen (vgl. Fraser 1987).

Wir gehen in unserer Forschung in Anbetracht dieser Kritik nicht von einem einheitlichen Set an Bedürfnissen aus, die wir pauschal als erstrebenswert definieren und mit einer hierarchischen Gewichtung versehen würden. Vielmehr soll mit Martha Nussbaum unser Ziel das Folgende sein:

> „We want an approach that is respectful of each person’s struggle for flourishing that treats each person as an end and as a source of agency and worth in her own right. Part of this respect will mean not being dictatorial about the good […], leaving individuals a wide space for important types of choice and meaningful affiliation.“ (Nussbaum 2000, S. 69)

Uns geht es dabei einerseits darum, zu erforschen, ob Menschen die für sie relevanten Bedürfnisse auf der Basis ihrer sozialräumlichen Positionierung erfüllen können. Darüber hinaus wollen wir herausfinden, ob sie bezüglich der Art und Weise, sich ihre Bedürfnisse zu erfüllen, eine freie

Wahl haben und welche Distanzen sie dafür jeweils überwinden müssen. Daher haben wir unserer Forschung eine strukturierte, aber nicht hierarchisierte Liste allgemeiner menschlicher Bedürfnisse zugrunde gelegt. Alle Bedürfnisse betrachten wir dabei, angelehnt an die sozialpsychologische Literatur, als Movens des menschlichen Handelns. Die Liste kombiniert die verschiedenen sozialpsychologischen Ansätze:

Tabelle 1: Menschliche Bedürfnisse

Physiologische/ körperliche Bedürfnisse	Gesundheit, Ernährung, Wasser, Atmen, Erholung, Schlaf, Erreichen eines relativ hohen Alters, Intimität, Sexualität, Körperkontakt, Genuss, Bewegung, Naturverbundenheit, Elternschaft
Sicherheits- und Integritätsbedürfnisse	Wohnung, Bewegungsfreiheit, Schutz vor Angriffen/ Übergriffen, Geborgenheit, Stabilität, Ordnung, Rechtssicherheit, Vertrautheit, Ruhe, Alleinsein, Wirksamkeit
Soziale Bedürfnisse	Gemeinschaft, Austausch, Zugehörigkeit, Mitbestimmung, Anerkennung, Wertschätzung, Respekt, Harmonie, Unterstützung, Verständnis
Individualbedürfnisse	Stärke, Erfolg, Unabhängigkeit, Autonomie/Freiheit, Selbstständigkeit, Ansehen, Macht, Selbstvertrauen, Ehrlichkeit, Authentizität
Selbstverwirklichungsbedürfnisse	intellektuelle Entfaltung, Kreativität, Inspiration, Freude, Begeisterung, Spaß, Schönheit, Spiritualität, Feiern

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Maslow 1943; Doyal/Gough 1984, 1991; Nussbaum 2000; Rosenberg 2001; Kenrick/Griskevicius/Neuberg/Schaller 2010; Sen 2013

Diese Liste von Bedürfnissen bildet die Grundlage unserer empirischen Forschung. Wir nutzen sie, um zu untersuchen, ob bzw. inwiefern die für die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse erforderlichen Möglichkeiten vorhanden sind. Diese Möglichkeiten lassen sich räumlich verorten, wie z. B. technische und soziale Infrastrukturen, soziale Netzwerke und Versorgungseinrichtungen (vgl. Kap. 3.3). Die Individuen können dabei zu verschiedenen Zeiten ihres Lebens unterschiedliche Bedürfnisse in den Vordergrund stellen – je nach ihrer jeweiligen Vorstellung von einem ‚guten Leben'.

3.2 Ressourcen als Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen

Ressourcen verstehen wir in Anlehnung an Amartya Sen und Martha Nussbaum als individuell verfügbare Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen. Wie viele bzw. welche Ressourcen die Einzelnen zur Erfüllung bestimmter Bedürfnisse einsetzen, hängt von ihren individuellen Möglichkeiten ab, die wiederum eng verflochten sind mit gesellschaftlichen Strukturen. Angelehnt an Pierre Bourdieus Kapitalkonzept und Reinhard Kreckels daran orientierte Ausführungen unterscheiden wir in materielle, soziale und kulturelle Ressourcen. Die genannten drei Ressourcenformen umfassen folgende Aspekte (vgl. Bourdieu 1983, 1997; Kreckel 1992):

Tabelle 2: Ressourcen

Materielle Ressourcen	Geld, Einkommen, Vermögen, Eigentum
Soziale Ressourcen	Soziale Kontakte, soziale Netzwerke
Kulturelle Ressourcen	Formale Bildungsabschlüsse, informelle Bildung, Wissen, Sprache

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Bourdieu 1983, 1997; Kreckel 1992

Zwar interessiert uns auch, welche Rolle die verschiedenen Ressourcen für die sozialräumliche Positionierung spielen. Allerdings liegt das Augenmerk unseres Forschungsprojekts insbesondere auf der daran anschließenden Frage, ob und inwiefern Menschen ihre jeweilige sozialräumliche Position nutzen können, um Ressourcen zu nutzen bzw. sich Ressourcen zu erschließen und für die Erfüllung der eigenen Bedürfnisse einzusetzen. Ressourcen zeichnen sich dadurch aus, dass die Individuen sie im Laufe ihres Lebens erwerben und teilweise auch wieder verlieren, und zwar abhängig von ihrem sozialen Umfeld und den damit verbundenen Möglichkeiten, aber auch aufgrund von individuellen Anstrengungen. Daher können sie im Laufe ihres Lebens ihre Ressourcen unter bestimmten Bedingungen zwar erweitern, allerdings immer in Auseinandersetzung mit und in Abhängigkeit von ihrer sozialen Position innerhalb gesellschaftlicher Strukturen und Machtverhältnisse.

3.3 Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung

Anders als bisherige Ansätze in der Quartierseffekteforschung gehen wir also davon aus, dass die *Individuen* über Ressourcen verfügen und nicht, dass es der Stadtteil oder die Stadt sind, die Ressourcen zur Verfügung stellen. Die vorliegende Studie arbeitet differenzierter heraus, ob, inwiefern und wo sich die Bewohner_innen ihre Bedürfnisse mit welchem eigenen Ressourcenaufwand erfüllen und welche Distanzen dabei sichtbar werden, die zu überwinden sind – also, wie das Quartier bzw. die Stadt die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten der Lebensgestaltung der

Bewohner_innen beeinflusst. Die Individuen setzen ihre Ressourcen dafür ein, sich ihre Bedürfnisse zu erfüllen. Dabei überwinden sie Distanzen unterschiedlicher Art (vgl. Kap. 3.4) – nicht nur räumliche und zeitliche, sondern auch soziale und symbolische, physiologische und materielle Distanzen, gesetzt den Fall, dass ihre Ressourcen dafür passend sind und ausreichen. Fehlen ihnen Ressourcen, werden Distanzen zu Hindernissen bei der Erfüllung von Bedürfnissen. Auch wenn die Ressourcen bei den Individuen verortet sind, spielt die räumliche Umwelt, also sowohl das Quartier als auch andere Orte, in unserem Forschungsansatz eine entscheidende Rolle. Der Raum als gesellschaftlich strukturierter bietet die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung. Mit Doyal/Dough lassen sich die Strukturen, Institutionen und Umweltbedingungen, die für die Befriedigung von Bedürfnissen notwendig sind bzw. in Anspruch genommen werden, als *need satisfier/intermediate needs* bezeichnen (vgl. Doyal/Dough 1991). Die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung umfassen folgende Aspekte:

Tabelle 3: Orte/Räume der Bedürfnisbefriedigung

Soziale Netzwerke	Bindungen, Nachbarschaft, Familie, Freunde
Soziale und technische Infrastrukturen	Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen, Sport- und Freizeitstätten, ÖPNV-Anbindung, Verkehrserschließung
Kulturelle und soziale Institutionen	(Stadtteil-)Vereine, religionsbezogene Einrichtungen, altersbezogene Einrichtungen (Jugend-/Seniorentreff), Kunst- und Kultureinrichtungen (Kino, Theater, Museum)
Öffentliche und private Räume	Grünflächen, Parks, Plätze, Spielplätze, Naturräume, Wohnungen (private/Rückzugsräume), informelle Treffpunkte
Versorgungseinrichtungen	Supermärkte, Läden, Märkte, Banken, Ärzte, Apotheken
Arbeitsorte, Aus- und Weiterbildungsstätten	Betriebe, Ausbildungsstätten

Quelle: Eigene Darstellung

Uns interessiert dabei, wo und wie sich Personen Bedürfnisse erfüllen, welche Strukturen sie nutzen, welche Hindernisse ihnen begegnen und welche Strategien sie einsetzen. Daraus ziehen wir Rückschlüsse zu den erzwungenen bzw. den freiwillig in Kauf genommenen Distanzen und deren Überwindung. Wenn jemand z. B. bewusst einen anderen Schulstandort wählt als den räumlich nächstliegenden und damit eine größere räumliche Distanz in Kauf nimmt, interessieren wir uns für die Gründe. Diese könnten bei einer hohen sozialen und symbolischen Distanz zum lokalen Schulstandort und einer geringeren zum weiter entfernten Schulstandort liegen.

3.4 Distanzen zu den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung

Wenn Personen sich Bedürfnisse erfüllen, überwinden sie mehr oder weniger große Distanzen zu den Orten/Räumen der Bedürfnisbefriedigung. Die verschiedenartigen Distanzen (vgl. Tab. 4) hängen mit den vorhandenen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, aber auch mit den individuellen Ressourcen zusammen. Ralf Dahrendorf spricht in diesem Kontext von „Optionen und Ligaturen“, welche die Erfüllung von Bedürfnissen strukturieren (Dahrendorf 1979, S. 49-51, Dahrendorf 1992, S. 40). Die Distanzen können geographisch bedingt, aber auch direkt durch Ressourcen strukturiert sein, z. B. durch materielle Ressourcen wie Besitz und Kosten, oder durch soziale Ressourcen wie soziale Kontakte. Daraus können dann z. B. geographische, aber auch materielle oder soziale Distanzen resultieren. Ressourcen müssen eingesetzt werden, um Distanzen zur Bedürfniserfüllung zu überwinden; sie können Distanzen aber auch strukturieren, z. B. durch die Entscheidung für eine Wohnlage. Distanzen unterschiedlicher Art können sich überlagern: So ist im genannten Schulbeispiel die soziale Distanz zum Bildungsstandort gering und die geographische Distanz hoch.

Distanzen haben in unserem Forschungsansatz eine Schlüsselbedeutung. Sie verdeutlichen die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten der Lebensgestaltung der Bewohner_innen und lassen gegebenenfalls auf Benachteiligungen schließen. Dabei ist kein einfacher Rückschluss in dem Sinne sinnvoll, dass wenig überwundene Distanzen eine geringe Benachteiligung bedeuten. Vielmehr muss immer im Kontext beurteilt werden, ob es sich um freiwillige oder erzwungene Distanzen oder eine Mischform handelt und welche Ressourcen jeweils zur Verfügung standen und genutzt wurden, um die Distanzen zu überwinden.

Mit unserem Konzept der Distanzen lehnen wir uns einerseits an Claudia Neu an, die die ungleiche Verteilung von Zugangschancen innerhalb eines Territoriums anhand unterschiedlicher Zugänglichkeiten mit dem Konzept der ‚territorialen Ungleichheit‘ bezeichnet (Neu 2006). Andererseits orientieren wir uns auch hier wieder an Bourdieu, dessen Konzept der ‚Ortseffekte‘ ebenfalls auf Distanzen rekurriert (vgl. Bourdieu 1997). Die Ungleichheiten im Raum zeigen sich dabei in der ungleichen Aneignung der in ihm verteilten, seltenen Güter und Dienste und hängen vom individuellen Kapitalbesitz ab. Ortseffekte bestehen demnach aufgrund der physischen bzw. zeitlichen Distanz zu den im Raum verteilten Gütern und Diensten und der unterschiedlichen Kapitalausstattung, die darüber entscheiden, wie diese Distanzen überwunden werden können. Distanzen und Kapitalausstattung strukturieren also gemeinsam, ob und welche Chancen, Güter und Dienste in Anspruch genommen werden. Mit der jeweiligen Verortung verbunden sind räumliche Profite (bzw. Lokalisationsprofite) in zwei Kategorien: einerseits situationsspezifische Profite durch räumliche Nähe zu knappen Gütern und Diensten, und andererseits positions- oder rangspezifische Profite durch eine distinguierende, raumgreifende Verortung.

Wir verstehen Distanzen dabei nicht ausschließlich als geographisches Maß, wie dies zum Beispiel im Kontext der Aktionsraumforschung (vgl. Scheiner 1998) und für Bourdieu gilt (vgl. Bour-

dieu 1997). Vielmehr erweitern wir den Blick auf darüberhinausgehende Distanzen zu den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, indem wir auch zeitliche, soziale und symbolische, materielle, kulturelle und physiologische Distanzen einbeziehen. *Räumliche Distanzen* lassen sich in Entfernungen messen und sind relativ problemlos zu erheben. *Zeitliche Distanzen* beschreiben den Zeitaufwand, der notwendig ist, um sich ein Bedürfnis zu erfüllen, also die jeweilige Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung zu erreichen – diese Dimension findet sich im Ansatz auch bei Bourdieu (vgl. Bourdieu 1983). Diese zwei Distanzen stehen besonders deutlich im Zusammenhang mit räumlicher Mobilität. Weitere Distanzen wie die *sozialen und symbolischen Distanzen* beziehen sich auf Schichten/Klassen/Milieu, Geschlecht, Ethnizität/*Race* und Alter, auch in ihren intersektionalen Verschränkungen, sowie auf psychologische Aspekte, die Zugangsbarrieren und Ausschluss/Diskriminierung mit sich bringen. Auch eine Bewertung des räumlichen Umfeldes kann auf eine symbolische Distanz hindeuten, wenn sich z. B. eine Bewohner_in über die Verwahrlosung des Stadtteils beklagt. Die *materiellen Distanzen* verdeutlichen Distanzen, deren Möglichkeiten der Überwindung aufgrund von Gebühren, Kosten und Eigentumsverhältnissen eingeschränkt sind, während *kulturelle Distanzen* sich auf fehlendes Wissen (z. B. technisch, handwerklich, kultur- oder kunstbezogen) beziehen.

Tabelle 4: Distanzen zu den Orten/Räumen der Bedürfnisbefriedigung

Räumliche Distanzen	Geographische Entfernung, Topographie, Barrieren (z. B. fehlende Brücken, Straßen, Fuß-/Radwege)
Zeitliche Distanzen	Zeitaufwand für Mobilität zum Erreichen eines Ortes/einer Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung
Soziale und symbolische Distanzen	Barrieren im Zusammenhang von Schicht/Klasse/Milieu, Geschlecht, Ethnizität/*Race*, Alter
Materielle Distanzen	Gebühren, Kosten, Eigentumsverhältnisse
Kulturelle Distanzen	Fehlendes Wissen (z. B. technisch, handwerklich, kultur- und kunstbezogen)

Quelle: Eigene Darstellung

Um Orte/Räume der Bedürfnisbefriedigung zu erreichen, müssen die Individuen also Distanzen unterschiedlicher Art überwinden, wofür sie ihre Ressourcen aufwenden müssen.

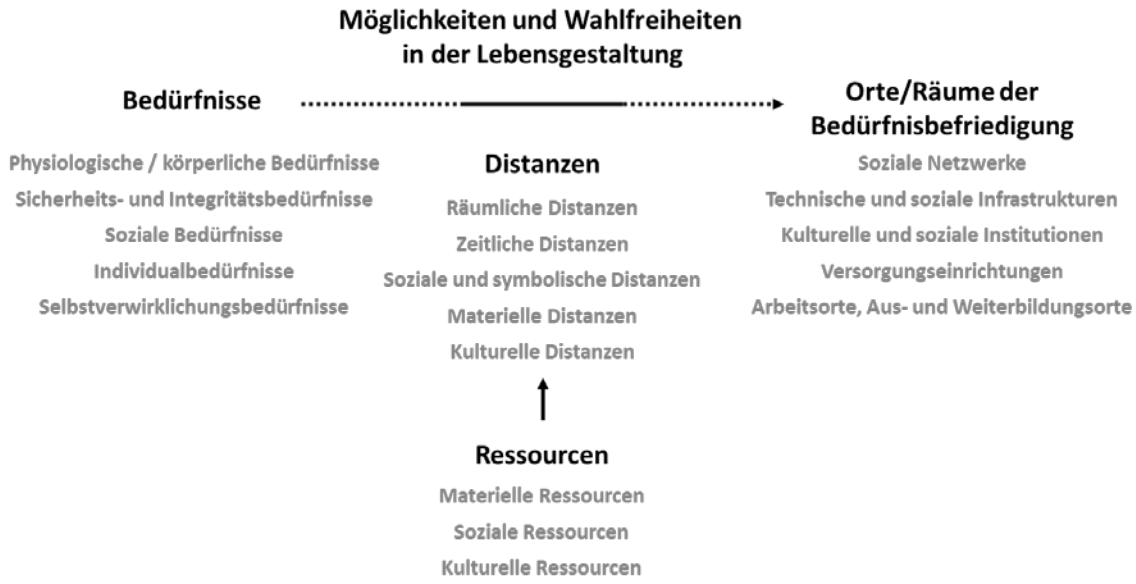
Nicht allein die Ressourcenausstattung einer Person lässt Rückschlüsse auf ihre Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung zu, sondern auch die konkrete Rolle der Ressourcen bei der Erfüllung von Bedürfnissen – genauer: bei der Überwindung und auch bei der freiwilligen Schaffung von Distanzen zu den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung. Wenn die Distanzen gering sind, ist

kein hoher Einsatz an Ressourcen notwendig, diese zu überwinden; erst große Distanzen machen einen hohen Ressourceneinsatz erforderlich. Wenn die Ressourcen aber nicht ausreichen, um Bedürfnisse zu erfüllen, weil die vorhandenen oder erreichbaren Räume/Orte der Bedürfnisbefriedigung nicht ausreichen oder nicht den individuellen Präferenzen entsprechen, kann es auch dazu kommen, dass Bedürfnisse nicht erfüllbar sind. Die Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung der Bewohner_innen können dadurch stark eingeschränkt werden und gänzlich verschwinden. Es entsteht sozialräumliche Benachteiligung, wenn es die Individuen mit den in Stadtteil und Stadt vorhandenen Möglichkeiten und Ressourcen nicht schaffen, ihre Strategien der Bedürfnisbefriedigung so zu verändern, dass sie sich ihre Bedürfnisse erfüllen können.

3.5 Forschungsleitendes Modell

Eine zusammenfassende Darstellung unseres Forschungsansatzes findet sich in Abbildung 1.

Abbildung 1: Forschungsleitendes Modell zur Operationalisierung von Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung der Bewohner_innen



Quelle: Eigene Darstellung

Das forschungsleitende Modell verdeutlicht, wie wir die Zusammenhänge von Bedürfnissen und den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung mit Blick auf die Ressourcen, die die Überwindung von unterschiedlichen Formen von Distanzen ermöglichen, konzipieren. Das Ziel der Lebensgestaltung ist dabei, sich die individuellen Bedürfnisse zu erfüllen. Die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten sind dabei je nach Ressourcenverfügbarkeit und den Möglichkeiten und Strategien

der Bedürfnisbefriedigung unterschiedlich groß. Von der Ressourcenverfügbarkeit hängt ab, ob und wie gut Distanzen überwunden werden können bzw. ob eine Wahl hinsichtlich der Distanzen und ihrer Überwindung besteht. Wenn dabei Distanzen nicht mit den verfügbaren Ressourcen überwunden werden können, bedeutet das, dass soziale Benachteiligung vorliegt.

4 Methodik

Unser Forschungsprojekt hat einen Mixed-Methods-Ansatz genutzt. Neben Stadtteilbegehungen, leitfadengestützten Interviews und Walking-Interviews mit Bewohner_innen, Expert_inneninterviews mit Akteuren im Quartier sowie teilnehmender Beobachtung (z. B. bei Stadtteilkonferenzen, Sitzungen der Stadtteilvereine, politischen Veranstaltungen und Stadtteilfesten) haben wir sekundärstatistische Analysen und eine eigens entwickelte, geodatenbasierte Onlineumfrage zur Nutzung und Bewertung von Orten in Stadt und Stadtteilen durchgeführt. Die Ergebnisse aus den letzteren Datenerhebungen und Auswertungen sind vor allem in die Auseinandersetzung mit Stadt und Stadtteilen eingegangen (vgl. Kap. 5).

Im Zentrum unserer Forschung standen jedoch die leitfadengestützten Interviews und Walking-Interviews mit Bewohner_innen der Stadtteile Remscheid-Hasenberg und Remscheid-Rosenhügel. Im Zeitraum von Juli 2017 bis März 2018 haben wir in jedem Stadtteil leitfadengestützte Interviews und Walking-Interviews (60-90 Minuten) mit insgesamt jeweils 20 unterschiedlichen Bewohner_innen beider Stadtteile durchgeführt. Diese wurden vollständig transkribiert und für die Auswertung codiert. Da wir die Interviews als Schlüssel zur Beantwortung unserer Forschungsfragen betrachten, stellt die Interpretation der Ergebnisse aus den Interviews den Schwerpunkt im vorliegenden Forschungsbericht dar.

4.1 Ziele der Bewohner_inneninterviews

Die Bewohner_inneninterviews haben wir mit dem Ziel geführt, die Zusammenhänge von Bedürfnissen und den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung unter dem Einfluss von Ressourcen, die die Überwindung von unterschiedlichen Formen von Distanzen ermöglichen, aus der Perspektive der Bewohner_innen zu erheben. Dafür haben wir erfragt, welche Bedürfnisse sich die unterschiedlichen Bewohner_innen in beiden Stadtteilen wie und an welchen Orten erfüllen, also welche Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung sie nutzen (oder auch nur anstreben), auf welche Ressourcen sie dabei zurückgreifen, welche ihnen fehlen und welche Distanzen sie überwinden bzw. welche zu einem Hindernis werden. Im Interviewleitfaden standen die Alltagsgestaltung und Wahrnehmung des eigenen Stadtteils bzw. der Stadt im Zentrum. Jedes Interview haben wir mit der folgenden, offenen Frage und einer Erzählaufforderung begonnen: „Zum Einstieg würde ich gern wissen, seit wann Sie hier in Rosenhügel/am Hasenberg wohnen und was Sie hierher geführt hat. Erzählen Sie doch mal.“

Im Gespräch über die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung in Stadtteil und Stadt im Alltag, also in Bezug auf Erwerbsarbeit und Freizeit, Engagement, soziale Kontakte und Versorgung, aber auch zur eigenen Wahrnehmung des Stadtteils und zu möglichen Wegzugsplänen, sind wir sowohl auf die unterschiedlichen Bedürfnisse (physiologische/körperliche Bedürfnisse, Sicherheits- und Integritätsbedürfnisse, soziale Bedürfnisse, Individualbedürfnisse, Selbstverwirkli-

chungsbedürfnisse) und die unterschiedlichen Strategien der Bewohner_innen, sich diese zu erfüllen, eingegangen als auch auf die Orte dafür und die Verfügbarkeit von Ressourcen (materielle, soziale und kulturelle) bzw. den Mangel an Ressourcen. Daraus lässt sich ableiten, welche Distanzen die Bewohner_innen erleben und ob und wie sie diese überwinden können. Und es kann unterschieden werden in einerseits Distanzen, die sie *gezwungen* sind zu überwinden und zu überwinden schaffen, und andererseits Distanzen, die sie *freiwillig* in Kauf nehmen und zu überwinden schaffen; drittens gibt es für einige Bewohner_innen auch Distanzen, die sie *gezwungen* sind zu überwinden, die sich aber zu Barrieren entwickelt haben und für sie nicht überwindbar sind. Dies ist als soziale Benachteiligung zu interpretieren, die auch durch das Quartier bedingt sein kann.

4.2 Kontaktaufnahme und Auswahl der Interviewpartner_innen

Bei der Auswahl der Interviewpartner_innen war es unser Ziel, ein möglichst breites Spektrum an Bewohner_innen hinsichtlich Alter und Lebensphase, Wohndauer im Stadtteil, Geschlecht, Klasse, Bildungsgrad, Herkunft und Gesundheit zu befragen.

- **Alter**: In beiden Stadtteilen haben wir einige jüngere Männer im Alter zwischen 25 und 35 Jahren interviewt, mehrere Einzelpersonen und heterosexuelle Paare im Alter zwischen 35 und 50 Jahren und im mittleren Alter zwischen 50 und 70 Jahren sowie einige ältere Menschen im Alter zwischen 75 und 90 Jahren, davon einige Freundinnenpaare. Junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren konnten wir nicht für ein Interview gewinnen; der Anteil unserer über 50jährigen Gesprächspartner_innen ist hingegen relativ hoch.

- **Bildungsgrad und Beschäftigung**: Hinsichtlich des Bildungsgrades war das Spektrum von ungelernt bis zum höheren Beamtendienst vertreten. Wir haben auch mit einigen Erwerbsarbeitslosen und vielen Rentner_innen gesprochen.

- **Gesundheit**: Mehrere Interviewpartner_innen waren chronisch krank oder gesundheitlich eingeschränkt.

- **Herkunft/Nationalität**: Wir haben sowohl mit deutschstämmigen Personen, darunter Remscheider_innen und Menschen aus anderen Teilen Deutschlands, als auch mit Menschen, die selbst oder deren Eltern oder Partner_innen aus dem Ausland zugewandert sind, gesprochen. Auch hier war ein breites Spektrum vertreten hinsichtlich der Zeit, die seit der Zuwanderung vergangen ist, sowie hinsichtlich der Frage der Identifikation mit Wohnort und Land.

- **Geschlecht**: Es haben sich etwa doppelt so viele weibliche wie männliche Bewohner_innen zu einem Interview bereiterklärt.

Die meisten Interviews konnten in deutscher Sprache geführt werden. Acht der Interviews haben wir mit jeweils zwei Personen geführt, wobei meistens nur eine der Personen von uns angefragt worden war und die andere Person zum Interview mitgebracht wurde; ein Interview wurde mit drei Personen und einer Dolmetscherin geführt, ein Interview war ein Gruppengespräch mit 12 Senior_innen. Den Großteil der Interviews haben wir in der Wohnung der Interviewpartner_innen geführt, einen kleineren Anteil in einem separaten Raum im jeweiligen Stadtteilzentrum. Die Atmosphäre der Interviews lässt sich für alle Interviews als ausgesprochen freundlich und zugewandt charakterisieren. Vielen Interviewpartner_innen war anzumerken, dass es ihnen Spaß machte, einer außenstehenden Person aus ihrem Leben zu berichten. Keine_r der Interviewpartner_innen war uns vor Beginn der Forschungsarbeit näher bekannt.

Die Kontaktaufnahme mit den Bewohner_innen war insgesamt recht mühsam, da wir selbst erst Kontakte in den Stadtteilen herstellen mussten und für diese Art von Gesprächen ein gewisses Maß an Vertrauen seitens der Interviewten notwendig ist. Zugleich war unser Anliegen den Bewohner_innen nicht so leicht zu vermitteln, da sie selbst sich nicht unbedingt in der Rolle wohlfühlten, als Expert_innen ihres Alltags im Stadtteil sprechen zu können. Dennoch haben wir zahlreiche Interviewpartner_innen für unsere Forschung gewinnen können. Einige Kontakte haben die Aktiven im Stadtteilzentrum bzw. im Stadtteilverein für uns geknüpft, manche haben sich auch selbst für das Gespräch zur Verfügung gestellt; weitere Kontakte konnten wir über die Stadtteilkonferenzen in den Quartieren herstellen, in denen wir unser Projekt vorgestellt haben. Ergänzend haben wir gezielt Kontakt zu Institutionen des sozialen, sozialpolitischen und Bildungsbereichs im Stadtteil aufgenommen. Einige Interviewpartner_innen erklärten sich außerdem im Rahmen unserer Onlineumfrage zu einem Interview bereit; weitere kamen durch die Vermittlung unserer Interviewpartner_innen hinzu (Schneeballeffekt).

4.3 Transkription und Datenanalyse

Alle Interviews haben wir vollständig transkribiert. Dabei haben wir sprachliche Eigenheiten der Interviewpartner_innen weitgehend beibehalten, da wir sowohl Unterbrechungen im Erzählfluss als auch Verzögerungen, kurze Einschübe und sprachliche Unsicherheiten in der Analyse berücksichtigen wollten. Auch nichtsprachliche Äußerungen wie Lachen, Räuspern, Schnauben, Stöhnen und expressiv eingesetztes Einatmen sowie hörbare, besondere Gefühlslagen und Besonderheiten beim Sprechen (wie leiser/lauter werden) wurden transkribiert, um die textliche und die nichttextliche Ebene möglichst situations- und sinnadäquat gemeinsam interpretieren zu können. Die Transkribierenden waren außerdem angehalten, Auffälligkeiten und Besonderheiten des Interviews, die beim Transkribieren auffielen, festzuhalten, besonders Unregelmäßigkeiten des Gesprächs wie Unterbrechungen, häufiges Abschweifen, eine besondere Stimmungslage, Irritationen während des Gesprächs, eine ungewohnte Rollenverteilung, Unstimmigkeiten zwischen den Gesprächspartner_innen und (vor allem bei den Walking-Interviews) Begegnungen mit anderen Menschen im Stadtteil sowie besondere Umweltgeräusche.

Für die Analyse wurden die Interviews mithilfe von MAXQDA hinsichtlich der Bedürfnisse, die die Interviewpartner_innen angesprochen haben, codiert. In den daran anschließenden Auswertungsarbeitsschritten haben wir herausgearbeitet, welche Bedürfnisse die jeweiligen Interviewpartner_innen als besonders wichtig genannt haben und wie und wo sie sich diese in Bezug auf die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung erfüllen. Darüber hinaus haben wir analysiert, welche Bedürfnisse für sie schwierig oder gar nicht erfüllbar sind. In unserer Interpretation haben wir schließlich die Bedürfniskonstellationen auf die Ressourcenverfügbarkeit der Personen und auf die zu bewältigenden Distanzen bezogen (vgl. Kapitel 6, 7 und 8). Die Auswertungsschritte waren von intensiven Diskussionen in der Forschungsgruppe zur Interpretation der einzelnen Fälle begleitet. Dadurch konnten wir zu einem geteilten Verständnis der Zusammenhänge von Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung im Quartier und Bedürfnissen, Ressourcen und Distanzen kommen.

Teil II: Analyse

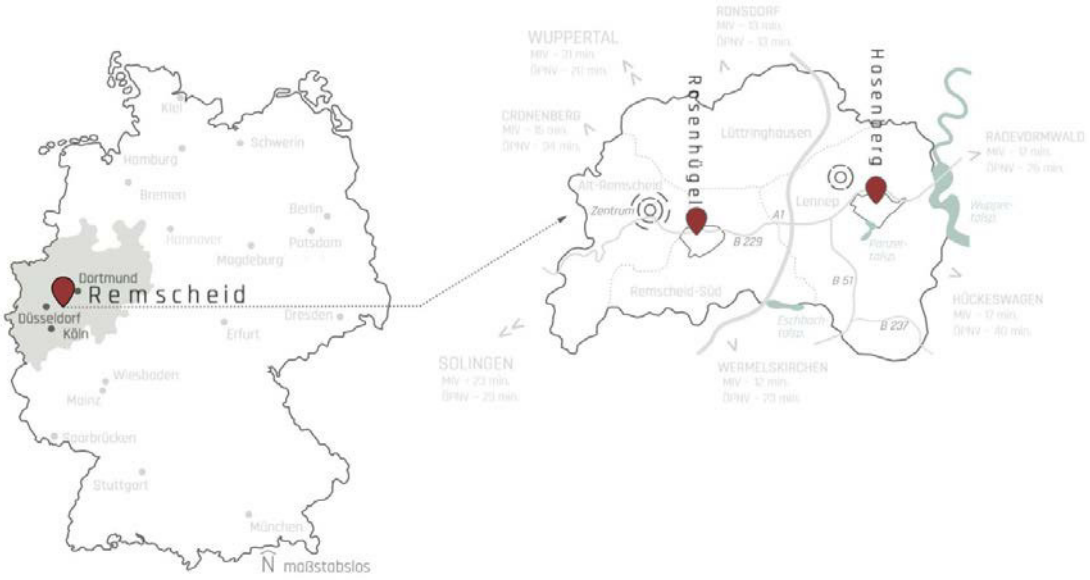
5 Die Stadt Remscheid und die Untersuchungsquartiere

Im Folgenden erläutern wir die geographische Lage und die Stadtentwicklung der Stadt Remscheid und begründen die Auswahl der Fallbeispielquartiere der Studie. Die Darstellung beruht auf Literatur- und Onlinerecherchen zu Stadt und Stadtteilen, auf Ortsbegehungen und Expert_innengesprächen und auf eigenen sekundärstatistischen Auswertungen.

5.1 Remscheid

Die nordrhein-westfälische Stadt Remscheid im bergischen Städtedreieck entwickelte sich im Zuge der Industrialisierung zu einem bedeutenden Zentrum der Metall- und Werkzeugindustrie. Seit den 1970er Jahren ist die Stadt mit den Folgen des ökonomischen (Deindustrialisierung) und des demografischen Strukturwandels (Schrumpfung, Alterung, Heterogenisierung) konfrontiert. Heute ist Remscheid als Mittelzentrum mit knapp 113.000 Einwohner_innen die kleinste kreisfreie Großstadt in NRW – die Stadt hat seit 1970 etwa 17 % ihrer Einwohner_innen verloren (vgl. Stadt Remscheid 2018a).

Abbildung 2: Verortung der Stadt Remscheid und der beiden Untersuchungsgebiete



Quelle: Eigene Darstellung

Remscheid weist, nach Mülheim und Oberhausen, mit knapp 7.000 Euro/EW die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung der NRW-Kommunen auf (vgl. IT.NRW 2018b). Die Stadt ist gekennzeichnet durch sozial und baulich heterogene Quartiere und eine bewegte Topographie mit teils gravierenden Höhenunterschieden und Steigungen. Sie wird seit der Industrialisierung von Zugewanderten geprägt und hat einen hohen Ausländeranteil (17,4 %). Der Anteil an Einwohner_innen mit Migrationshintergrund liegt im stadtweiten Durchschnitt bei 36,2 %. Die häufigsten Staatsangehörigkeiten in Remscheid nach der deutschen sind die türkische (ca. 8.800 Personen), die italienische (ca. 4.500 Personen) und die polnische (ca. 4.300 Personen) (vgl. Stadt Remscheid 2018a). Der Jugendquotient der Stadt Remscheid liegt mit 31,2 % und der Altenquotient mit 36,9 % etwa im Durchschnitt des Landes NRW (vgl. Stadt Remscheid 2018b; Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 2018). Sowohl hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung und der Altersstruktur als auch in Bezug auf die Staatsbürgerschaft und den Migrationshintergrund ist die Stadt Remscheid sehr heterogen (vgl. Stadt Remscheid 2018a).

Tabelle 5: Bevölkerungsdaten für Remscheid, Rosenhügel und Hasenberg

	Remscheid	**Rosenhügel**	**Hasenberg**
Einwohner_innenzahl	112.921	6.231	4.265
Anteil der ausländischen Bewohner_innen	17,4 %	35,4 %	15,5 %
Anteil der Bewohner_innen mit Migrationshintergrund	37,1 %	60,6 %	46,0 %
Jugendquotient	31,4 %	35,6 %	40,0 %
Altenquotient	36,9 %	36,3 %	46,2 %
Durchschnittsalter	44,7 Jahre	40,8 Jahre	44,4 Jahre
Bezieher_innen von SGB II-Leistungen der unter 65jährigen	14,0 %	25,0 %	17,0 %

Quelle: Stadt Remscheid 2018b (Stand: 31.12.2017)

5.2 Auswahl der Quartiere

Um den Zusammenhang zwischen den Lebenschancen und dem Wohnquartier zu untersuchen, haben wir nicht nur unterschiedliche Personen in verschiedenen Lebenslagen betrachtet, sondern auch zwei sehr unterschiedliche Stadtteile in den Blick genommen.

Das Quartier *Rosenhügel* ist ein innenstadtnahes Altbauquartier mit gemischter Baustruktur, das ein leichtes Bevölkerungswachstum verzeichnet (+ 6,6 % seit 2012) und stark durch Menschen

mit Zuwanderungsgeschichte geprägt ist (Anteil: 60,6 %) (vgl. Stadt Remscheid 2018a). Das Quartier ist bereits seit 2001 Gebietskulisse unterschiedlicher Programme wie *Soziale Stadt* und *BIWAQ*. In deren Rahmen wurden neben investiven Maßnahmen im Stadtteil auch soziale Netzwerke und bürgerschaftliche Initiativen etabliert. Das im Zuge dieser Programme eröffnete Stadtteilbüro ist dem Quartier aufgrund des Engagements einiger Bewohner_innen und der Gründung eines Stadtteilvereins erhalten geblieben. Die Halbtagsstelle einer Stadtteilkoordinatorin wird von der Stadt Remscheid finanziert.

Das Quartier *Hasenberg* befindet sich im Stadtteil Lennep in Stadtrandlage. Der Stadtteil ist ebenfalls stark durch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte geprägt (Anteil: 46,0 %) (vgl. Stadt Remscheid 2018a), wobei deren Verteilung innerhalb des Quartiers sehr unterschiedlich ist. Ein Großteil des Hasenbergs wurde in Großwohnsiedlungsbauweise erbaut und ist vorwiegend im Besitz der *Gemeinnützigen Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid* (GEWAG) und der *Landesentwicklungsgesellschaft* (LEG). Daneben gibt es einen Ring aus Bungalowreihenhäusern, die im Privatbesitz sind. Die Bevölkerungszahlen des Stadtteils sind seit 2012 stabil (vgl. Stadt Remscheid 2018a). Der Hasenberg ist ein monofunktionaler Wohnstadtteil. In Anbetracht einer Verschlechterung der infrastrukturellen Ausstattung und der allgemeinen Wohn- und Lebensbedingungen hat die GEWAG vor einigen Jahren gemeinsam mit anderen Akteuren Fördergelder der Stiftung *Aktion Mensch* zur Realisierung eines *Inklusiven Quartiers (IQ) Hasenberg* eingeworben. Allerdings wurde die Förderung nach zweijähriger Vorlaufphase nicht weitergeführt.

Die Auswahlkriterien für die beiden Quartiere waren neben der unterschiedlichen Lage, Funktion und Baustruktur auch die unterschiedliche infrastrukturelle Ausstattung und Grünflächenversorgung, die unterschiedliche institutionelle Verankerung der Stadtteilvereine bzw. Stadtteilbüros, die unterschiedliche Bevölkerungsstruktur und das gleichermaßen relativ negative Image der beiden Stadtteile. In Tabelle 1 erfolgt eine Gegenüberstellung der beiden Stadtteile hinsichtlich der genannten Kriterien. Die Annahme ist, dass die Stadtteile unterschiedliche Möglichkeiten bereitstellen und deswegen auch Personen in spezifischen Lebenslagen in den beiden Stadtteilen unterschiedlich gut ihre Bedürfnisse erfüllen können.

Tabelle 6: Auswahlkriterien für die beiden Untersuchungsgebiete

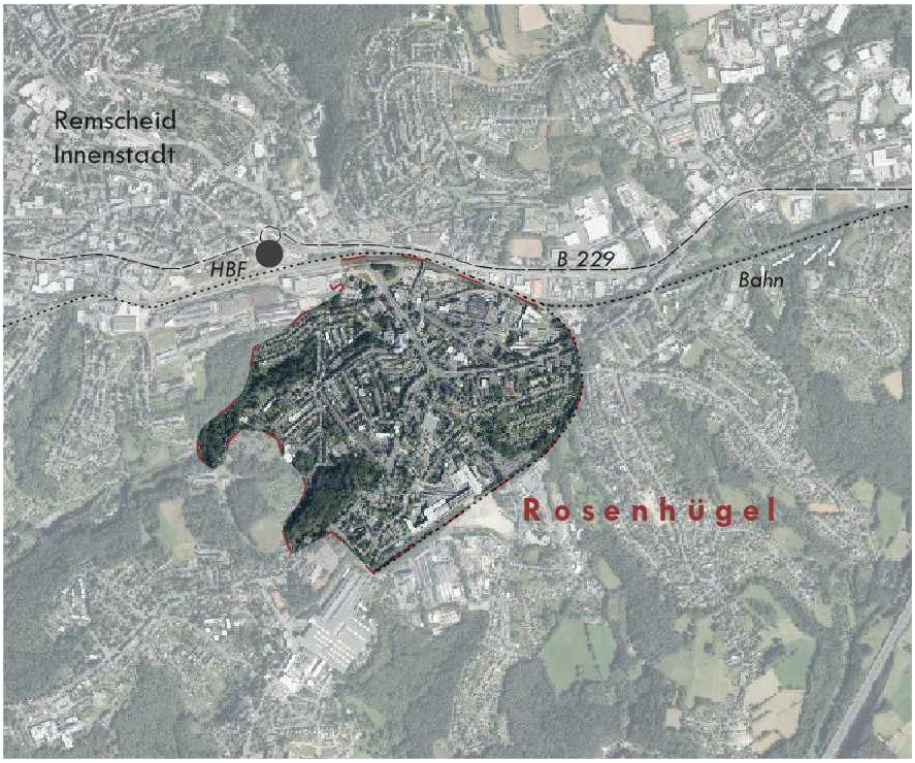
Kriterium	Hasenberg	Rosenhügel
Lage in Remscheid	peripher, Entfernung Remscheid Rathaus: 8 km, Altstadt Lennep: 2 km, S-Bhf.: 2 km	zentral, Entfernung Remscheid Rathaus: 2 km, Hbf.: 1 km
Funktionen	monofunktional: Wohnen	nutzungsgemischt: Wohnen, Gewerbe, Industrie
Baustruktur	Kombination aus Großwohnsiedlung (Ende 1960er/Anfang 70er Jahre) im Besitz von GEWAG und Bungalowsiedlung und älteren Einfamilienhäusern	kleinteilig gemischt: Bereiche mit Einfamilienhäusern mit gehobenem Standard, Sozial- und Werkswohnungsbau, teilweise heute im Eigentum ehemaliger Mieter_innen
alltägliche Versorgung	keine Nahversorgung, zwei Ärzte, Apotheke, Kiosk, Restaurant, Sparkassenautomat, zwei Friseure	umfassende Nahversorgung, Ärztezentrum
soziale Infrastruktur	Kindergarten, Grundschule/OGS	2 Kindergärten, mehrere Grundschulen, Sekundarschule, zahlreiche Beratungseinrichtungen für unterschiedliche Zielgruppen
kulturelle und religionsbezogene Infrastruktur	Freikirche	Westdeutsches Tourneetheater, Ev. Kirche, Kath. Kirche, mehrere Moscheevereine
Grünflächenversorgung	Lage im Grünen	wenig Grün
Stadtteilzentrum	BBZ (ohne feste Stelle)	Stadtteilzentrum (feste Halbtagsstelle)
Bewohner_innenstruktur	gemischt, im Stadtvergleich überdurchschnittlich hoher Anteil bis 18 Jahre und über 65 Jahre; sehr hoher Anteil mit nichtdeutschem Pass (35 %)	gemischt, im Stadtvergleich überdurchschnittlich hoher Anteil bis 18 Jahre und 18-30 Jahre, unterdurchschnittlich niedriger Anteil über 65 Jahre, extrem hoher Anteil mit nichtdeutschem Pass (48 %)
Kleinräumige Sozialstruktur	großer Anteil Kinder und Jugendliche in Mietwohnungsbeständen	extrem hoher Anteil Kinder und Jugendliche am Loborn, dort auch relativ hoher Migrationshintergrund
Image	eher negativ	eher negativ

Quelle: eigene Bestandsaufnahme und Datenauswertung

5.3 Rosenhügel

Das Remscheider Quartier Rosenhügel gehört zum statistischen Stadtbezirk Süd und wird in der kommunalen Statistik als Unterbezirk *Zentralpunkt* geführt.

Abbildung 4: Lage und Abgrenzung des Untersuchungsquartiers Rosenhügel



Quelle: Eigene Darstellung nach Geobasisdaten NRW 2018a

Der Stadtteil wird im Norden, Osten und Süden durch die Bahnlinie und im Westen durch das Quartier Papenberg begrenzt. Der Stadtteil hat 6.231 Einwohner_innen (vgl. Stadt Remscheid 2018a). Er grenzt an die Stadtteile Neuenkamp, Mixsiepen, Struck, Falkenberg, Bliedinghausen, Blumental und Stachelhausen. Der Remscheider Hauptbahnhof, der allerdings nur von einer S-Bahnlinie angefahren wird, befindet sich in der nächsten Umgebung des Stadtteils.

Der Rosenhügel liegt innenstadtnah und ist recht heterogen hinsichtlich seiner Funktionen. Der Stadtteil ist ein klassischer früherer Arbeiter- und Kleingewerbestadtteil. Im Gebiet und daran angrenzend gibt es bis heute größere stahlindustrielle Betriebe sowie die Zentrale der Firma Vaillant. Für einen großen Teil der Wohnbebauung ist eine Blockrandbebauung mit Hinterhofstrukturen prägend. Neben reinen Wohnflächen und Mischgebietsflächen besitzt der Stadtteil auch Kerngebiete und gewerbliche Bauflächen (vgl. Stadt Remscheid 2010a). Ein Großteil der Bewohner_innen war (und ist dies zum Teil immer noch) in der Stahlindustrie beschäftigt, vor allem in den Betrieben der Firma Thyssen und kleineren Betrieben der Werkzeugherstellung

im Stadtteil sowie bei Vaillant. Die Nähe zur stahlverarbeitenden Industrie hat im Zweiten Weltkrieg zu einer starken Zerstörung des Stadtteils geführt (vgl. Stadt Remscheid 2010b, S. 1).

Nachdem die Einwohnerzahl von 2006 bis 2011 stetig gesunken ist, weist der Stadtteil in den vergangenen Jahren wieder eine positive Einwohnerentwicklung auf. Von 2012 bis 2017 lässt sich ein Zuwachs um 6,6 % verzeichnen (vgl. Stadt Remscheid 2018a). Prägend für die Bevölkerungsstruktur in Rosenhügel ist ein sehr hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund von 60,6 % (vgl. Stadt Remscheid 2018a). Die Quote der Bezieher_innen von Leistungen nach SGB II liegt im Stadtteil bei den unter 65jährigen bei 25 % und damit deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 14 % (vgl. Stadt Remscheid 2018b). Die Altersstruktur in Rosenhügel ist gemischt: Der Jugendquotient liegt mit 35,6 % leicht über dem Jugendquotienten Remscheids (31,2 %), der Altenquotient entspricht mit 36,3 % dem der Gesamtstadt von 36,6 % (vgl. Stadt Remscheid 2018b).

Im Rosenhügel gibt es ca. 3.200 Wohneinheiten (vgl. Stadt Remscheid 2015, S. 4). Hinsichtlich seiner Wohnbebauung ist der Stadtteil sehr vielfältig: In weiten Teilen findet sich Blockrandbebauung; lediglich im östlichen Teil des Gebietes und in der Nähe des Katholischen Friedhofs am Papenberg stehen Ein- und Zweifamilienhäuser (vgl. Gringel/Mölders 2002, S. 15; Stadt Remscheid 2012, S. 66). Knapp die Hälfte der Gebäude im Stadtteil sind Geschosswohnungsbauten, ca. 30 % freistehende Häuser und nur knapp 9 % Doppelhaushälften. Dementsprechend hat der Stadtteil eine hohe Einwohnerdichte (vgl. Stadt Remscheid 2017). Mit 8,7 % ist der Anteil an leerstehenden Wohnungen im Stadtteil recht hoch. Er liegt damit knapp 2 % über dem städtischen Durchschnitt (vgl. Stadt Remscheid 2017). Der Gebäudebestand im Stadtgebiet ist außerdem relativ alt: Circa 58 % der Wohnungen wurden zwischen 1950 und 1969 erbaut; 22 % sind noch älter (vgl. Stadt Remscheid 2015).

Etwa 56 % der Wohnungen im Stadtteil befinden sich im Besitz von Privatpersonen und 27 % im Besitz von Wohnungseigentümergemeinschaften. Der GEWAG gehören allerdings nur 10 % der Wohnungen, den Wohnungsgenossenschaften nur 1 % aller Wohnungen (vgl. Stadt Remscheid 2015, S. 10).

Abbildung 5: Gründerzeitliche Baustruktur in Remscheid-Rosenhügel

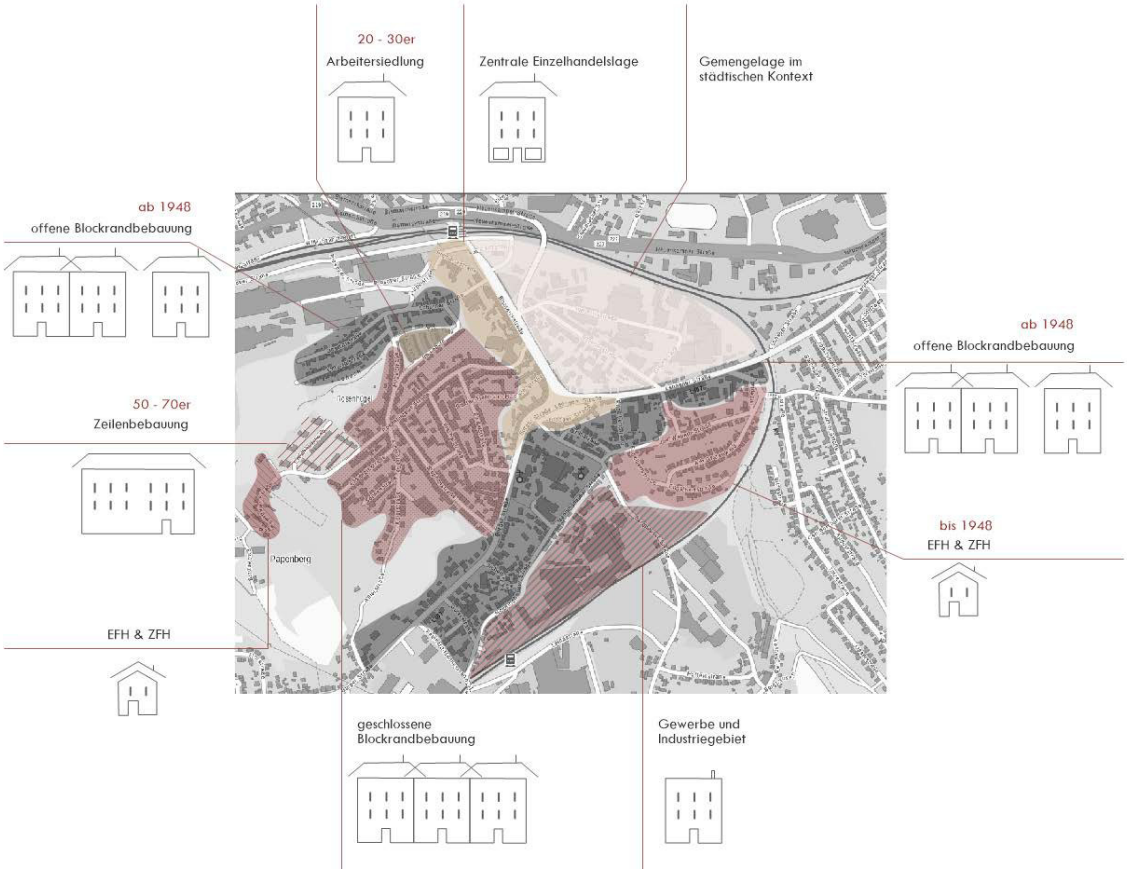
Quelle: Eigene Aufnahmen

Abbildung 6: Spielplatz Konsumterrassen und Blick Richtung Innenstadt; Gewerbe im Stadtteil

Quelle: Eigene Aufnahmen

Der Stadtteil Rosenhügel liegt in unmittelbarer Nähe zur Bundesstraße 229, die Richtung Solingen und Radevormwald führt. Über die Bundesstraße 229 ist die Bundesautobahn 1 (A 1) schnell zu erreichen, welche die Hauptverkehrsachse zwischen Rhein und Ruhr darstellt und die Zentren Nordrhein-Westfalens miteinander verbindet. Der Stadtteil ist daher für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) gut in das überregionale und regionale Verkehrsnetz eingebunden. Jedoch treten im Stadtteil Probleme hinsichtlich des Parkens der Fahrzeuge auf. Die kleinteilige städtebauliche Struktur ist nicht auf die Vielzahl der vorhandenen Pkw, die im Stadtteil einen Parkplatz benötigen, ausgerichtet (vgl. Gringel/Mölders 2002, S. 22).

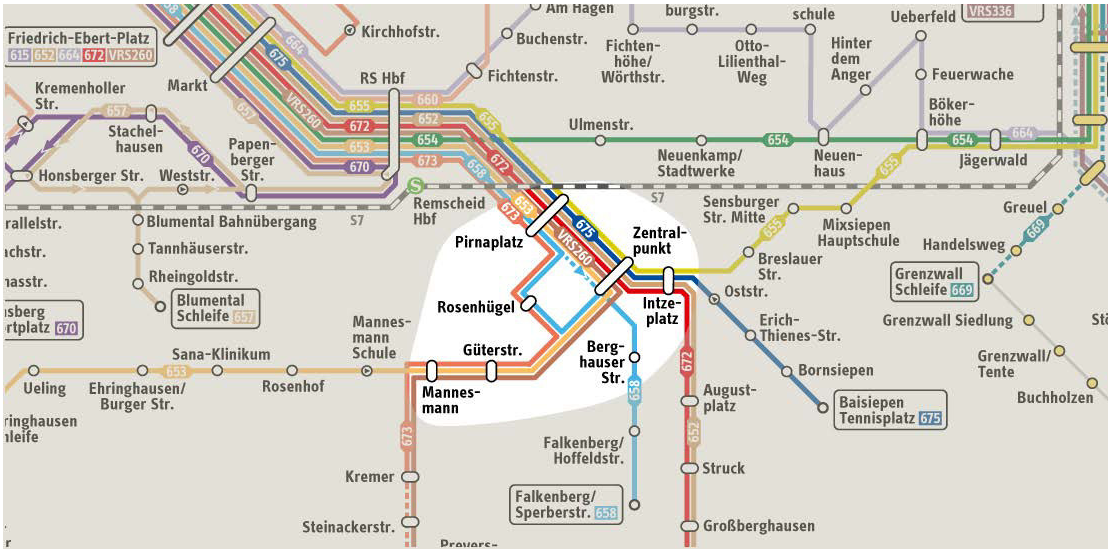
Abbildung 7: Siedlungstypen und Entstehungszeitraum der Bebauung in Rosenhügel



Quelle: Eigene Darstellung nach Geobasisdaten NRW 2018a und Stadt Remscheid 2012: 66

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist im Stadtteil zufriedenstellend. Der Hauptbahnhof ist nur wenige Gehminuten entfernt. Er ist allerdings nicht mehr an das Fernverkehrsnetz angebunden und wird lediglich von der Linie S 7 angesteuert, die Wuppertal, Remscheid und Solingen miteinander verbindet. Die S 7 fährt montags bis freitags im 20-Minuten-Takt, abends und am Wochenende im 30-Minuten-Takt, im Nachtverkehr im 60-Minuten-Takt (vgl. Abellio 2018). Am Remscheider Hauptbahnhof gibt es außerdem zahlreiche Busverbindungen, die in unterschiedlicher Taktung in nahezu jede Richtung fahren. Im Quartier selbst befinden sich sieben Bushaltestellen, die aus fast allen Bereichen des Stadtteils in wenigen Gehminuten erreicht werden können. Die Haltestelle Zentralpunkt wird von besonders vielen Buslinien angefahren (vgl. Stadtwerke Remscheid 2018).

Abbildung 8: Bushaltestellen im Bereich des Rosenhügels

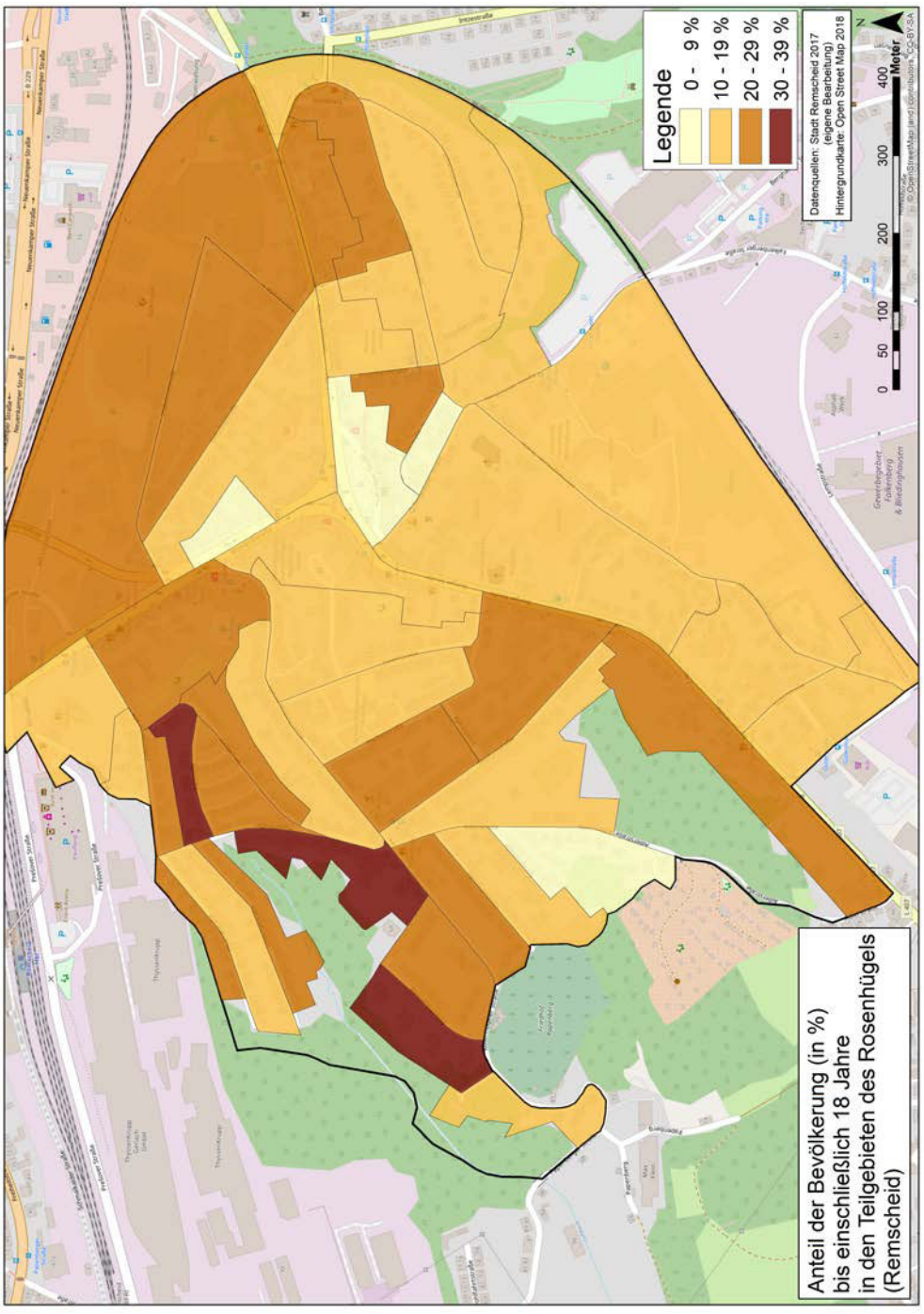


Quelle: Eigene Darstellung nach Stadtwerke Remscheid 2018

In Rosenhügel gibt es zwei Kindergärten und darüber hinaus einen Betriebskindergarten der Firma Vaillant, der auch einen Anteil von Kindern, deren Eltern nicht in der Firma beschäftigt sind, aufnimmt. Im Gebiet bzw. in direkter Nachbarschaft befinden sich drei Grundschulen sowie eine Förder- und eine Sekundarschule. Außerdem gibt es im Stadtteil zahlreiche Spiel- und Sportmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, darunter ein Jugendzentrum der evangelischen Kirche und Angebote in der katholischen Kirche sowie in mehreren Moscheevereinen. Damit bietet der Stadtteil einige Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, die teilweise auch religionsgebunden sind.

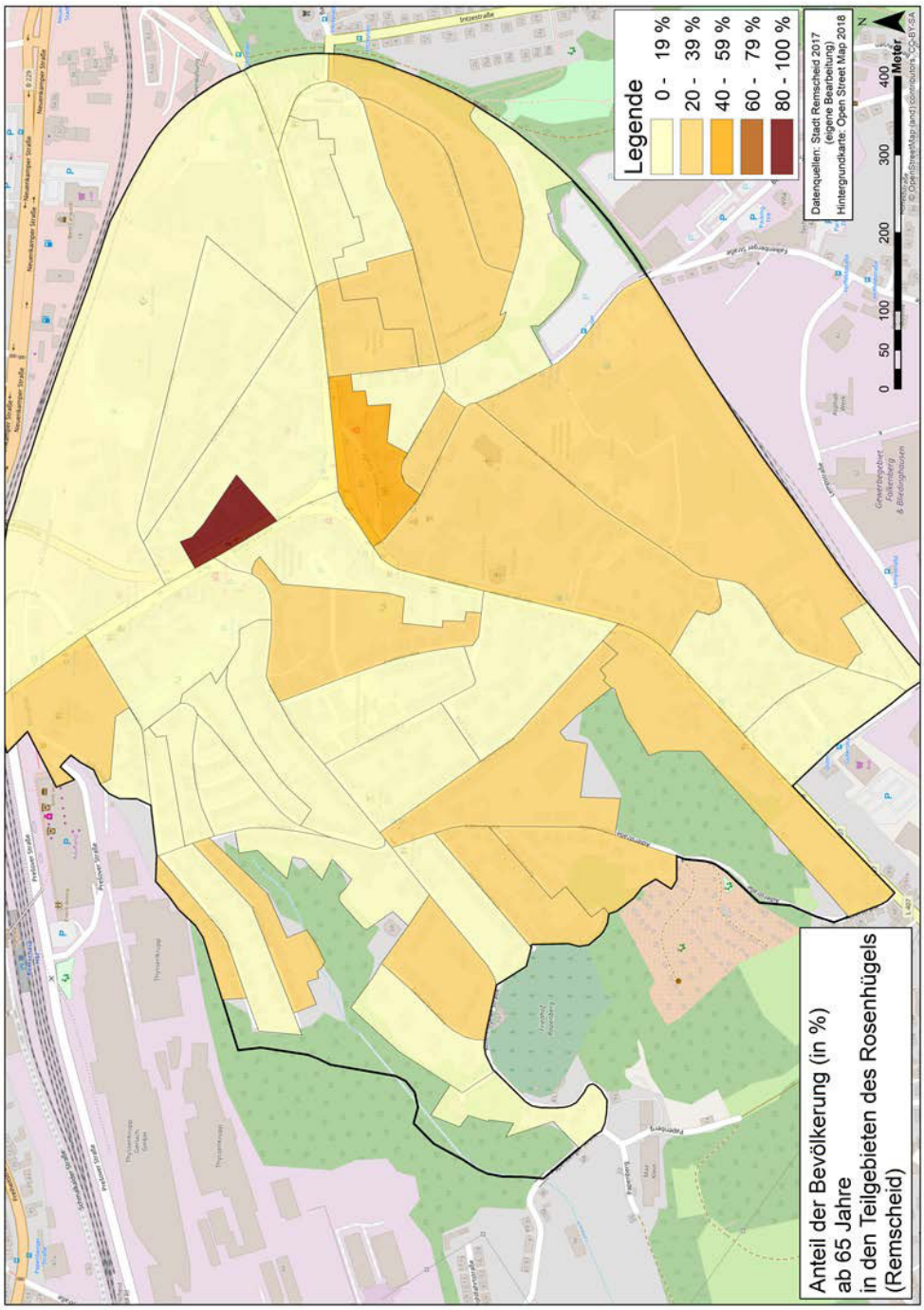
Das Angebot für die Nahversorgung mit Lebensmitteln ist im Stadtteil aufgrund der zahlreichen großflächigen Supermärkte sehr vielfältig. Durch das Ärztehaus im Stadtteil, das Gesundheits-Zentrum Süd, sind die unterschiedlichsten Ärzt_innen und ein Rehasportzentrum im Stadtteil angesiedelt. Des Weiteren gibt es seit einigen Jahren eine große Altenwohnanlage in zentraler Lage.

Abbildung 9: Anteil der Bevölkerung (in %) bis einschließlich 18 Jahre, Rosenhügel



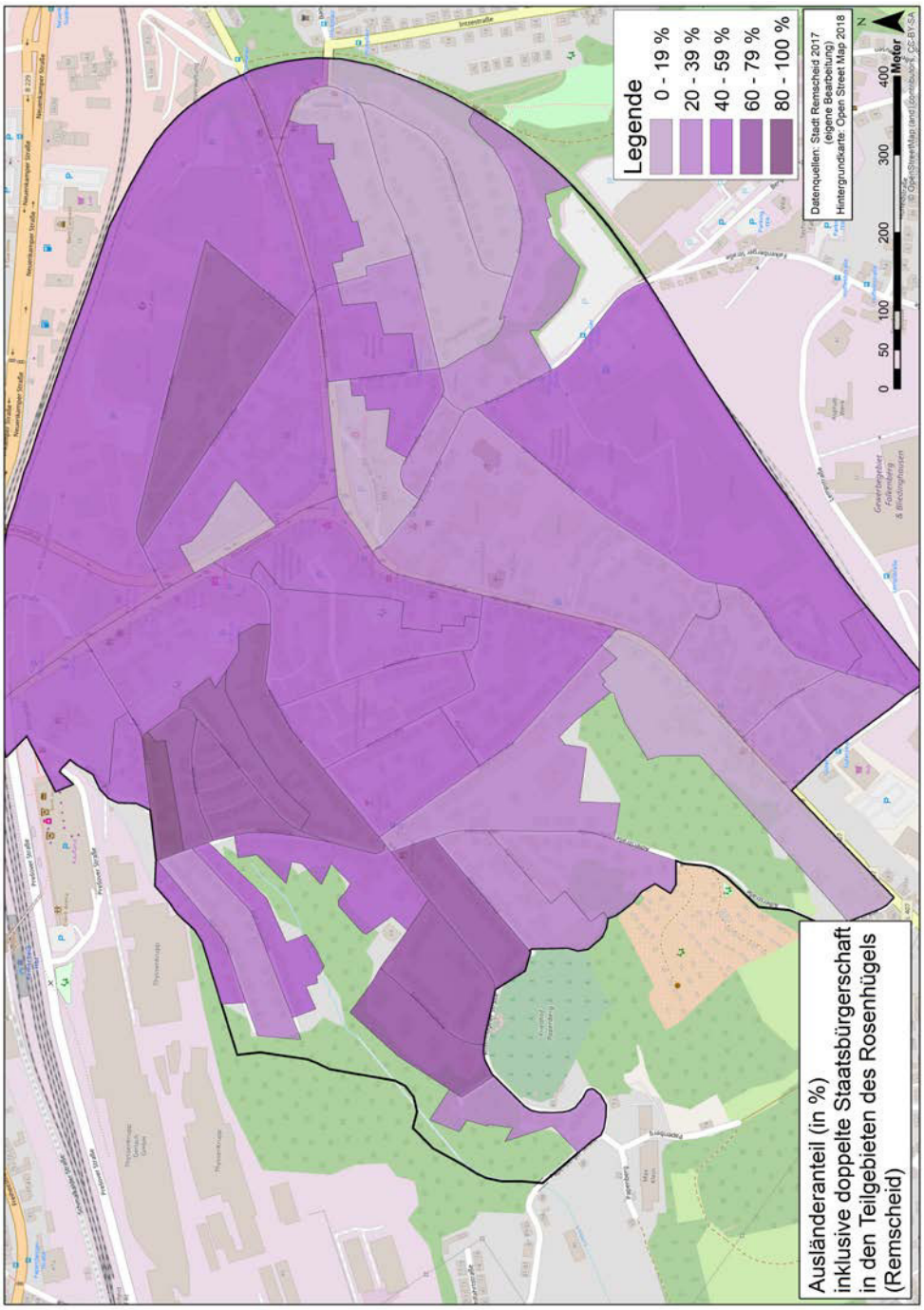
Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 10: Anteil der Bevölkerung (in %) ab 65 Jahre, Rosenhügel



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 11: Ausländeranteil (in %) inkl. doppelte Staatsbürgerschaft, Rosenhügel



Quelle: Eigene Darstellung

5.4 Hasenberg

Das Quartier Hasenberg liegt im östlichen Remscheider Stadtgebiet und gehört zum Stadtbezirk Lennep. Im Quartier, das sich unweit der Lenneper Altstadt befindet, wohnen zum Stichtag 31.12.2017 4.265 Einwohner_innen (vgl. Stadt Remscheid 2018a). Als nördliche Grenze fungiert die Bundesstraße 229, nach Nordwesten hin wird das Gebiet durch die Landesstraße 51 flankiert (vgl. Abb. 10). In südlicher Richtung gebietsangrenzend liegt die Panzertalsperre, dahinter erstreckt sich der Lenneper Stadtwald als großes zusammenhängendes Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet (vgl. Stadt Remscheid 2010).

Abbildung 12: Lage und Abgrenzung des Untersuchungsquartiers Hasenberg

Quelle: Eigene Darstellung nach Geobasisdaten NRW 2018a

Der Hasenberg kann als in sich geschlossenes Quartier charakterisiert werden sowie als Gebiet mit reiner Wohnfunktion. Außer einem Kiosk, zwei Frisören, einer Apotheke, einem Allgemeinmediziner und einem Zahnarzt, einem Restaurant und einem Sparkassenautomaten gibt es keinerlei Versorgungsinfrastruktur im Quartier. Der für das Quartier namensgebende Hasenberg liegt rund 330m über dem Meeresspiegel und bringt die topographischen Voraussetzungen für das Quartier hervor – das Gebiet ist durch zum Teil starke Höhenunterschiede geprägt (vgl. GeoBasis-DE/BKG 2018).

Nach einer längeren Phase des Bevölkerungsrückgangs ist die Einwohnerentwicklung im Quartier in den vergangenen Jahren wieder positiv: Seit 2014 lässt sich ein Zuwachs von 4,8 % verzeichnen (vgl. Stadt Remscheid 2018a). Prägend für die Bevölkerungsstruktur des Hasenbergs ist ein mit 46 % hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. Stadt Remscheid

2018b). Die SGB-II-Empfängerquote im Stadtteil liegt bei den unter 65jährigen bei 17 % und damit drei Prozentpunkte über dem gesamtstädtischen Durchschnitt (vgl. Stadt Remscheid 2018b).

Die Altersstruktur ist am Hasenberg gemischt, ähnlich wie in Rosenhügel: Der Jugendquotient liegt mit 40 % deutlich über dem gesamtstädtischen Jugendquotienten (31,4 %), ebenso wie der Altenquotient, der bei 46,2 % liegt (Gesamtstadt: 36,9 %) (vgl. Stadt Remscheid 2018b).

Abbildung 13: Eigenheime und Geschosswohnungsbauten am Hasenberg

Quelle: Eigene Aufnahmen

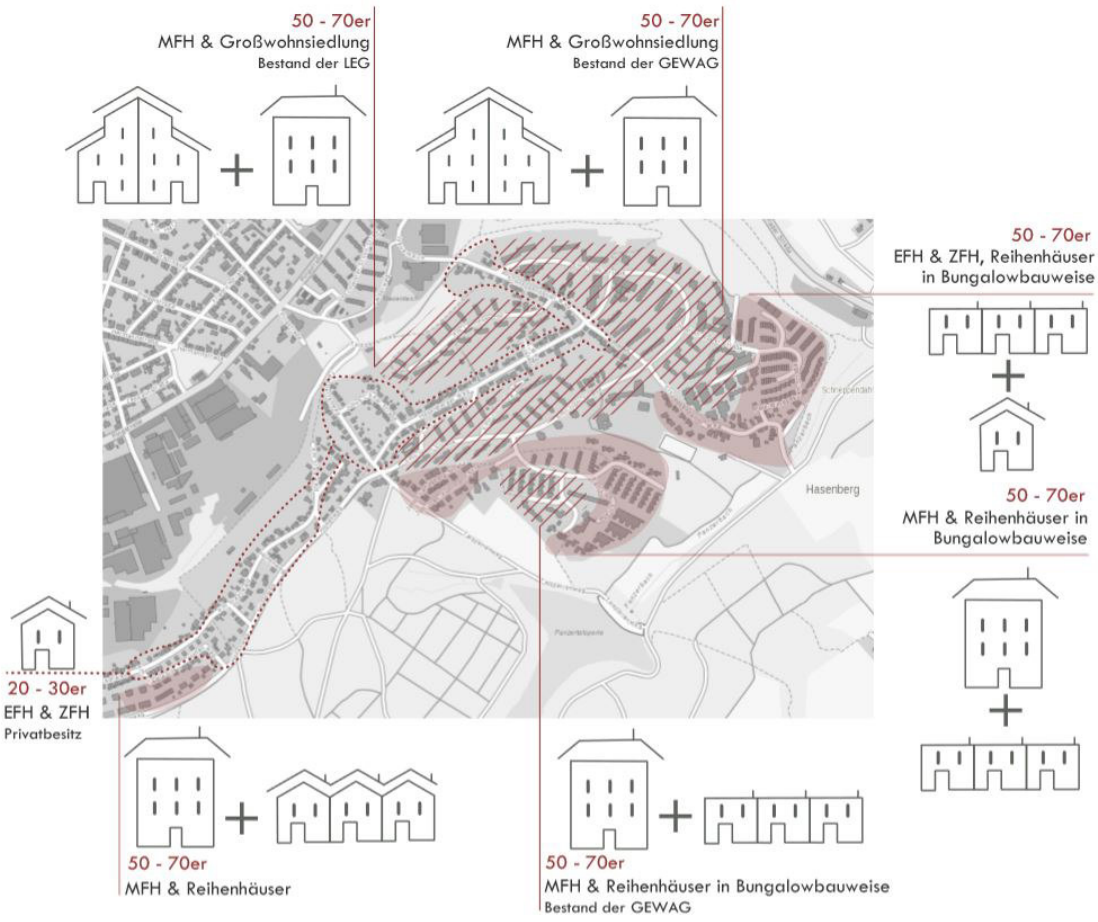
Abbildung 14: Geschosswohnungsbauten und Bungalows am Hasenberg

Quelle: Eigene Aufnahmen

Zum Quartier Hasenberg gehören knapp 2.200 Wohnungen, die auf unterschiedliche Gebäudetypen verteilt sind. Bis in die Nachkriegszeit war das Gebiet des heutigen Stadtteils durch Bauerngehöfte und Kleinsiedlungshäuser geprägt. Auch heute sind auf dem Hasenberg noch ältere Gebäude erhalten, meist Ein- und Zweifamilienhäuser. Zwischen 1962 und 1972 entstand die Großwohn- und Bungalowsiedlung auf dem Hasenberg mit über 1.000 Wohnungen (vgl. Roth 2008, S. 287). Der Hasenberg ist damit eine der größten zusammenhängenden Bau- und Erschließungsmaßnahmen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GEWAG. Hier wohnen rund 4.000 Menschen. Die Hausbestände der GEWAG sind in den vergangenen Jahren instandgesetzt

und energetisch saniert worden (vgl. Röser 2018). Die Leerstandsquote liegt am Hasenberg derzeit noch leicht über dem gesamtstädtischen Durchschnitt und betrifft vor allem Wohnungen, die in den 1950 bis 1970er Jahren errichtet wurden (vgl. Stadt Remscheid 2015, S. 16 und 19).

Abbildung 15: Siedlungstypen und Entstehungszeitraum der Bebauung am Hasenberg



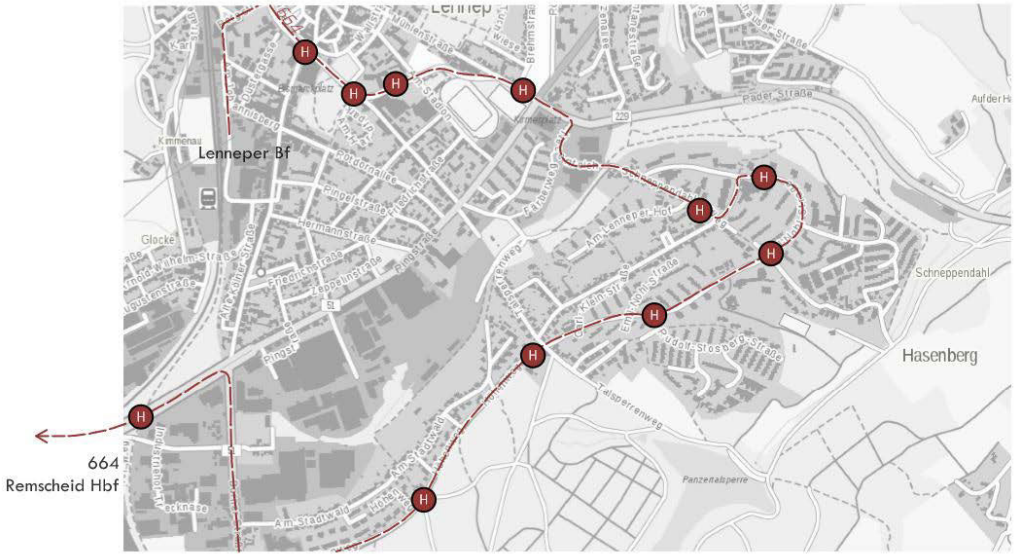
Quelle: Eigene Darstellung nach Geobasisdaten NRW 2018b

Der Stadtteil Hasenberg liegt in unmittelbarer Nähe zur Bundesstraße 229 sowie zur Landesstraße 51. Für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) ergibt sich daraus eine schnelle Erreichbarkeit der Remscheider Innenstadt und eine direkte Anbindung an die Nachbarstädte von Remscheid. Die Bundesstraße ermöglicht einen Anschluss an die A 1, die als Hauptverkehrsachse zwischen Rhein und Ruhr die Zentren Nordrhein-Westfalens miteinander verbindet. Der Hasenberg ist also gut an das überregionale und regionale Straßennetz angebunden.

Im Wohngebiet Hasenberg verkehren die Buslinie 664 und zwei Nachtexpresslinien (NE 14; NE 19). Alle Buslinien befahren in etwa denselben ringförmigen Weg durch das Wohngebiet und

halten an mehreren Haltestellen im Quartier. Diese sind von den Bewohner_innen aus den meisten Bereichen des Quartiers in wenigen Gehminuten zu erreichen (vgl. Abb. 14). Zu den Hauptverkehrszeiten montags bis freitags tagsüber (6.00 Uhr bis 20.00 Uhr) wird der Stadtteil im 20-Minuten-Takt bedient. Die Buslinie 664 verbindet den Stadtteil mit Remscheid-Mitte und dem Hauptbahnhof (ca. 30 Minuten Fahrtzeit) sowie mit der Lenneper Altstadt und dem S-Bahnhof Lennep (ca. 10 Minuten Fahrtzeit). In den Abendstunden und an Wochenenden fahren die Busse im 30- bis 60-Minutentakt, ab ca. 22.00 Uhr verkehren an allen Tagen Nachtbusse.

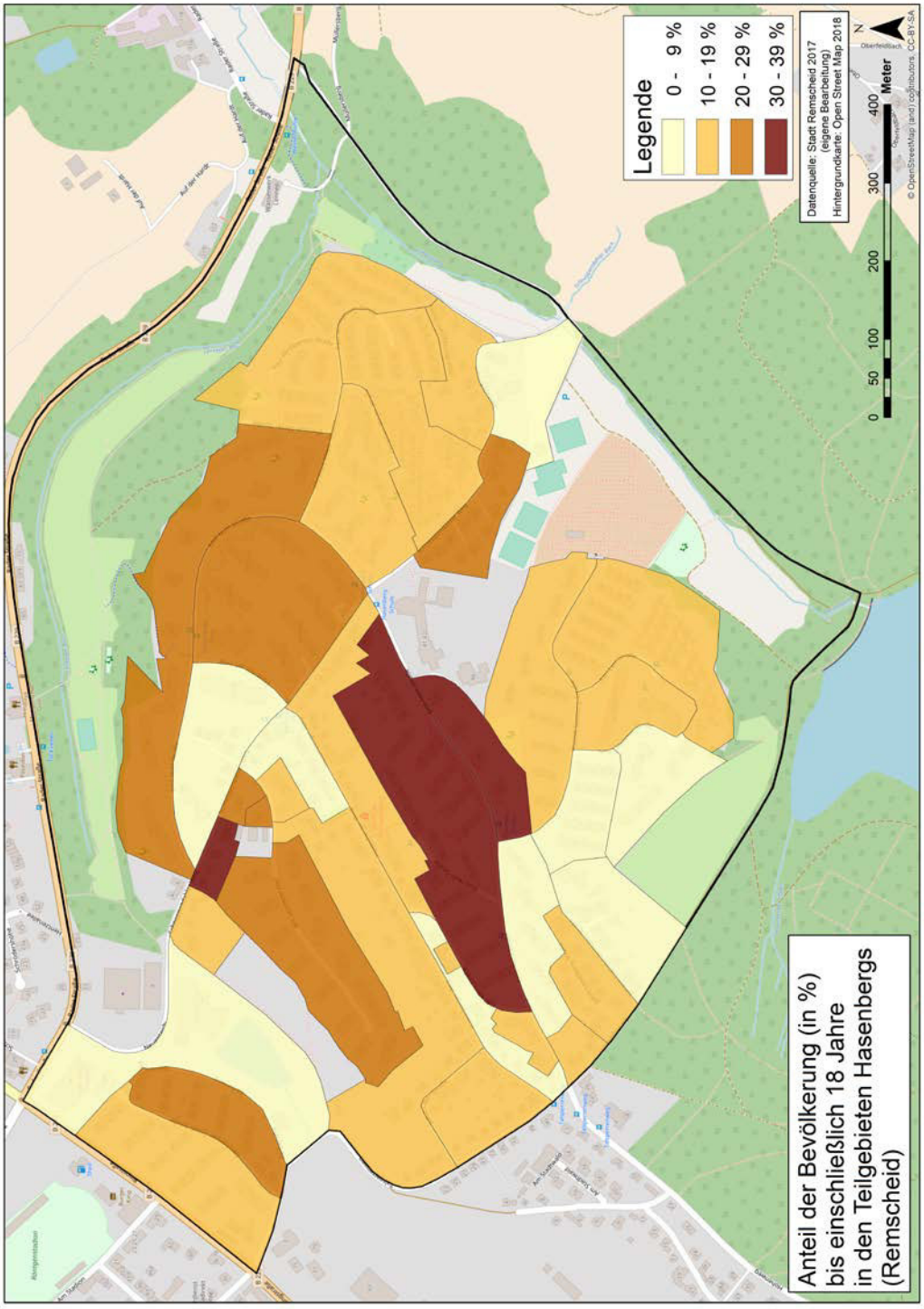
Abbildung 16: Buslinie und Haltepunkte am Hasenberg



Quelle: Eigene Darstellung nach tim-online

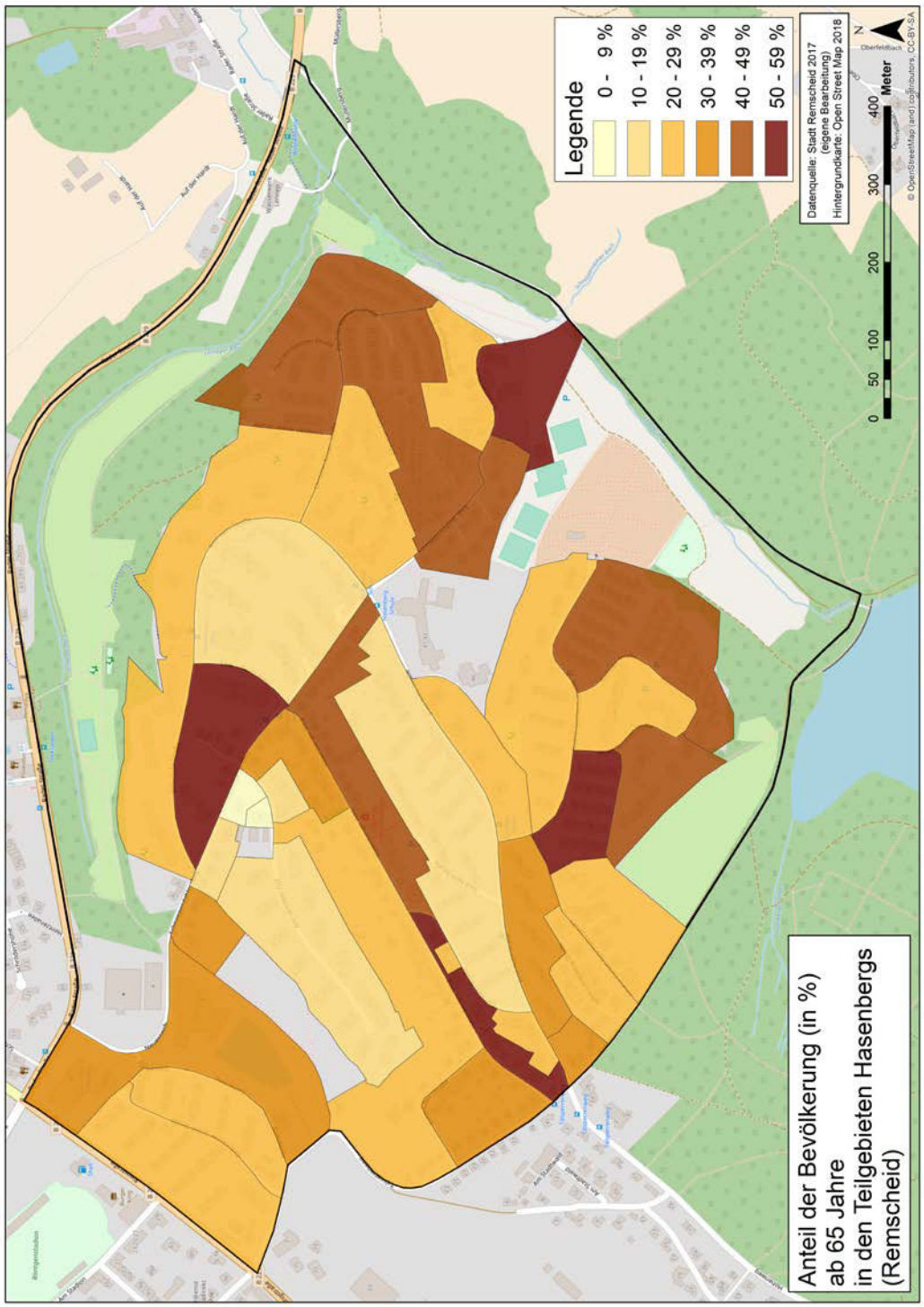
Im Stadtteil Hasenberg gibt es eine städtische Kindertagesstätte mit angegliedertem Familienzentrum und eine städtische Grundschule mit offener Ganztagsbetreuung, aber keine weiterführenden Schulen. Diese müssen in der Lenneper Altstadt und anderen Teilen Remscheids besucht werden. Außer einem Kiosk gibt es im Stadtteil keine Angebote zur Lebensmittelnahversorgung. Sowohl der Lebensmittelmarkt als auch die Bäckerei wurden in den vergangenen zwei Jahren geschlossen. Damit sind derzeit die einzig verbleibenden Nahversorgungsmöglichkeiten fahrende Händler und der Kiosk.

Abbildung 17: Anteil der Bevölkerung (in %) bis einschließlich 18 Jahre, Hasenberg



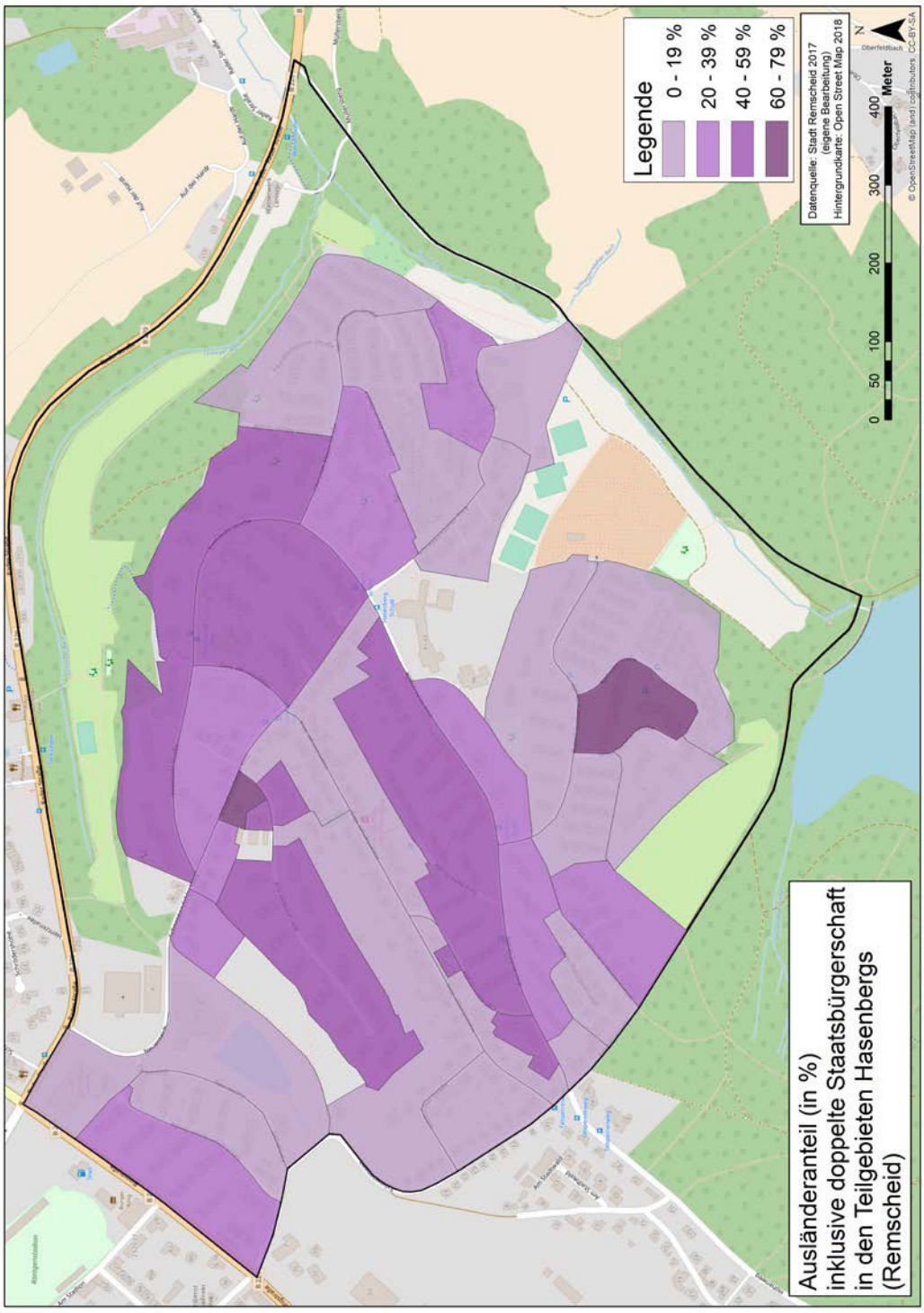
Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 18: Anteil der Bevölkerung (in %) ab 65 Jahre, Hasenberg



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 19: Ausländeranteil (in %) inkl. doppelte Staatsbürgerschaft, Hasenberg



Quelle: Eigene Darstellung

6 Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung der Bewohner_innen aus Hasenberg und Rosenhügel in Einzelportraits

In unserer Interpretation der leitfadengestützten Interviews mit den Bewohner_innen[1] der Remscheider Stadtteile Hasenberg und Rosenhügel haben wir herausgearbeitet, dass und inwiefern die betrachteten Stadtteile und die Stadt ihren Bewohner_innen sowohl Möglichkeiten zur Erfüllung von Bedürfnissen bieten als auch Barrieren darstellen können, die die Erfüllung von Bedürfnissen erschweren oder sogar verhindern. Das bedeutet, dass einige Bewohner_innen weniger oder kaum Möglichkeiten und Wahlfreiheiten in der Lebensgestaltung haben, und andere deutlich mehr.

Aus den 40 leitfadengestützten Bewohner_inneninterviews haben wir für das folgende Kapitel vier Beispiele ausgewählt, die exemplarisch bestimmte Lebenslagen und Problemkonstellationen von Stadtteilbewohner_innen illustrieren. Sie vermitteln einen Eindruck vom Alltag in den Quartieren und decken das Spektrum dessen ab, was wir in unseren Interpretationen hinsichtlich der Frage herausgearbeitet haben, welche Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung die Bewohner_innen nutzen, um sich ihre Bedürfnisse zu erfüllen, welche Distanzen sie überwinden müssen und welche Ressourcen sie dafür aufwenden können.

Die Beispiele zeigen kontrastierende Fälle aus beiden Stadtteilen. Dabei ließen sich teilweise große Unterschiede je nach sozialer Lage und Lebenslage/-situation feststellen. Die folgenden Kurzportraits geben Einblick zur Frage, inwiefern die exemplarischen Bewohner_innen ihre Bedürfnisse erfüllen können oder nicht, und welche Rolle sie dafür dem Stadtteil zuschreiben. Wir stellen vier Perspektiven von Personen vor, denen der jeweilige Stadtteil unterschiedlich viel bietet und die damit unterschiedlich umgehen.

Da alle Interviewpartner_innen den Bedürfnissen nach sozialer Zugehörigkeit und der Alltags- und Familienkompatibilität des Stadtteils große Bedeutung beigemessen haben, stellen wir diese hier in den Mittelpunkt. Außerdem berücksichtigen wir die Dimension der sozialen Benachteiligung, die wir mit der jeweiligen Ressourcenverfügbarkeit der Personen und den Distanzen, die zu den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung zu überwinden sind, in Zusammenhang bringen.

[1] Wir haben die Interviews nach Durchführungsdatum nummeriert. Wenn wir im Folgenden direkt aus unseren Interviews zitieren, stehen nach dem verwendeten Interviewzitat jeweils in Klammern ein Buchstabe (H. bzw. R.) für den Stadtteil, aus dem der_die Interviewpartner_in stammt, und ein anonymisierter Name der Interviewperson; die Zahl danach beziffert die Interviewnummer; dahinter steht der Verweis auf die Absatznummer des Interviews in MAXQDA. Im Anhang findet sich eine Liste unserer Interviewpartner_innen.

Um die Anonymität unserer Interviewpartner_innen zu gewährleisten und zu verhindern, dass Rückschlüsse auf reale Personen gezogen werden können, haben wir in den folgenden Einzelportraits Kleinigkeiten verändert.

6.1 Rosenhügel: Frau R.

> „Es ist gut, dass die Ärzte hier im Bereich sind. Alle, Kinderarzt, alle möglichen [Ärzte], Apotheke, viele Bäckereien, alles hat man eigentlich hier in dem Bereich. Kaufland ist auch sehr gut, wenn mal irgendetwas fehlt. Alles ist in der Nähe eigentlich. Das gefällt mir schon ganz gut. Und Schulen auch in der Nähe. […] Ja, alle gehen auch zu Fuß." (R., Frau R., I16, 60-70)

Frau R. lebt seit einigen Jahren mit ihrer Familie in Rosenhügel. Die Familie ist gezielt dorthin gezogen und wohnt zur Miete. Frau R. hat gemeinsam mit ihrem Mann vier Kinder im Alter von 3 bis 14 Jahren. Im Alltag kümmert sie sich allein um die Kinder, denn ihr Mann arbeitet im Schichtdienst. Sie selbst arbeitet halbtags (vormittags), aber nur bei Bedarf auf Abruf als Verkäuferin in einem Supermarkt. Ihr Leben ist stark durchgetaktet und ihre Tage sind davon geprägt, für ihre Kinder zu sorgen und Familienalltag und Haushalt zu organisieren.

Das Leben von Frau R. dreht sich um ihre Familie. Damit erfüllt sie sich ihr Bedürfnis nach sozialer Zugehörigkeit und Gemeinschaft. Sie hat über Schule, Kita und die eigene Arbeitsstelle zahlreiche lose Kontakte und sucht darüber hinaus nicht nach weiteren Kontaktmöglichkeiten. Für die Alltagsorganisation ist der Stadtteil für sie und ihre Familie günstig; Schulen, Kita und der Job ihres Mannes sind zu Fuß zu erreichen. Frau R. verfügt über das Auto der Familie, mit dem sie zur Arbeit und zum Einkaufen fährt und das sie für Freizeitaktivitäten wie Kino- und Schwimmbadbesuche mit ihren Kindern nutzt. Sie profitiert deutlich von der Multifunktionalität des Stadtteils, in dem räumliche Distanzen sowohl für den Schulbesuch der Kinder und den Job des Mannes als auch für die meisten Besorgungen, die sie tätigt (z. B. Lebensmittel und Kinderkleidung) und die Gesundheitsversorgung der Familie kein Problem sind. Da ihre größeren Kinder selbständig zu Fuß zur Schule gehen und sie nur das jüngste Kind noch zur Kita zu bringen muss, ermöglicht der Stadtteil ihr einen Autonomiegewinn. Auch die Verfügbarkeit über das Auto bietet ihr Beweglichkeit und die Möglichkeit, auch Orte/Räume außerhalb des Stadtteils aufzusuchen, insbesondere für ihre Arbeit und in der Freizeit.

Trotz der Zufriedenheit, die Frau R. bezüglich ihres Stadtteils ausdrückt, lassen sich in ihrer Darstellung auch Spuren von weniger gut realisierbaren Lebenschancen entdecken, denn Frau R. lebt mit gewissen Restriktionen, die auf strukturelle Benachteiligung hindeuten. Der Stadtteil spielt dabei eine vermittelnde, wenn auch nicht die entscheidende Rolle. In Bezug auf ihre materiellen Ressourcen passt der Stadtteil gut zu Frau R.s Möglichkeiten. Da sie aufs Geld achten muss, ist es für sie vorteilhaft, dass der Stadtteil preiswerte Geschäfte bietet. Außerdem entfallen die Kosten für den ÖPNV weitgehend, weil für die Familienmitglieder im Alltag fast alles zu Fuß erreichbar ist. In der Freizeit muss Frau R. kostenbewusste Entscheidungen treffen. Da sie ihren Kindern z. B. den wöchentlichen Besuch im Schwimmbad ermöglichen will, wählt sie dafür

das weiter entfernt liegende, aber billigere Schwimmbad, wofür sie aber wiederum die knappen Ressourcen Zeit und Geld zur Überwindung der räumlichen Distanzen investieren muss, die dann möglicherweise für andere Dinge nicht (mehr) zur Verfügung stehen.

Die sozialen Netzwerke von Frau R. beziehen sich vor allem auf das alltägliche Lebensumfeld von Familie, Job, Schule und Kita. Die Familie lebt insgesamt ein ausgesprochen geordnetes Leben. Frau R. achtet darauf, dass bzgl. des Schulbesuchs der Kinder alles in guten Bahnen verläuft. Dies wird auch zuhause deutlich, wo sie den Medienkonsum ihrer Kinder reguliert, indem sie ihnen zwar tägliches Fernsehen erlaubt, aber in Maßen. Das soziale Netzwerk von Frau R., das sich fast ausschließlich auf ihre Familie bezieht, ist dabei keines, das einen sozialen Aufstieg ermöglichen oder auch nur erleichtern würde. An diesem Ziel ist Frau R. jedoch auch nicht erkennbar orientiert – weder für sich selbst noch für ihre Kinder. Auch Frau R.s kulturelle Ressourcen halten sich im Rahmen. Sie arbeitet als Verkäuferin, also in einem Beruf, für den es lediglich einer Grundqualifikation bedarf und der wenig Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Selbst wenn eine berufliche Weiterentwicklung ihr Wunsch wäre, was sie nicht äußert, hätte sie dafür keine Zeit.

Bezüglich der Distanzen, auf die sich Frau R. bezieht, stechen besonders die *materiellen Distanzen* hervor: Kosten spielen für sie eine große Rolle. Sie kauft günstig ein, nicht nur Lebensmittel, sondern auch die Kinderkleidung. Der Stadtteil ist dafür ideal, da es entsprechende Geschäfte gibt. Anders sieht es im Bereich der Freizeitgestaltung aus. Hier nimmt sie größere *räumliche Distanzen* in Kauf, um materielle Ressourcen zu sparen. *Zeitliche und räumliche Distanzen* bilden für Frau R. ansonsten zwar keine Barriere, sind aber im Gespräch häufig Thema. Frau R. betont immer wieder, wie unproblematisch es für sie ist, im Stadtteil mit ihrer Familie zu wohnen. Da für sie im Stadtteil alles vorhanden ist, was sie alltäglich für die Versorgung ihrer Familie braucht, nennt sie keine weiteren zeitlichen und räumlichen Distanzen, die ihr problematisch erscheinen. Weil alles so nah beieinander ist (Arbeit, Schule, Einkaufsmöglichkeiten), kann sie sich das für sie so wichtige Bedürfnis nach Autonomie gut erfüllen und auch ihren Kindern früh Selbständigkeit vermitteln. Weitere Distanzen benennt sie nicht.

6.2 Hasenberg: Ehepaar K.

> „Aber wir bemühen uns jetzt auch nicht halt hier den engen Kontakt zu suchen. Das hängt einfach damit zusammen, dass wir viel arbeiten und unterwegs sind. […] Unsere meisten sozialen Kontakte sind weit verstreut.“ (H., Ehepaar K., I10, 179)

Im Gegensatz zum Rosenhügel bietet der Hasenberg zwar eine naturnahe Umgebung, die von vielen Eltern geschätzt wird, ist aber nicht in gleicher Weise geeignet, die Bedürfnisse unterschiedlicher Familienmitglieder abzudecken. Eltern erleben hier eine höhere organisatorische und zeitliche Belastung im Familienalltag. Dementsprechend sind diejenigen, denen der Hasenberg am meisten Möglichkeiten bietet, eher jüngere, berufstätige und mobile Personen.

Das Ehepaar K. ist aus dem Süden Deutschlands nach Remscheid gezogen und lebt seit acht Jahren im eigenen Haus am Hasenberg. Die beiden sind zwischen 30 und 40 Jahre alt, berufstätig und haben noch keine Kinder. Sie haben nur lose soziale Kontakte im Stadtteil und suchen dort nicht nach mehr Zugehörigkeit. Freund_innen und Familie der beiden sind geographisch weit verstreut. Sie pflegen ihre sozialen Kontakte auch über weite Distanzen, weshalb sie oft zu Besuch bei Freund_innen in anderen Städten sind oder selbst Besuch haben.

Beide sind im Rahmen ihrer Arbeit sehr mobil. Frau K. pendelt täglich ins Ruhrgebiet und Herr K. macht viele Fahrten zu Kund_innen. Sie verfügen deswegen beide über ein eigenes Auto. Die alltägliche Versorgung erledigen sie oft ‚nebenbei' in Kombination mit anderen Fahrten und Wegen. Einen Laden im Stadtteil vermisst das Ehepaar K. deswegen nicht. Sie nutzen das Kultur- und Gastronomieangebot in der Altstadt von Lennep und schlendern gern über den Wochenmarkt; dorthin fahren sie gelegentlich auch mit dem Fahrrad oder gehen zu Fuß. Die alltägliche Freizeit verbringt das Ehepaar K. viel in der Natur rund um Hasenberg. Sie haben zwei Hunde und die Bewegung im Grünen ist ihnen im Alltag sehr wichtig.

Für das Ehepaar K. ist der Hasenberg praktisch und gut gelegen. Der Stadtteil hat für sie einen hohen Wohn- und Freizeitwert, denn er bietet ihnen alles, was sie von ihm erwarten. Die reduzierten Versorgungsmöglichkeiten am Hasenberg stellen für sie keine Einschränkung ihrer Möglichkeiten dar, da beide Partner_innen hochmobil sind und alles (z. B. Nahversorgung, Arbeitsstelle, soziale Kontakte) für sie gut an anderen Orten erreichbar ist. Sie verfügen über ausreichend *finanzielle und zeitliche Ressourcen* für diesen mobilen Lebensstil. Beide sind vor einiger Zeit neu nach Remscheid zugezogen und haben den Hasenberg bewusst als Wohnstandort gewählt. Die Gründe dafür waren, dass man vom Hasenberg aus überall gut hinkommt, der Stadtteil im Grünen liegt und die Lenneper Altstadt mit ihren vielfältigen Angeboten nah gelegen und attraktiv ist. Die geringe eigene soziale Einbettung in den Stadtteil empfinden beide nicht als Nachteil, da sie in ihrer Lebenssituation kaum auf *lokales Sozialkapital* angewiesen sind. Insgesamt ist der Stadtteil für sie vor allem ein Wohnstandort und nicht Lebensmittelpunkt für die sozialen Bezüge, Arbeit und Versorgung.

Die K.s sind aufgrund ihrer insgesamt sehr *guten Ressourcenausstattung* in der Lage, ihren Wohnstandort räumlich unabhängig zu wählen. Räumliche Nähe spielt für sie weder in Hinblick auf die alltägliche Versorgung noch auf die sozialen Kontakte oder die Arbeitsstelle eine entscheidende Rolle. *Räumliche Distanzen* zu überwinden, ist für beide Partner_innen problemlos möglich. Aufgrund ihrer Kinderlosigkeit stehen ihnen auch die notwendigen zeitlichen Ressourcen zur Verfügung, um ihr Leben entsprechend multilokal zu organisieren. Dabei wählen sie bewusst aus, welche Orte und Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung sie nutzen. Der Wohnstandort und die Mobilitätsmöglichkeiten sind gut auf ihre Bedürfnisse abgestimmt – aufgrund der vorhandenen *materiellen Ressourcen* können sie Ruhe und Entspannung am Wohnstandort mit für sie bequemen, zuverlässigen und schnellen Mobilitätsformen kombinieren.

6.3 Hasenberg: Herr F.

> „Jetzt muss ich immer bis runter in die Stadt tingeln und das ist manchmal […] ganz schön anstrengend […], jetzt dreimal in der Woche dann immer mal etappenweise, weil Busmöglichkeiten ist ja auch nicht gerade so gegeben." (H., Herr F., I5, 44-46)

Im Gegensatz zum Ehepaar K., das durch sein Leben am Hasenberg keinerlei Einschränkungen erfährt, ist Herr F. in einer wesentlich schlechteren sozialen Lage und damit auch viel stärker auf das angewiesen, was das Wohnumfeld an Möglichkeiten bietet.

Herr F. ist Mitte 30 und alleinerziehend. Er lebt mit seinem neunjährigen Sohn am Hasenberg in einer kleinen Mietwohnung. Er ist schon seit längerer Zeit arbeitslos und erhält Sozialhilfe. Aufgrund seiner finanziell sehr angespannten Lage kann Herr F. sich weder ein Auto noch ein Sozialticket für den ÖPNV leisten. Vater und Sohn sind dadurch kaum mobil. Herr F. ist aufgrund gesundheitlicher Probleme zudem körperlich eingeschränkt.

Enge Freund_innen am Hasenberg hat Herr F. nicht mehr, da diese wegen der gestiegenen Mieten nach Sanierungsmaßnahmen ihrer Wohnungen vom Hasenberg und z. T. aus Remscheid weggezogen sind. Der Kontakt zu diesen Freund_innen ist aufgrund der räumlichen Distanz nur noch sehr spärlich vorhanden. Herr F. sucht aber nach neuen sozialen Kontakten im Stadtteil: Er bemüht sich sehr um seine Nachbar_innen und ist auch im Elternbeirat aktiv. Durch diese gute Vernetzung kann er auch auf eine gegenseitige Unterstützung zählen.

Sein Sohn besucht die Grundschule im Stadtteil. Da Herr F. keine Arbeitsstelle hat, verbringt er sehr viel Zeit im Quartier. Aufgrund der fehlenden Lebensmittelnahversorgung am Hasenberg muss Herr F. für Einkäufe zum nächstgelegenen Supermarkt laufen, der ca. einen Kilometer entfernt ist. Aufgrund seiner körperlichen Einschränkungen fallen ihm dieser Weg und der Transport von Lebensmitteln nicht ganz leicht; er geht daher zwei- bis dreimal pro Woche einkaufen. Für Waren des nichtalltäglichen Bedarfs und für den Besuch bei Fachärzt_innen muss er weitere Wegstrecken in Kauf nehmen, da das Angebot in Lennep immer stärker zurückgeht. Die dafür notwendigen ÖPNV-Tickets nach Wuppertal oder Remscheid-Mitte stellen für Herrn F. eine spürbare finanzielle Belastung dar. Reisen und Ausflüge sind im knappen finanziellen Budget kaum drin. Der Erlebnishorizont von Vater und Sohn beschränkt sich somit meist auf den Hasenberg mit seinen begrenzten Möglichkeiten. Herr F. nutzt gern die grüne Umgebung des Hasenbergs für Spaziergänge, Ausflüge und Radtouren mit seinem Sohn. Die vorhandenen Spielplätze stellen einen wichtigen Ort für die Freizeitbeschäftigung dar, da sie für den Sohn Abwechslung und Anregungen bieten. Allerdings wird er die erweiterten Kinderspielmöglichkeiten, die derzeit am Hasenberg neu geplant werden, altersbedingt nicht mehr nutzen wollen, wenn sich deren Fertiggestellung noch länger hinzieht.

Für Herrn F. bietet der Stadtteil einiges: günstigen Wohnraum, Naturnähe und Sicherheit für seinen Sohn. Zugleich weist er auf erhebliche Defizite hin, insbesondere im Hinblick auf seine

Alltagsgestaltung. Das wenige, was der Hasenberg bietet, ist für ihn nicht ausreichend, um ein zufriedenstellendes Leben zu führen, obgleich er sich Rahmen seiner (begrenzten) Möglichkeiten darum bemüht, seine Spielräume zu nutzen und auszuweiten. Vor allem die alltägliche Versorgung und die Arztbesuche stellen eine körperliche, organisatorische und finanzielle Belastung für ihn dar, da die *räumlichen Distanzen* für ihn nur schwer zu überwinden sind. Dies ist ein Problem, vor dem auch viele ältere Personen ohne Pkw im Stadtteil stehen. Da sich Herr F. Mobilität aufgrund eingeschränkter *finanzieller Ressourcen* nur ausnahmsweise leisten kann, sind er und sein Sohn meist auf den Stadtteil mit seinen eingeschränkten Angeboten angewiesen. Veränderungen auf dem lokalen Wohnungsmarkt wie Sanierungen und Mietpreissteigerungen hatten bereits direkte Auswirkungen auf sein soziales Netzwerk im Stadtteil; aufgrund dessen sind einige seiner Freund_innen weggezogen. Das bedeutet, dass Herr F. sich sein Bedürfnis nach sozialer Zugehörigkeit nicht mehr so gut wie früher im Stadtteil erfüllen kann. Als Folge einer Aufwertung des Stadtteils sind für ihn also *soziale Distanzen* hinzugekommen. Durch sein Engagement in Stadtteilnetzwerken und -vereinen ist er deswegen darum bemüht, neue soziale Kontakte herzustellen.

6.4 Rosenhügel: Frau X.

> „… ich bin zufrieden hier, […] ein bisschen einsam. […] Ich will [zurück nach Köln], aber wenn Gott will, kann ich, vielleicht nächstes Jahr, wenn ich meine Rente habe. […] Im Mai […] kann ich‘s versuchen. Besser, wenn man Rente hat, das ist dann einfacher.“ (R., Frau X., I21, 41-47)

Frau X. ist 64 Jahre alt und stammt aus Russland. Sie lebt seit 21 Jahren in Deutschland, seit 2011 in Remscheid-Rosenhügel, und hat einen deutschen Pass. Sie ist zweimal geschieden: Zunächst war sie in Norddeutschland mit einem Deutschen verheiratet, dann in zweiter Ehe in Remscheid. Von Beruf ist sie Friseurin; seit sie in Deutschland lebt, arbeitet sie jedoch nicht mehr, weil ihre damaligen Ehemänner das nicht wollten. Sie war daher Hausfrau. Außerdem hat sie ihre erste Schwiegermutter gepflegt. Inzwischen ist Frau X. selbst chronisch krank und kann nicht mehr arbeiten; sie steht kurz vor der Rente. Sie lebt von Hartz IV und erwirbt viele Dinge gebraucht, auch Möbel. Sie wohnt nicht aus freien Stücken in Rosenhügel, sondern ist dorthin zurückgekehrt, weil sie den Stadtteil kannte und dort zufällig eine Wohnung gefunden hat, nachdem sie eine Weile in einer anderen Stadt gewohnt hatte. Sie würde gern so bald wie möglich nach Köln umziehen, wo ihre beste Freundin wohnt, die sie regelmäßig für mehrere Tage besucht. Sie ist sehr gläubig, hat aber keinen Kontakt zu ihrer Gemeinde in Remscheid, sondern vor allem zu einer Gemeinde in Köln. Da sie im Stadtteil keine für sie bedeutsamen Kontakte hat, fühlt sie sich oft einsam. Sie pflegt nach wie vor einen engen Kontakt zu ihrer Familie in Russland und besucht sie mehrmals im Jahr. Zur Versorgung im Alltag findet sie im Stadtteil alles, was sie braucht. Auch die für sie wichtigen Ärzte sind in der Nähe.

Insgesamt ist Frau X. aber eher unglücklich in ihrem Stadtteil Rosenhügel und es fällt ihr schwer, sich dort alle Bedürfnisse zu erfüllen. Sie lebt mit großen Restriktionen, denn ihr fehlen im Stadtteil und in Remscheid vor allem signifikante soziale Kontakte, also Familie und Freund_innen. Diese Distanz überwindet sie z. B. über regelmäßigen telefonischen Kontakt zu ihrer Familie im Ausland und über Reisen zu Familie und Freundin. Das Stadtteilzentrum bietet ihr einen losen lokalen sozialen Anschluss, vor allem in Bezug auf Alltagsfragen und den Umgang mit Ämtern. In Köln hat sie außer ihrer engen Freundin kein nennenswertes soziales Netzwerk, das sie beispielsweise bei der Wohnungssuche unterstützen könnte. Auch an finanziellen Ressourcen, die ihr dabei helfen könnten, ihre Lage zu verbessern, fehlt es ihr. So ist ein Umzug nach Köln, den sie sich sehr wünscht, für sie erst mit Beginn der Rente denkbar, denn sie weiß, dass der Wohnungsmarkt dort für Menschen, die wenig Geld für Miete haben, besonders eng ist. Allerdings verfügt Frau X. aufgrund ihres Schwerbehindertenausweises (50 %) über ein stark vergünstigtes ÖPNV-Ticket, für das sie 80 Euro jährlich zahlt. Dieses ermöglicht ihr zumindest, ohne weitere Kosten regelmäßig nach Köln zu fahren.

Auch die asymmetrischen Machtbeziehungen innerhalb des Geschlechterverhältnisses tragen dazu bei, dass Frau X. Ressourcen fehlen: In der Vergangenheit haben die damaligen Ehemänner von Frau X. das Geld verdient, nicht sie. Während sie nach traditionellem Geschlechterarrangement die unbezahlte Haus- und Pflegearbeit geleistet hat, konnte sie selbst nichts in die Rentenversicherung einzahlen. Nach den Ehescheidungen hat sie daher nur eine Versorgung mit Hartz IV. Hinzu kommt auch eine weitere strukturell verankerte Benachteiligung, die auf ihren geringen Bildungsgrad und ihre nichtdeutsche Herkunft zurückzuführen ist: Ihr fehlten kulturelle Ressourcen, also spezielles Wissen, was sich auch auf ihre Ressourcenverfügbarkeit in ihren Ehen und Ehescheidungen ausgewirkt haben wird. Dies hat zu einer Benachteiligung mindestens hinsichtlich der materiellen Ressourcen geführt, die ihr nach den Scheidungen zur Verfügung stehen; offenbar erhält sie von ihren früheren Ehemännern keinen auskömmlichen Unterhalt. Auch dass sie die deutsche Sprache nicht perfekt beherrscht, stellt eine Barriere in ihrem Leben dar, gerade auch bei der Wohnungssuche und im Umgang mit Ärzten. Die Aussichtslosigkeit, eine Wohnung in der Stadt ihrer Wahl, in Köln, zu finden, aber auch, dass sie seit Jahren zu Ärzten in Remscheid geht, die sie kennen und denen sie vertraut, halten sie im Stadtteil fest. Solange sich ihre Ressourcenverfügbarkeit nicht erweitert, insbesondere die finanziellen Ressourcen, und solange kulturelle Distanzen (Sprache, Wissen bezüglich der Wohnungssuche) bestehen bleiben, wird es für sie schwierig sein, sich ihre Bedürfnisse in vollem Umfang in Wohnortnähe zu erfüllen, vor allem ihr Bedürfnis nach sozialer Zugehörigkeit.

Frau X. thematisiert also vielfältige Distanzen, die sie nicht überwinden kann, da ihre Ressourcen dafür nicht ausreichen. Dies betrifft insbesondere *materielle Distanzen*, da sie zu wenig Geld hat, um sich eine Wohnung in der gewünschten Umgebung, einer anderen Stadt, zu suchen. Damit verbunden sind auch *soziale Distanzen*: Sie möchte ihren Wohnort verändern, da sie sich an ihrem derzeitigen Wohnort zu wenig sozial zugehörig fühlt; und auch am Zielort fehlen ihr die

sozialen Ressourcen, die für ihre Wohnungssuche hilfreich wären. Hinzu kommen *kulturelle Distanzen*; Frau X. spricht nicht ganz fehlerfrei Deutsch, und wegen ihrer nichtdeutschen Herkunft fehlt(e) ihr ein bestimmter Wissensschatz, um sich Vorteile, z. B. am Wohnungsmarkt oder bei den länger zurückliegenden Ehescheidungen, zu verschaffen. Hinzu kommen die Einschränkungen, die sie aufgrund ihrer gesundheitlichen Probleme hat. Diese verlangen ihr einerseits regelmäßige Arztbesuche ab, verbunden mit einer entstandenen Abhängigkeit von ihren Ärzten, andererseits belastet sie ihre schlechte Gesundheit auch psychisch. *Räumliche und zeitliche Distanzen* sind für sie zu bewältigende Barrieren, auch wenn sie ihren Wohnort gern nach Köln verlegen würde, um dauerhaft näher bei ihrer Freundin zu wohnen. So berichtet sie von mehreren Auslandsreisen (zur Familie und zu religiösen Zwecken), für die sie offenbar die materiellen Ressourcen aufbringen konnte. Auch die regelmäßigen Reisen zu ihrer Freundin in Köln rahmt sie nicht als schwierig, sondern berichtet, dass diese unkompliziert und machbar seien aufgrund ihres günstigen Tickets. Über dieses verfügt sie wiederum nur aufgrund ihrer gesundheitlichen Einschränkungen, die ihr also zumindest ein gewisses Maß an materiellen Ressourcen(-ersparnissen) ermöglichen. Zudem steht sie in alltäglichem telefonischem Kontakt zu ihrer Familie in Russland.

In unserer Forschung haben wir die Ressourcen, die die *Religion* Menschen bietet, einen Ressourcenmangel auszugleichen und sie in schwierigen Lebenssituationen zu unterstützen, nur am Rande erfassen können. Für Frau X. ist ihr Glaube eine wichtige Quelle der Aussöhnung mit ihrem ‚Schicksal', das sie als schwer erlebt. Ihre spirituellen Bedürfnisse kann sie sich gut zuhause erfüllen. Nur wenn sie eine Kopplung ihrer spirituellen mit ihren sozialen Bedürfnissen wünscht, braucht sie die religiöse Institution, eine Gemeinde, die sie in Köln besucht, und muss dafür dann *räumliche und zeitliche Distanzen* überwinden.

7 Die Rolle des Stadtteils für die soziale Vernetzung und die Alltagsorganisation aus Bewohner_innensicht

In den Interviews haben sich die Bewohner_innen in den Quartieren besonders ausführlich zu ihrer sozialen Zugehörigkeit und Vernetzung und zu Fragen der Alltagsgestaltung und Familienorganisation geäußert, was bereits in den vier ausgewählten Beispielen in Kapitel 6 deutlich geworden ist. Daher werden wir diese Themen auch im Folgenden fokussieren. Unser Erkenntnisinteresse bezieht sich auf die Strategien der sozialen Vernetzung und der Alltagsgestaltung, die Bewohner_innen abhängig vom Wohnquartier und ihren individuellen Ressourcen entwickeln. Dabei fragen wir, ob und inwiefern sie in ihrer Entfaltung und Lebensgestaltung durch das Quartier eingeschränkt werden.

7.1 Soziale Vernetzung und Zugehörigkeit

Soziale Vernetzung, Zugehörigkeit, Austausch, Gemeinschaft, Mitbestimmung und Unterstützung sind wichtige soziale Bedürfnisse und wesentliche Aspekte eines erfüllten Lebens. Sie wurden in den Interviews immer wieder thematisiert. Die Interviewpartner_innen unterscheiden sich allerdings stark im Hinblick darauf, welche Rolle das Quartier für sie bei der Erfüllung dieser Bedürfnisse spielt, d. h. wo ihr soziales Netzwerk verortet ist und welche Bedeutung sie sozialer Zugehörigkeit im Quartier beimessen. Während es für einige von hoher Relevanz ist, im Quartier gut vernetzt zu sein und sich sozial eingebunden zu fühlen, ist dies für andere eher unwichtig, da ihre sozialen Kontakte weit über das Quartier hinausreichen. Keine_r unserer Interviepartner_innen verortet alle sozialen Kontakte ausschließlich im Quartier, sondern immer gibt es familiäre oder freundschaftliche Bezüge zu Menschen in anderen Stadtteilen und an anderen Orten. Insbesondere die Bewohner_innen, die aus dem Ausland zugewandert sind, haben auch international ausgerichtete soziale Bezüge bzw. leben transnationale Lebensentwürfe. Darüber hinaus haben wir auch mit einigen Bewohner_innen gesprochen, die ihr soziales Netzwerk ausschließlich außerhalb des Quartiers haben.

Gerade für diejenigen Bewohner_innen, die vorwiegend überlokale soziale Netzwerke haben, ist ihre fehlende soziale Zugehörigkeit zum Quartier meist kein Thema. Viele haben Strategien entwickelt, ihre Freundschaften und familiären Beziehungen über größere räumliche Distanzen zu erhalten und zu pflegen. Dies gelingt ihnen umso besser, je mobiler sie sind. Das bedeutet, dass räumliche Entfernungen für sie kein Hindernis darstellen, da sie ohnehin einen mobilen Lebensstil pflegen. In unseren Interviews gehören zu diesem Personenkreis vor allem jüngere und berufstätige Bewohner_innen: Paare, die keine Kinder im eigenen Haushalt haben, und Senior_innen. Sie sind beruflich oder privat ausgesprochen mobil und haben dafür auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung. Obgleich die Überwindung von Entfernungen in bzw. ausgehend von Remscheid aufgrund der Topographie und Lage der Stadt am unkompliziertesten mit dem Auto zu bewältigen ist, bedeutet das allerdings nicht, dass nur diejenigen Personen, die

über ein eigenes Auto verfügen, ihre sozialen Netzwerke ohne große Hindernisse auch über größere Entfernungen aufrechterhalten können. Die Mobilität zur Pflege sozialer Kontakte bewerkstelligen einige Bewohner_innen auch problemlos mit dem ÖPNV. Dies ist dann kein Problem, wenn die finanziellen Ressourcen, zum Teil auch die kulturellen Ressourcen, also z. B. das Wissen über Angebote und Ermäßigungen bei Fahrkarten, vorhanden sind und die ÖPNV-Anbindung des Wohnorts ausreichend gut ist. Fehlen die für jegliche Mobilität notwendigen Ressourcen und liegt dadurch oder aus anderen Gründen (z. B. Alter, wetter- oder topographisch bedingte Hürden oder Sicherheitsbedenken) eine Mobilitätseinschränkung vor, stellt das Aufrechterhalten sozialer Netzwerke über größere räumliche Distanzen ein Problem dar. Personen, die sich in dieser Lage befinden und nicht alternativ auf lokale soziale Netzwerke zurückgreifen können, verfügen dementsprechend über weniger soziale Ressourcen. Die Bewohner_innen des Hasenbergs thematisieren dabei deutlich häufiger Mobilitätseinschränkungen als die aus Rosenhügel.

Der Mangel an sozialer Einbindung und sozialen Ressourcen kann auch durch eine eingeschränkte Wohnstandortwahl bedingt sein. Bei einigen unserer Interviewpartner_innen waren dafür vor allem fehlende finanzielle Ressourcen verantwortlich. Wenn entweder die eigene Wahl des Wohnstandortes, z. B. aufgrund hoher Mietpreise, begrenzt ist und jemand noch dazu über wenig soziale Ressourcen verfügt, können erzwungene Umzüge zur Folge haben, dass lokale soziale Netzwerke verloren gehen, z. B. durch Veränderungen am Wohnungsmarkt oder Änderungen der Lebenssituation. Fehlende finanzielle oder kulturelle Ressourcen können außerdem dazu führen, dass die Möglichkeit, in die Nähe bestehender sozialer Kontakte zu ziehen, wegfällt.

Einige Bewohner_innen, die hinsichtlich der eigenen Mobilität oder ihrer Wohnortwahl eingeschränkt sind, investieren gezielt Zeit und Engagement zum Aufbau und zur Pflege lokaler Kontakte. Dies ist manchmal auch eine Reaktion auf den Verlust sozialer Einbindung und sozialer Ressourcen und auf schwer zu überwindende Entfernungen. Kontakte im Stadtteil spielen vor allem für diejenigen eine wichtige Rolle, die kaum mobil sind. Dazu gehören Personen, die wenig finanzielle Ressourcen haben oder gesundheitlich eingeschränkt sind, wie einige Rentner_innen, Arbeitslose und chronisch Kranke, aber auch Menschen, die jüngere Kinder im eigenen Haushalt haben. Für diese Gruppen haben lokale soziale Ressourcen, insbesondere in Form von Nachbarschaftshilfe, einen besonderen Wert. Ein Mangel oder der Verlust dieser lokalen Netzwerke bedeutet für sie oftmals einen Mangel an sozialen Ressourcen und damit eine Einschränkung ihrer Lebenschancen. Demgegenüber spielen lokale Netzwerke für die Lebenschancen mobiler, jüngerer, berufstätiger und kinderloser Bewohner_innen kaum eine Rolle. Alle Personen, mit denen wir gesprochen haben, besitzen auch überlokale soziale Kontakte, da Freunde und Familie oftmals woanders wohnen. Für die hochmobilen Personen sind diese überlokalen Netzwerke gut erreichbar. Sie können von den damit verbundenen sozialen Ressourcen profitieren. Für die weniger mobilen Personen ist es dagegen schwieriger, ihre weiter entfernt lebenden Angehörigen zu besuchen. Dies kann möglicherweise dazu führen, dass diese Bindungen mit der Zeit schwächer oder unbedeutender werden.

In unseren Interviews haben wir neben den sozialen Netzwerken, den daraus erwachsenden sozialen Ressourcen und dem Einfluss auf die Lebenschancen auch intensiv über Fragen der sozialen Zugehörigkeit zum Stadtteil gesprochen. Dieses Thema besitzt für einige Personen, aber lange nicht für alle, eine hohe Relevanz. Der Wunsch nach sozialer Zugehörigkeit zum Stadtteil ist für die Bewohner_innen nicht unbedingt daran gekoppelt ist, dass sie auf soziale Ressourcen im Stadtteil *angewiesen* sind. Auch, ob sie tatsächlich viele soziale Kontakte im Stadtteil haben, oder dies nicht (mehr) der Fall ist, spielt dafür nicht die entscheidende Rolle. So äußern auch einige Bewohner_innen, die überlokal sozial gut eingebunden sind und auch keinerlei Mobilitätseinschränkungen bei der Pflege ihrer sozialen Netzwerke erleben, einen Wunsch nach einer lokalen Gemeinschaft oder beklagen eine soziale Entfremdung vom Quartier. Der Wunsch nach sozialer Zugehörigkeit im Stadtteil ist also als ein Bedürfnis, das eng mit der Frage der eigenen Identifikation mit dem Stadtteil verknüpft wird.

Insbesondere die langjährigen Bewohner_innen, mit denen wir gesprochen haben, erleben oftmals einen Verlust an sozialer Zugehörigkeit und von Gemeinschaft und beklagen eine Entfremdung vom Stadtteil. Vor allem ältere Menschen beziehen sich dabei auf eine subjektive Idealvorstellung vom Zusammenleben im Quartier, die sich im Verlauf ihres Lebens herausgebildet hat. Dieses Bild bezieht sich oftmals auf weit zurückliegende Erfahrungen und Zeiträume, besonders die Familienphase und den Zeitpunkt des Zuzugs in den Stadtteil. Viele haben dabei eine idealisierte Vorstellung einer Stadtteilgemeinschaft, die sozial und kulturell homogen ist. Deren Verschwinden machen sie fest an sichtbaren Veränderungen im Stadtbild, wie Verwahrlosung und Hundekot, einer veränderten Zusammensetzung der Bewohnerschaft, vor allem in der Alters- und Herkunftsstruktur, und veränderten Verhaltensweisen im Stadtteil, insbesondere dem fehlenden Grüßen auf der Straße.

Auch wenn es sich bei der sozialen Vernetzung und der sozialen Zugehörigkeit zum Stadtteil nicht um das gleiche Bedürfnis handelt, hängen sie eng miteinander zusammen. In unseren Gesprächen mit den Bewohner_innen haben besonders oft diejenigen ein starkes Entfremdungsgefühl vom Stadtteil und einen Verlust ihres Zugehörigkeitsgefühls artikuliert, die auch tatsächlich einen biographisch bedingten Verlust an sozialen Kontakten und Kontaktmöglichkeiten im Stadtteil erlebt haben. Das geht, wie schon erwähnt, nicht unbedingt damit einher, dass sie generell einen Verlust an (auch überlokalen) Kontakten und sozialen Ressourcen verkraften müssen. Wenn die Kontakte im Stadtteil, die das Bedürfnis nach sozialer Zugehörigkeit erfüllt haben, weniger werden, oft durch eine Veränderung der eigenen Lebenssituation und mit zunehmendem Alter (Auszug der Kinder, Tod von Freund_innen und Partner_in, Erreichen des Rentenalters, Auflösung von Partnerschaften etc.), geht damit oftmals auch die Identifikation mit dem Stadtteil verloren:

> „Im Moment ist es gar nicht schön. […] Seit den letzten 20 Jahren. […] Man kommt mit den Leuten nicht mehr [klar]. Die man kennt, die man jetzt so sieht, das sind alles Alte. Und das werden ja immer weniger. Sind teilweise gestorben, ne. […] Kann man ja zugucken, wie die weniger werden. Wir sind als ganz Junge hier eingezogen. […] Wenn ich das jetzt überzogen

> sagen darf, dann: Mit denen [den Neuzugezogenen] kommen wir gar nicht zurecht. Mit den Frauen.“ (R., I2, 69-73)

Der Umgang mit dieser Entfremdung und dem Verlust des Zugehörigkeitsgefühls fällt vielen der Interviewpartner_innen, die dies erleben, nicht leicht. Hier gibt es offenbar keine einfachen Strategien. Erforderlich ist dabei ein gewisses Maß an Simmel’scher Gleichgültigkeit und Toleranz gegenüber den Veränderungen im Stadtteil und in der Bevölkerungsstruktur sowie insbesondere eine kognitive Flexibilität zur andauernden Überwindung oder auch Akzeptanz sozialer und symbolischer Distanzen. Dies fällt offenbar gerade älteren Menschen schwerer. Einige der Interviewten reagieren auf die erlebte Entfremdung mit lokalem Engagement. Dies hilft ihnen selbst und dient ihrer Identifikation mit dem Quartier und ihrer lokalen Einbindung. Ihren ‚Dienst an der Nachbarschaft‘ verknüpfen sie auch mit der Erwartung an ein übergreifend gelingendes nachbarschaftliches Miteinander – was zu Frustrationen führt, wenn diese Erwartung nicht eingelöst wird.

7.2 Die Alltags- und Familienkompatibilität des Stadtteils

Für die Lebenschancen im Quartier sind neben der Erfüllung von sozialen Bedürfnissen auch die Möglichkeiten der Alltags- und Familienorganisation entscheidend. Sie sind in den Interviews ein zweiter Schwerpunkt. Hier geht es um ein ganzes Bündel von Bedürfnissen: physiologische Bedürfnisse nach Ernährung und Entspannung, das Bedürfnis nach intellektueller Entfaltung sowie Sicherheits- und Integritätsbedürfnisse. Dabei lässt sich auch in Bezug auf die Alltagsorganisation unterscheiden zwischen denjenigen, die nicht auf das Quartier angewiesen sind und ihren Alltag multilokal organisieren, und denjenigen, die aufgrund von Mobilitätseinschränkungen stärker auf das Quartier und seine Alltags- und Familienkompatibilität angewiesen sind. Ob Einkäufe und Erledigungen, Arztbesuche, Kinderbetreuung, Bildung, Arbeit und Freizeitaktivitäten, Ämtergänge etc. im Quartier möglich sind, ist dementsprechend nur für einen Teil der Bewohnerschaft relevant. Besonders für Eltern, aber auch ältere Menschen, ist die Alltags- und Familienkompatibilität des Stadtteils ein relevantes Kriterium für die Lebensqualität und damit auch für die Lebenschancen. Als wichtig benennen sie dabei die räumliche Nähe von Versorgungsmöglichkeiten, von Bildungs- und Arbeitsorten sowie von Freizeitangeboten und Erholungsmöglichkeiten. In Bezug auf diese Aspekte unterscheiden sich die Stadtteile Hasenberg und Rosenhügel grundlegend voneinander.

Die Funktionsmischung, die Zentrumsnähe und die gute ÖPNV-Anbindung in Rosenhügel ermöglichen es den Bewohner_innen, ihren Alltag unkompliziert zu organisieren und die unterschiedlichen Bedürfnisse einzelner Familienmitglieder in Einklang miteinander zu bringen. Im Hinblick auf die Lebenschancen ist dies vor allem für die mobilitätseingeschränkten Bewohner_innen von Bedeutung, wird aber nicht nur von ihnen genutzt und geschätzt, sondern auch von Personen als Qualität erkannt, die das lokale Angebot nur begrenzt nutzen und nicht darauf angewiesen

sind. So erledigen Menschen, die über einen Pkw verfügen, ihre Einkäufe tendenziell in größerem Umfang, z. B. als ‚Wochenendeinkauf', aber auch auf dem Weg, z. B. zur Arbeitsstelle oder zur Betreuungseinrichtung der Kinder. Demgegenüber machen Personen ohne Auto mehr und kleinere Einkaufsgänge. Ein vor diesem Hintergrund als besonders positiv hervorgehobener Faktor der Alltags- und Familienkompatibilität eines Stadtteils ist die Möglichkeit der Kombination von Wegen und Erledigungen und die weitgehende Eigenständigkeit von Kindern und Jugendlichen, die auch den Erwachsenen mehr Autonomie ermöglicht. Die Bewohner_innen von Rosenhügel beschreiben ihren Stadtteil vor dem Hintergrund dieser Situation als autark, da sie sich so gut wie alle alltäglichen Bedürfnisse direkt im Stadtteil erfüllen können, wenn sie dies wollen:

> „Ja wir haben ja eigentlich alles hier. Wir haben hier alles. So ist das schön. [...] Wenn jetzt die Unterführung [die in die Innenstadt führt, Anm. d. A.] zugemauert würde, wir haben alles zu essen, wir haben zu trinken... (Lachen) Wir haben Kaufland, Kaufpark, Netto. Eine Apotheke. [...] Wir haben Ärzte, jede Art. Alles da. Bushaltestellen..." (R., I2, 147-155)

Während der Rosenhügel gerade auch für die fußläufige Versorgung eine adäquate Infrastruktur bereithält, bietet der Hasenberg diese Möglichkeit nicht. Im Gegensatz zu Rosenhügel ist der Hasenberg ein Stadtteil, in dem viele Bereiche der Alltagsorganisation nicht vor Ort geschehen können, da die entsprechende Infrastruktur nicht vorhanden ist. Es gibt zwar einen Kindergarten und eine Grundschule. Es ist aber darüberhinausgehend nicht möglich, den komplexen Alltag aller Familienmitglieder in räumlicher Nähe zu organisieren. Sowohl Arbeitsstellen und weiterführende Schulen als auch Versorgungsmöglichkeiten und Freizeiteinrichtungen fehlen im Stadtteil. Obwohl der Stadtteil mit einer Buslinie sowohl an die Altstadt von Lennep als auch an die Remscheider Innenstadt angebunden ist, übernehmen viele Eltern und Großeltern gerade für ihre jüngeren Kinder Fahrdienste zu Freizeiteinrichtungen und Freund_innen. Dies geht mit einem erhöhten organisatorischen und zeitlichen Aufwand und damit fehlender Autonomie der Erwachsenen und der Kinder einher. In Einzelfällen führen fehlende Angebote am Hasenberg zu einer Einschränkung der Freizeitaktivitäten der Kinder, wenn sie wegen fehlender finanzieller oder zeitlicher Ressourcen oder wegen Sicherheitsbedenken der Eltern auf die sehr begrenzten Möglichkeiten vor Ort beschränkt sind.

In den meisten Interviews wird die fehlende Nahversorgung am Hasenberg intensiv thematisiert. Mobilitätseingeschränkte Bewohner_innen benennen dies als Problem, da für sie damit ein erhöhter zeitlicher, finanzieller und körperlicher Aufwand einhergeht. Aber auch diejenigen, die grundsätzlich mobil sind und deswegen die Lebensmittelversorgung ohnehin außerhalb des Quartiers organisieren, wünschen sich eine ergänzende lokale Versorgung. Vor allem diejenigen, die sich noch an die kleineren Lebensmittelgeschäfte, den Bäcker, die Drogerie und die Sparkassenfiliale, die es früher am Hasenberg gab, erinnern, formulieren einen Verlust der Nahversorgung:

> „Ja. Da war es ja noch gut alles, ne. Aber leider ist jetzt... hat sich alles verändert. Post weg. Alles haben sie weggenommen. Die Sparkasse haben sie weggenommen. […] Und da [mit dem

> Geldautomaten] kann auch nicht jeder mit umgehen in dem Alter. Jetzt kommt die Kirche auch noch weg. Ja, dann ist ja ganz gute Nacht. Finster.“ (H., I27, 69-84)

Für die Mehrzahl der Personen, mit denen wir gesprochen haben, gilt das Gleiche wie im Bereich der sozialen Vernetzung und Zugehörigkeit: Mobilität ist für sie keine Hürde und fehlende Angebote der Alltagsversorgung vor Ort können sie relativ problemlos an anderen Orten kompensieren. Sofern sie nicht über einen eigenen Pkw verfügen oder diesen nicht nutzen wollen, gehen sie die notwendigen Wege zu Fuß, manche auch mit dem Ziel, fit zu bleiben. Die meisten Bewohner_innen haben auch die materiellen Ressourcen für den ÖPNV; einige verfügen außerdem über soziale Ressourcen, die sie dafür nutzen, gefahren zu werden und Unterstützung zu erhalten, z. B. für Besorgungen. Benachteiligend wirken fehlende lokale Angebote der Alltagsversorgung jedoch für Bewohner_innen, die eine eingeschränkte Gesundheit haben, insbesondere Bewegungseinschränkungen (aufgrund der bergigen Topographie und schlecht geräumter Wege bei Schnee und Eis), aber auch für Bewohner_innen, die über wenig soziale Ressourcen verfügen und für Bewohner_innen, die aufgrund knapper finanzieller Ressourcen mobilitätseingeschränkt sind, was ihnen weite Wege zu Fuß mit schwerem Gepäck abverlangt (vgl. Kap. 6.3).

Durch seine Lage bietet der Hasenberg seinen Bewohner_innen jedoch auch Privilegien wie den direkten Zugang zur ‚Natur‘. Dies wissen alle Bewohner_innen, mit denen wir gesprochen haben, zu schätzen. Abgesehen von der Erholungsfunktion des Stadtteils aufgrund seiner Lage im ‚Grünen‘ gibt es am Hasenberg aber nur eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten. Neben kleineren Spielplätzen (ein größerer Spielplatz ist derzeit im Bau) gehören dazu lediglich die selbstorganisierten Angebote im Begegnungs- und Beratungszentrum (BBZ). Demgegenüber bietet der Rosenhügel ein etwas umfangreicheres Freizeitangebot. Es gibt u. a. einen Jugendclub, der von der evangelischen Gemeinde im Stadtteil angeboten wird, einen großen Spielplatz (die ‚Konsumterrassen‘) und weitere kleinere Spielplätze sowie einen Bolzplatz, einige Angebote im Quartiersbüro und in den Kirchen- und Moscheegemeinden und sogar ein eigenes Theater.

Für darüberhinausgehende Aktivitäten müssen die Bewohner_innen beide Stadtteile verlassen; ein erhöhter Aufwand für Mobilität wird notwendig. Dies akzeptieren die Bewohner_innen; niemand erwartet, dass im Wohnstadtteil alle Freizeit- und Erholungsbedürfnisse erfüllbar sind. Je nach Interessenslage erfüllen sich die Bewohner_innen ihre Bedürfnisse nach Erholung, Inspiration, Kreativität und Spaß demnach in anderen Bereichen der Stadt und – aufgrund des zum Teil lückenhaften Angebots in Remscheid – in benachbarten Städten und Gemeinden. Der Freizeitradius der einzelnen ist dabei einerseits abhängig von den Interessen und der Lebenssituation: Während sich Familien mit Kindern z. B. an Indoorspielplätzen, Schwimmhallen und Kinos orientieren, richtet sich das Interesse einiger älterer Bewohner_innen eher auf Konzerte, Museen, Shopping und Flanieren. Durch den Neubau eines Multiplexkinos am Remscheider Hauptbahnhof, das im Dezember 2018 eröffnet wurde, gibt es in Remscheid nun zumindest wieder ein Kino, das für die Rosenhügler_innen zu Fuß erreichbar ist.

Der Radius der einzelnen Bewohner_innen für ihre Freizeitaktivitäten ist damit je nach Freizeitbedürfnissen abhängig von ihren Mobilitätsmöglichkeiten, also von finanziellen Ressourcen. Dabei ergibt sich ein ziemlich diversifiziertes Bild. So haben einkommensarme und mobilitätseingeschränkte Bewohner_innen kaum die Möglichkeit, Freizeitangebote in einem erweiterten Radius wahrzunehmen, während andere dafür einen erhöhten Ressourcenaufwand in Kauf nehmen. Dies stellt für manche durchaus eine Belastung dar und ist für andere selbstverständlich und kaum der Rede wert. Menschen, die über die nötigen Ressourcen verfügen, fahren z. B. zu Konzerten nach Köln und zum Flanieren bzw. ins Museum nach Wuppertal. Sie nutzen außerdem auch die Naherholungsmöglichkeiten in Remscheid. So sind auch im Freizeitbereich vor allem diejenigen Personen durch fehlende Angebote im Quartier und im nahräumlichen Umfeld benachteiligt, die diesen Mangel nicht durch Mobilität ausgleichen können, während mobile Personen, die über wenig finanzielle Ressourcen verfügen, immerhin die Möglichkeit haben, zwischen der Entfernung und den Kosten eines Angebotes abzuwägen. Auch hier ist die Wahlfreiheit aber eingeschränkt.

7.3 Veränderungen der Bedürfnisse und Strategien im Lebensverlauf

Sowohl in Rosenhügel als auch am Hasenberg bewerten diejenigen Bewohner_innen, die erst relativ neu in den Stadtteil gezogen und jünger sind, den Stadtteil meist positiver als langjährige und ältere Bewohner_innen. Sowohl im Hinblick auf soziale Vernetzung und Zugehörigkeit als auch im Bereich der Alltags- und Familienkompatibilität beklagen viele langjährige Bewohner_innen in beiden Stadtteilen Verluste von Kontakten, von Zugehörigkeit und Möglichkeiten. Es lässt sich aus ihren Erzählungen rekonstruieren, dass ihr Referenzpunkt dabei ihre Vergangenheit im Quartier ist. Viele haben dort schon ihre Kindheit verbracht, andere sind erst später, oft durch Heirat und Familiengründung, zugezogen. Aus dieser ‚ersten Zeit' im Stadtteil, die oft Jahrzehnte zurückliegt, speisen sich die Erinnerungen an ein Leben im und die Identifikation mit dem Quartier. Die Erinnerungen dienen den alteingesessenen Bewohner_innen als Referenz zur Bewertung ihrer aktuellen Lebenssituation im Stadtteil. Gerade die langjährigen Bewohner_innen stellen diese in ihrem Vergleich mit der Vergangenheit als negativ oder zumindest ambivalent dar. Sie erzählen oftmals eine Verlustgeschichte. Im Gegensatz dazu bewerten die neu Zugezogenen und die jüngeren Bewohner_innen den Stadtteil wesentlich positiver. Dies hängt vermutlich damit zusammen, dass sie sich gezielt aufgrund bestimmter Eigenschaften und Besonderheiten des jeweiligen Stadtteils erst vor einiger Zeit für ihren Wohnstandort entschieden haben. Die Bedingungen, die sie zum Zeitpunkt ihrer Zuzugsentscheidung vorgefunden haben, haben sich bisher noch nicht grundlegend geändert.

Die langjährigen Bewohner_innen beklagen besonders den Verlust sozialer Zugehörigkeit und eine Entfremdung vom Stadtteil. In der Vergangenheit hatten sie durch ihre Partnerschaften und ihre Familien, den Schulbesuch der Kinder oder eine berufliche Tätigkeit oftmals eine wesentlich intensivere soziale Einbindung im Quartier als dies aktuell der Fall ist. Der Verlust sozialer Kontakte im Quartier und ein damit einhergehender Verlust von Zugehörigkeit wird begleitet durch

einen Wandel der Bewohnerschaft und des Erscheinungsbildes des Quartiers: „Also ich find, von meiner Kindheit aus betrachtet, finde ich, [hat es sich] eher zum Negativen [verändert]. Also weil, wenn ich meine Kinder so sehe, wie die hier alles erlebt haben, sage ich mal, ne, finde ich es traurig." (H., I9, 299) Auf den ersten Blick scheint es vor allem ihre Identifikation mit dem Stadtteil zu sein, die für die alteingesessenen Bewohner_innen aufgrund der Veränderungen im Stadtteil (und im eigenen Leben) schwieriger geworden ist. Diese Identifikation gründet sich auf Erinnerungen, z. B. an ‚ordentliche' Straßen, gepflegte Häuser und Gärten sowie an eine retrospektiv als sozial und kulturell homogen konstruierte Nachbarschaft.

Die Bedürfnisperspektive ermöglicht darüber hinaus, eine weitere Schicht freizulegen. Denn im Lebensverlauf haben sich möglicherweise sowohl die Gewichtung ihrer Bedürfnisse als auch die Strategien der Bedürfniserfüllung der Bewohner_innen verändert. So berichten einige, dass es ihnen schwerer fällt, sich ihre Bedürfnisse in der veränderten räumlichen und sozialen Umwelt zu erfüllen, da bisherige Strategien nicht mehr funktionieren, aber auch sie selbst sich verändert haben. Es ergeben sich für sie daher Diskrepanzen zwischen der eigenen positiven Erinnerung an das Quartier und ihrer aktuellen, eher negativen Wahrnehmung. Dies wird in folgendem Zitat deutlich:

> „Wir hatten ja früher auch das Sommerfest. […] Kleingärten hatten Sommerfeste. Überall, ob das hier war oder Kremenholl oder Fuchsberg oder wo. Aber das ist nicht mehr. […] Ach, das ist alles so schade. Und das ist das, was hier dem Ganzen […] auch halt fehlt." (R., I2, 117)

Es ist allerdings keinesfalls so, dass es heute im Stadtteil keine Feste mehr gäbe. Allerdings gehört die Interviewpartnerin nicht mehr zum Adressat_innenkreis dieser Feste; diese werden jetzt durch Netzwerke organisiert, in die sie selbst nicht mehr eingebunden ist. Sie überträgt so ihre persönliche Erfahrung, nicht mehr an Festen zu partizipieren, auf den gesamten Stadtteil.

Insbesondere im sich etwas dynamischer verändernden Stadtteil Rosenhügel, aber auch am Hasenberg, machen viele langjährige Bewohner_innen ihre Entfremdung an den neu Zugezogenen fest, sowohl am Zuzug von Ausländer_innen als auch herkunftsunabhängig an allen neu Zugezogenen und jüngeren Bewohner_innen. Anlass für ihr Entfremdungserleben sind einerseits Verhaltensweisen der anderen Stadtteilbewohner_innen, die sie als unpassend empfinden und die sie verärgern, wie Müll auf der Straße liegen zu lassen, Hundekot nicht zu beseitigen, Balkone und Vorgärten nicht zu pflegen oder ein Kopftuch zu tragen. Manche beschweren sich aber auch über fehlenden Zusammenhalt im Stadtteil, den sie vor allem am fehlenden gegenseitigen Grüßen festmachen.

> „Man fühlt sich nicht mehr so richtig wohl hier. Wahrscheinlich auch durch den riesen Ausländeranteil, der hier ja ist. Sehr, sehr viele Flüchtlinge sind hier. Ich fühle mich nicht mehr richtig wohl. Überhaupt nicht. […] Hier zu dem Haus gehört noch ein relativ großes Grundstück. […] Da wurden aus dem Nebenhaus dann die Kippen runter geschmissen. […] Und dann flog schon mal des Öfteren Müll von den Balkonen runter hier aufs Grundstück." (R., I14, 23)

Die langjährigen Bewohner_innen erleben es als große Herausforderung, mit den sozialen und räumlichen, aber auch ihren eigenen veränderten Lebenssituationen und Bedürfnissen umzugehen, um immer wieder neu eine Identifikation mit dem Stadtteil zu erlangen und sich ihre Bedürfnisse zu erfüllen. Hier lässt sich eine beachtenswerte Verschränkung von individueller Lebenssituation und Stadtteilbewertung zeigen. Die Veränderungen des Stadtteils und seiner Bewohnerstruktur, z. B. durch Wegzug und Tod, verlaufen zeitgleich mit einem stetigen Wandel der individuellen Lebenssituation und Veränderungen der individuellen Bedürfnisse im Lebensverlauf. Dies bedeutet, dass auch die Strategien, sich Bedürfnisse zu erfüllen, angepasst werden müssen. Der altersbedingte Verlust der Arbeitsstelle ebenso wie die Trennung von dem_der Partner_in oder deren_dessen Tod, aber auch der Auszug der Kinder und gesundheits- und mobilitätsbezogene Einschränkungen bringen es mit sich, dass sich soziale Netzwerke sehr verändern und einschränken oder räumliche Distanzen schwieriger zu überwinden sind. Damit fallen auch Möglichkeitsstrukturen, um sich Bedürfnisse zu erfüllen, weg. Gleichzeitig kann sich das Gewicht, das die Bewohner_innen bestimmten Bedürfnissen geben, verändern. Manche beziehen ihre Bedürfnisse dabei stark auf das Miteinander im öffentlichen Raum, wie sich z. B. an der Bedeutung zeigt, die dem Grußverhalten auf den Straßen des Stadtteils beigemessen wird.

Da wir in der Interpretation auf die Erinnerungen der Bewohner_innen angewiesen sind, lässt sich allerdings nicht rekonstruieren, ob eher sie selbst ihre Strategien verändert haben oder ihre Strategien gleichgeblieben sind, sich aber das Umfeld verändert hat. Die Veränderungen der Bewohnerschaft des Stadtteils verlangen den Bewohner_innen Toleranz den neuen Bewohner_innen und ihren Verhaltensweisen gegenüber ab, wozu auch gehört, dass sie sich mit einer größeren Anonymität im Stadtteil arrangieren müssen, die einige Ältere wahrnehmen und die ihnen missfällt. Einige Alteingesessene äußern dabei, dass sie sich eine Annäherung an die Neuzugezogenen wünschen, andere eher, dass sie aufgrund der Veränderungen am liebsten wegziehen würden, aber sich den Aufwand eines Umzugs nicht mehr zumuten wollen. Die Stadtteilvereine in beiden Stadtteilen sind, zumindest für einige alteingesessene Stadtteilbewohner_innen, ein wichtiger Anker, Kontakte zu anderen Alteingesessenen zu pflegen oder neu zu knüpfen und sich für positive Veränderungen im eigenen Stadtteil zu engagieren.

8 Die Wirkungen des Quartiers auf die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten seiner Bewohner_innen

In unserem Forschungsprojekt haben wir die Wirkungen untersucht, die das Quartier auf die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten seiner Bewohner_innen entfaltet. Wir haben diese Möglichkeiten und Wahlfreiheiten als Lebenschancen bezeichnet, worin zum Ausdruck kommt, dass durch sie Entfaltungsspielräume und sogar Privilegien geschaffen werden, aber auch Benachteiligungen entstehen können. Unser Blick zielte sowohl auf gegebene als auch auf eingeschränkte Möglichkeiten, sowohl auf vorhandene als auch auf begrenzte Wahlfreiheiten ganz unterschiedlicher Personen im Quartier. Anhand des dadurch repräsentierten breiten Spektrums an Bewohner_innenperspektiven sind wir der Frage nachgegangen, ob bzw. inwiefern unterschiedliche Bewohner_innen durch das Quartier eine Einschränkung ihrer Lebenschancen erfahren.

In unserem forschungsleitenden Modell haben wir die Lebenschancen als Zusammenspiel von Bedürfnissen und den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung konzipiert. Dabei gehen wir davon aus, dass sich in den Bedürfnissen die Wünsche und Lebensziele von Menschen widerspiegeln. Ihnen stehen unterschiedliche Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung. Damit meinen wir die Strukturen, die genutzt werden können, also Orte und Räume, Netzwerke und Institutionen etc., mit Hilfe derer die Individuen sich Wünsche und Lebensziele erfüllen. Die Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung können Einrichtungen sein, wie z. B. Schulen oder Freizeiteinrichtungen, aber auch Familien- und Freundschaftsnetzwerke, das nachbarschaftliche Umfeld und örtliche Vereine, eine grüne Umgebung, Einkaufsgelegenheiten oder eine gute Anbindung an den ÖPNV.

Damit knüpfen wir an die Quartierseffekteforschung an, verorten aber, anders als die meisten anderen Ansätze in diesem Diskursfeld, die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung und ihren Raumbezug alltagsweltlich. Wie die Bedürfnislagen sind auch die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung diversifiziert. So ist zum Beispiel die Möglichkeit, sich das Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu erfüllen, für den einen durch die Mitgliedschaft in einer katholischen Gemeinde gegeben, für die andere durch die Mitgliedschaft in einer muslimischen Gemeinde und für eine dritte Person durch die Teilnahme an einer Senior_innengruppe im Stadtteilzentrum, während eine vierte Person trotz der objektiv vorhandenen Institutionen und Angebote die vorhandenen Möglichkeiten nicht ausreichend findet, um sich ihr Bedürfnis nach sozialer Zugehörigkeit im Stadtteil zu erfüllen. Ihr Bedürfnis kann sie sich dadurch erfüllen, dass sie den Stadtteil verlässt – wenn sie über entsprechende Ressourcen verfügt.

Um sich Bedürfnisse zu erfüllen und die dafür notwendigen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung nutzen zu können, müssen Distanzen unterschiedlicher Art überwunden werden: räumliche, zeitliche, soziale, symbolische, materielle und kulturelle. Dafür ist es notwendig, materielle, soziale und kulturelle Ressourcen aufzuwenden, die individuell verfügbar sind. Einer Person stehen umso mehr Möglichkeiten und Wahlfreiheiten offen, je besser sie es schafft, Distanzen

zu den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung zu überwinden. Wollen z. B. Eltern ihrem Kind den Schulbesuch an einer speziell ausgerichteten Schule in einem weiter entfernten Teil der Stadt ermöglichen, müssen sie in der Lage sein, dafür einige Distanzen zu überwinden: räumliche Distanzen für die Wegstrecke und zeitliche Distanzen aufgrund der zusätzlichen Fahrtzeit sowie gegebenenfalls soziale und symbolische Distanzen, die aufgrund einer fehlenden sozialen Vernetzung mit Eltern und Kindern aus dem Einzugsgebiet der Schule und zusätzlich womöglich aufgrund einer Stigmatisierung des Herkunftsstadtteils und -milieus entstehen können. Stehen dafür die notwendigen materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen bereit, z. B. Geld für ein Busticket oder einen Pkw, Zeit der Eltern oder Großeltern für Fahrdienste, also soziale Ressourcen, aber auch soziale Kontakte und eine habituelle Orientierung an anderen sozialen Milieus, ist die Möglichkeit für diesen Schulbildungsweg gegeben – und somit auch eine Wahlfreiheit. Ist die Überwindung der notwendigen Distanzen nicht möglich, weil Ressourcen fehlen, kann das Bedürfnis nach intellektueller Entfaltung für das Kind nicht in der gewünschten Weise erfüllt werden. Damit verbunden ist, dass die Vermehrung von kulturellen und sozialen Ressourcen nicht in der gewünschten Weise erreicht wird.

Im Folgenden diskutieren wir, welche Rückschlüsse sich aus unserer empirischen Forschung auf unseren Forschungsansatz ziehen lassen und welche Implikationen sich daraus für die weitere Forschung zu Quartierseffekten und für eine Politik ergeben, die differenziert das komplexe Gefüge von Lebenschancen im Quartier reflektiert und darauf reagieren möchte.

8.1 Veränderung der Lebenslage, Veränderung von Bedürfnissen

Wie wir zeigen konnten (vgl. Kapitel 7.3), gewichten Menschen ihre Bedürfnisse je nach Lebenslage unterschiedlich. Verändert sich die Lebenslage, verändern sich auch die Bedeutung von Bedürfnissen und die Formen ihrer Erfüllung. Diese oft für die oder den Einzelne_n einschneidenden Erfahrungen, die z. B. mit dem Verlust der Arbeitsstelle oder dem Eintritt ins Rentenalter einhergehen, vor allem aber mit dem Verlust der Partnerin oder des Partners und anderer naher Angehöriger durch Wegzug, Trennung oder Tod, machen es notwendig, dass Bewohner_innen ihre Strategien, sich Bedürfnisse zu erfüllen, verändern. Dies können z. B. bei fehlenden sozialen Kontakten im Stadtteil öfter unternommene Reisen zu Familienmitgliedern oder Freund_innen sein. Es kann aber auch sein, dass Menschen neue Anstrengungen unternehmen, vor Ort neue Treffpunkte oder Möglichkeiten, sich zu engagieren, zu finden. Viele entdecken durch Veränderungen ihrer Lebenssituation neue Möglichkeiten, sich Bedürfnisse zu erfüllen, oder stellen fest, dass Bedürfnisse, die für sie früher weniger bedeutsam waren, wichtiger werden, weil z. B. im Alter das Bedürfnis nach Ruhe an Bedeutung gewinnt: „Aber die Ansprüche werden ja auch kleiner. Irgendwann komme ich an einen Punkt, wo ich dann denke: ‚Ach, ich will meine Ruhe haben. Ich muss das nicht haben.‘“ (R., I7, 271), und z. B. das Bedürfnis nach sozialer Zugehörigkeit im Alltag weniger regelmäßig erfüllt werden muss.

Wir greifen hier noch einmal das Beispiel von Alter und Altern auf, um die Vielfältigkeit und Veränderbarkeit des Zusammenwirkens von Bedürfnissen und Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung zu zeigen. Viele Interviewpartner_innen erleben den Prozess des Alterns als schmerzlichen Verfallsprozess, zu dem auch Einschränkungen beitragen, die durch einen Verlust an Möglichkeiten im Wohnumfeld entstehen. Dies können neben dem Verlust von Versorgungsinfrastruktur auch baulicher Verfall und die Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Bewohner_innen im Stadtteil sein. Diese interpretieren einige ältere Menschen als sich negativ verstärkende Dynamik eines unaufhaltsamen Gesamtverfalls, wobei uns interessant erscheint, dass zum Teil offenbar persönliche, körperliche Erfahrungen von Verfall und Verlust auf die Wahrnehmung des Stadtteils projiziert werden.

Alter und Altern spielen einerseits eine bedeutsame Rolle dafür, wie Menschen sich Bedürfnisse erfüllen. Andererseits ändert sich im Alter die Lebenssituation vieler Menschen, was vor allem die berufliche Situation betrifft, aber auch Familienkonstellationen und Gesundheit. Mit diesen Veränderungen ist verbunden, dass sich die Verfügbarkeit von Ressourcen verändert, wobei sich zugleich auch die Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung verändern. Deswegen müssen die Bewohner_innen ihre Strategien der Bedürfnisbefriedigung immer wieder anpassen. In unseren Interviews wird das Thema Alter häufig als Restriktion bei der Bedürfniserfüllung thematisiert. Zum einen handelt es sich um körper- und gesundheitsbezogene Restriktionen. So können Schneefall oder die hügelige Topographie der Stadt zu Hürden für die Mobilität derer werden, die schlecht zu Fuß sind oder sich mit dem ÖPNV fortbewegen. Es kann passieren, dass dadurch Möglichkeiten der Bedürfniserfüllung außer Reichweite geraten.

Zum anderen entstehen Restriktionen auch durch Unsicherheitsgefühle bzw. Gefühle der Hilf- und Wehrlosigkeit, die die Bewohner_innen auf ihr Alter bzw. ihre Gebrechlichkeit zurückführen. Das zeigt sich z. B. im Gespräch mit den Senior_innen über den Wegfall der Sparkassenfiliale am Hasenberg. Zwar existiert an deren Stelle heute ein Geldautomat, aber sie diskutieren, ob es zu riskant sei, dort Geld abzuheben, weil in der Umgebung wenig los ist und Überfälle befürchtet werden (H., I27, 76-81). Zudem sind einige der Meinung, dass mit dem Automaten „auch nicht jeder mit umgehen [kann] in dem Alter“ (H., I27, 72), wobei sie selbst sich hier ausnehmen und nicht klar ist, ob es sich nicht eher um eine stereotype Annahme als um die tatsächliche Unfähigkeit von 70- oder 80jährigen Menschen handelt, einen Geldautomaten zu bedienen. Der Wegfall der Sparkassenfiliale bringt also aus mehreren Gründen mögliche alltagsbezogene Restriktionen für bestimmte Bewohner_innen mit sich. Auch aufgrund von Ängsten im Dunkeln oder an eher einsamen Orten fühlen sich einige ältere Menschen eingeschränkt hinsichtlich der Bedürfniserfüllung zu bestimmten Zeiten oder an bestimmten Orten. Wenn ein jahrzehntelang als ‚Wohnort im Grünen‘ geschätzter Stadtteil im Alter nicht mehr dafür nutzbar ist, weil jetzt die Rückkehr nach Hause bei Dunkelheit oder ein Spaziergang im Wald gemieden werden, müssen Bewohner_innen nach neuen Möglichkeiten suchen, sich ihre Bedürfnisse nach körperlicher Bewegung und Erholung zu erfüllen. Bringen sie die dafür nötigen materiellen Ressourcen auf, die in diesem Fall für Mobilität oder die Nutzung anderer Gelegenheiten für Bewegung, wie

Sportstudios, notwendig werden, können sie sich auf andere Weise und mit einer gewissen Wahlfreiheit ihre Bedürfnisse erfüllen.

8.2 Wahlfreiheit und Benachteiligung

Im Folgenden diskutieren wir, inwiefern die vielfältigen Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung mit Wahlfreiheiten zusammenhängen. Eine Erkenntnis unserer Studie ist, dass sich in keinem Stadtteil alle Bedürfnisse gleichermaßen gut erfüllen lassen. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass kein Stadtteil eine homogene Bewohner_innenschaft aufweist, die Bedürfnislagen und Formen der Bedürfnisbefriedigung der Bewohner_innen also ausgesprochen heterogen sind. Selbstverständlich liegt es aber auch an der unterschiedlichen Ausgangslage der Stadtteile und den Möglichkeiten, die sie bieten. Trotz ihrer unterschiedlichen Lebenslagen haben aber alle Bewohner_innen den Wunsch, dass ein Teil der grundlegenden Bedingungen der Bedürfnisbefriedigung idealerweise im Stadtteil vorhanden sein sollte, z. B. ein verkehrssicheres Wohnumfeld, Möglichkeiten der Erholung im Grünen oder eine Lebensmittelversorgung in fußläufiger Entfernung. Gleichzeitig sind die Strategien der Bewohner_innen, sich Bedürfnisse zu erfüllen, ziemlich vielfältig, und damit auch die Nutzung der Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, die vor Ort vorhanden sind. Das Spektrum der *präferierten* Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung ist dabei vielfältiger als die Bedürfnisse selber. Für jedes Bedürfnis, z. B. nach sozialer Zugehörigkeit, existiert eine Vielzahl an Möglichkeiten, es sich zu erfüllen. Dies kann z. B. eine Gemeindemitgliedschaft in einer der Religionsgemeinschaften sein, eine Vereinsmitgliedschaft oder die Einbindung in die eigene Familie, aber auch die eher unverbindliche Teilnahme an regelmäßigen Terminen im Stadtteilzentrum, wobei auch die Intensität der Nutzung der verschiedenen Netzwerke unterschiedlich sein kann. Diese Komplexität wurde durch den Vergleich von zwei Stadtteilen mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung und durch das Auffächern der Vielfalt unterschiedlicher Lebens- und Bedürfnislagen sowie Strategien zur Erfüllung von Bedürfnissen deutlich.

Die Strategien der Bedürfnisbefriedigung sind sehr differenziert. Nichtsdestotrotz ließen sich diesbezüglich einige Muster herausarbeiten (vgl. Kapitel 7.1 und 7.2), gerade wenn es um Benachteiligung geht. So ist es für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, die gesundheitlich und/oder finanziell bedingt sein können, besonders aufwändig, räumliche Distanzen zu überwinden – wobei die Kombination beider Bedingungen verstärkend benachteiligend wirkt. Daher suchen Menschen mit Mobilitätseinschränkungen stärker als andere danach, im Stadtteil Möglichkeiten zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu finden. Einige Menschen mit Bewegungseinschränkungen setzen dabei vorhandene zeitliche und finanzielle Ressourcen durchaus ein, wenn es darum geht, sich Fußwege zu ersparen, indem sie z. B. mit dem ÖPNV zu einem etwas entfernter gelegenen Supermarkt fahren, zu dem es aber eine direkte Busverbindung gibt. Die Möglichkeit der Überwindung von Distanzen erlaubt ihnen Wahlfreiheit.

Auch für Menschen mit jüngeren Kindern im Haushalt hat die Alltags- und Familienkompatibilität des Stadtteils eine hohe Bedeutung, weil sie ohnehin komplexere Wegeketten haben als Menschen ohne kleinere Kinder und jeder weitere Wegeaufwand für sie mit zusätzlichem zeitlichem und damit häufig auch finanziellem Aufwand verbunden ist. In einem monofunktionalen Stadtteil erleben sie eine Einschränkung ihrer Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, da die nahräumlich verfügbaren Möglichkeiten für sie nicht ausreichen. Gleichzeitig ist aber auch nicht davon auszugehen, dass Möglichkeiten, wenn sie denn gegeben sind, auch in jedem Fall den Präferenzen entsprechen. Die Wahlmöglichkeit kann also durch mangelnde Ressourcen zur Überwindung von Distanzen eingeschränkt sein, seien es räumliche oder zeitliche, aber auch soziale und kulturell bedingte Distanzen.

Demgegenüber ist für mobile und weitgehend ortsungebundene Personen die Nahräumlichkeit von Möglichkeiten meist kein entscheidendes Kriterium für die Erfüllung ihrer Bedürfnisse – der Stadtteil ist mit ihren Bedürfnissen kompatibel. Mobil und weitgehend ortsungebunden sind in unserem Interviewsample insbesondere relativ neu zugezogene Stadtteilbewohner_innen ohne Kinder oder pflegebedürftige Angehörige, jüngere Menschen, die bereits im Quartier aufgewachsen sind, und mobile Ältere. Angehörige dieser Gruppen sind weniger auf das Quartier als Optionsraum angewiesen, da sie relativ ungebunden leben. Damit kann eine größere Möglichkeit einhergehen, Distanzen zu überwinden, jedenfalls, wenn Bewohner_innen auch über die entsprechenden Ressourcen verfügen. Die Wahlfreiheit bezüglich der Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung kann damit größer sein und die Abhängigkeit von nahräumlich vorhandenen Strukturen geringer. So können z. B. soziale Kontakte außerhalb des Quartiers leichter gepflegt werden. Dies heißt allerdings nicht unbedingt, dass es sich hier eindeutig um Präferenzentscheidungen handelt, sondern es kann vielerlei bedeuten: dass jemand die gewachsenen, engen Kontakte zur Herkunftsfamilie oder zu alten Freund_innen und Kolleg_innen pflegt, die in einer anderen Stadt, vielleicht sogar im Ausland leben; dass jemand erst seit kurzem im Stadtteil lebt und noch keine engeren Kontakte dort hat, weil das Entstehen signifikanter Kontakte eben auch Zeit braucht; oder dass eben der Stadtteil keine oder wenig Gelegenheiten bietet, Freundschaften mit Gleichgesinnten zu schließen.

Mit unserer Forschung können wir also nicht eindeutig feststellen, *inwiefern die genutzten und in Anspruch genommenen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung auch das Ergebnis einer freien Wahl sind.* Zeigen können wir lediglich, dass bestimmte Lebensumstände wie gesundheitliche Einschränkungen oder jüngere Kinder im Haushalt in vielen Fällen mit einem Mangel an Ressourcen einhergehen und die Wahlfreiheit einschränken können. Bewohner_innen, denen es an Ressourcen mangelt, um Distanzen zu überwinden, stehen nicht alle Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung offen, da diese für sie nicht erreichbar sind, die Kosten zu hoch sind, der zeitliche Aufwand zu hoch ist, das Wissen darüber, wie Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung nutzbar wären, nicht vorhanden ist, z. B. bei der Wohnungssuche, oder wichtige soziale Netzwerke fehlen.

Die *tatsächlich in Anspruch genommenen* Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung sind dementsprechend nicht unbedingt auch diejenigen Möglichkeiten, die Bewohner_innen – unter Ausblendung aller Restriktionen – präferieren würden. Vielmehr wägen sie für ihre Entscheidungen zwischen verschiedenen Möglichkeiten ab. So verbringt eine Bewohnerin z. B. ihre Freizeit lieber in Wuppertal als in Remscheid, da die Möglichkeiten, die ein bestimmter Wuppertaler Stadtteil mit seinen Cafés und kleinen Geschäften bietet, ihr Bedürfnis nach Inspiration besser erfüllen. Zugleich ermöglicht sie sich darüber die Freiheit, andere Dinge zu konsumieren, und erlebt eine stärkere symbolisch vermittelte Zugehörigkeit zum Lebensstil der gehobenen Mittelschicht, der sich in ihrem Wohnstadtteil nicht widerspiegelt und sich, auch weil ihr die finanziellen Ressourcen dafür fehlen, für sie selbst nicht verwirklichen lässt.

Die Bewohner_innen nehmen eine (mehr oder weniger bewusste) *Abwägung von Präferenzen und Ressourceneinsatz* vor, wenn sie entscheiden, wo und welche Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung sie in Anspruch nehmen können und möchten. Allerdings betrifft das sicherlich nicht alle Entscheidungen, sondern es bilden sich Gewohnheiten heraus. Dies ist daran erkennbar, dass manche sogar nach einem Wohnortwechsel an ihren Gewohnheiten festhalten und z. B. der Freundes- oder Kolleg_innenkreis in einer anderen Stadt auch im Rentenalter noch ein regelmäßiger und wesentlicher Fixpunkt des sozialen Netzwerks bleibt oder Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten am früheren Wohnort weiterhin aufgesucht werden.

Ob jemand eher das Wohnen in einem nutzungsgemischten und innenstadtnahen Quartier wie dem Rosenhügel bevorzugt oder zum Wohnen einen eher abgelegenen, ruhigeren Stadtteil im Grünen wie den Hasenberg wählt, lässt sich auf unterschiedliche Strategien der Bedürfnisbefriedigung zurückführen, die mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung korrespondieren und kompatibel sein müssen. Hierbei erscheint die Frage wichtig, ob sich jemand *aus freien Stücken* für einen Stadtteil entschieden hat und *mit welchen Ansprüchen* sie_er dorthin gezogen ist. Zugleich ist immer klar, dass die individuelle Bilanz von Wahlmöglichkeiten desto besser ausfällt, je größer die Ressourcenverfügbarkeit eines Menschen ist. Da also nicht alle Menschen über die gleichen Ressourcen verfügen, sind Entscheidungen häufig nicht frei und präferenzorientiert. Einige Interviewpartner_innen entscheiden sich für bestimmte Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung nicht aufgrund freier Wahl und Abwägung, sondern infolge einer begrenzten Ressourcenverfügbarkeit. Für den Umgang mit stadträumlichen Gegebenheiten bedeutet dies, dass sich diejenigen, die über ausreichend Ressourcen verfügen, auch leichter mit lückenhaften nahräumlichen Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung arrangieren können: Das, was ihnen im Stadtteil fehlt, können sie an anderen Orten kompensieren, z. B. durch Mobilität. Benachteiligt sind diejenigen, die diese Wahlfreiheit nicht haben. Eine mehrfache Benachteiligung entsteht, wenn Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung für Menschen gar nicht erreichbar sind, z. B. weil sie vor Ort fehlen, und sie sich deswegen ihre Bedürfnisse gar nicht oder nicht zufriedenstellend erfüllen können.

8.3 Benachteiligende Stadtteile?

Das Ziel unserer vergleichenden Forschung zu zwei Remscheider Stadtteilen war nicht, Quartierstypen oder Typen von Bewohner_innen zu entwickeln, auch wenn wir zwei unterschiedlich charakterisierte Stadtteile erforscht und der Heterogenität deren Bewohner_innenschaft Rechnung getragen haben. Es ging uns vielmehr darum, zu zeigen, dass das Quartier als sozialräumlicher Kontext möglicherweise auf jede_n Bewohner_in eine etwas andere Wirkung entfaltet. Es war ebenfalls kein Ziel unserer Forschung, verallgemeinernde Aussagen über die Wirkung der Quartiere, z. B. als ‚benachteiligend', zu treffen. Vielmehr ging es uns darum, die Vielfalt der Möglichkeiten und Wahlfreiheiten aufzuzeigen, allerdings dabei auch die einschränkenden Effekte des Zusammenspiels von Lebenslagen, Bedürfnislagen, Ressourcenverfügbarkeit und Möglichkeiten der Bedürfniserfüllung zu beleuchten.

In beiden Quartieren ließen sich Effekte der Lebenssituation von Bewohner_innen auf ihre Wahlfreiheiten feststellen. Die Einschränkungen der Lebenschancen im Quartier hängen damit stärker von der individuellen Lebenslage und den damit verbundenen Ressourcen ab als vom Quartier und dessen räumlichen Strukturen. Weder im monofunktional strukturierten Hasenberg in Stadtrandlage noch im funktionsgemischten, innenstadtnahen Rosenhügel haben wir Faktoren entdecken können, die auf alle gleichermaßen benachteiligend wirken. Als sozialräumliches ‚Positionierungsfeld' (vgl. Bourdieu 1987) ist das Quartier kein klar abgrenzbarer und für alle gleich wirksamer räumlicher Kontext. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Möglichkeiten und Wahlfreiheiten nur im Zusammenspiel von Lebenslage, Ressourcen und Quartier betrachtet und bewertet werden können. Soll sozialräumlicher Benachteiligung politisch entgegengewirkt werden, muss sie auch die komplexen Lebenslagen im Quartier und die dementsprechend vielfältigen Bedürfnisse der Bewohner_innen und ihre differenzierte Ressourcenverfügbarkeit berücksichtigen.

Zugleich bieten die beiden untersuchten Quartiere sicherlich nicht allen Bewohner_innen optimale Voraussetzungen für die Erfüllung aller Bedürfnisse – das erwartet allerdings auch niemand. Insbesondere für den Hasenberg wären Verbesserungen der Versorgungsinfrastruktur und des ÖPNV notwendig, um auch denjenigen Bewohner_innen, die über geringere Ressourcen verfügen und dadurch benachteiligt sind, eine größere Wahlfreiheit in der Erfüllung ihrer Bedürfnisse zu ermöglichen (vgl. Beckmann/Bracher/Hesse 2007). Denn es ist davon auszugehen, dass der Wohnort für einige eine erschwerende Ausgangslage im Zusammenspiel individueller Ressourcen zur Überwindung von Distanzen und den Möglichkeiten und Wahlfreiheiten bei der Bedürfnisbefriedigung bietet.

Da die Überwindung von Distanzen zu den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung immer abhängig von den individuell verfügbaren Ressourcen ist, die sich im Lebensverlauf ebenfalls verändern können, ebenso wie sich die Gewichtung der Bedürfnisse je nach Lebenssituation verändern kann, ‚betrifft' das Quartier seine Bewohner_innen in verschiedenen Lebenslagen und Ressourcenverfügbarkeiten unterschiedlich stark. Denn erst das Fehlen individueller Ressourcen,

die zur Überwindung von Distanzen notwendig sind – seien es Geld, Gesundheit, Wissen oder soziale Kontakte – erzeugt in Kombination mit den vorhandenen oder fehlenden Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung benachteiligende Effekte: Fehlende materielle Ressourcen können einen Ausschluss von nahräumlich vorhandenen, aber zu kostspieligen oder weit entfernten Angeboten der Bedürfnisbefriedigung bewirken; fehlende soziale Ressourcen können dazu führen, dass soziale Zugehörigkeit verwehrt ist; und durch fehlende kulturelle Ressourcen kann das Wissen über Strategien, Möglichkeiten und Wahlfreiheiten fehlen. Dieses Fehlen wichtiger Ressourcen kann zur Konsequenz haben, dass Lebenschancen eingeschränkt sind, weil Wahlfreiheiten nicht gegeben sind oder nicht erkannt werden. Dies ist eng mit strukturellen Mechanismen verkoppelt, die z. B. im Bildungs- und Gesundheitssystem, auf dem Arbeitsmarkt und am Wohnungsmarkt ausgebildet werden. Wo unsere Forschung Hinweise auf Mechanismen der Benachteiligung geben kann, handelt es sich in erster Linie um Mechanismen, die mit einer strukturell bedingten Benachteiligung verbunden sind: ein zu geringes Einkommen, geringe oder nicht vorhandene Aufstiegschancen in der Arbeitswelt, schlechte soziale Absicherung und fehlende Wahlmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt, aber auch Überlastung durch hohen Betreuungsaufwand, z. B. für Kinder, teilweise gekoppelt mit einer Beeinträchtigung aufgrund gesundheitlicher Probleme. Fehlende Lebenschancen, die im Quartier sichtbar werden, sind also zunächst die Folge strukturell bedingter Benachteiligung.

Das Quartier kann aber dazu beitragen, dass die strukturelle Benachteiligung verstärkt wird. Denn eine mangelnde Versorgung mit Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung stellt für diejenigen, die strukturell benachteiligt sind und dementsprechend Einschränkungen bei der Überwindung von Distanzen erfahren, weil ihnen hierfür Ressourcen fehlen, einen zusätzlich erschwerenden, also benachteiligenden Faktor dar. So hat z. B. Herr F. in seiner schwierigen sozialen und finanziellen Lage mit zusätzlichen Problemen zu kämpfen, weil es am Hasenberg keine ausreichende Nahversorgungsinfrastruktur gibt. Frau X., die keine signifikanten sozialen Kontakte in Rosenhügel hat und sich in ihrem Stadtteil einsam fühlt, gelingt es derzeit aufgrund fehlender materieller Ressourcen und aufgrund fehlenden Wissens, also kultureller Ressourcen, und fehlender sozialer Netzwerke nicht, in eine andere Stadt umzuziehen. Sie profitiert zwar von den Beratungs- und Vernetzungsmöglichkeiten im Stadtteilzentrum, aber das reicht für sie nicht aus, um ihre Lebenssituation substanziell zu verändern, so sehr sie es sich auch wünscht.

Aus alldem die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Lebenschancen im Quartier nur dann gegeben sind, wenn in jeder Lebenslage alle Bedürfnisse im Quartier befriedigt werden können, wäre zu undifferenziert. Vielmehr können Lebenschancen im Quartier dadurch erreicht bzw. erweitert werden, dass in allen Lebenslagen die Distanzen zu den wichtigen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung für alle Menschen überwindbar sind. Das bedeutet einerseits, den Blick stärker auf Ressourcen zu richten und darauf, mit welchem Ressourcenaufwand welche Möglichkeiten erreichbar sind. Es bedeutet andererseits aber auch, zu schauen, welche Möglichkeiten, die eigenen Ressourcen zu erweitern, Stadt und Quartier den Individuen bieten. Da es nicht das für alle gleichermaßen benachteiligende oder befähigende Quartier gibt, muss soziale Benachteiligung

also ausgehend von individueller Lebenssituation und Bedürfnislage und nicht primär von den räumlichen Strukturen her gedacht werden. Anstelle von benachteiligenden Quartieren sollte dementsprechend von benachteiligten Lebenslagen in den Quartieren gesprochen werden.

Menschen in bestimmten Lebenssituationen, die ihre Wahlfreiheit und ihre Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung einschränken, wie gesundheitliche Einschränkungen, finanziell angespannte Lebenssituationen oder geringe Kenntnisse der Landessprache, brauchen also eine größere Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Bedürfnisse als andere. Dies kann, je nach vorhandenen Strukturen, sowohl durch eine Mobilitätsförderung als auch eine Erweiterung der Möglichkeiten im Quartier geschehen, im Idealfall einer Kombination beider. Eine flächendeckend erreichbare Nahversorgung kann also beispielsweise sowohl durch eine breitere Streuung von Einzelhandelsstandorten als auch durch Liefer- und Mobilitätsdienste gewährleistet werden.

Hinzu kommen Differenzierungen in der Nutzung von Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung. So nutzen Menschen z. B. einen Lebensmittelladen im Stadtteil nicht nur zur Lebensmittelversorgung, sondern auch zum Austausch und zum Knüpfen sozialer Kontakte. Auch sind für bestimmte Möglichkeiten, die gerade zur Unterstützung von Menschen dienen sollen, denen Ressourcen fehlen, die Barrieren mit zu bedenken, die ihnen innewohnen. Lieferdienste sind z. B. inzwischen häufig durch internetbasierte Bestellungs- und Bezahlungssysteme erreichbar, zu denen nicht alle Menschen gleichen Zugang haben. Auch Sprachbarrieren können gewichtiger werden als im direkten Kontakt. Zwar wird in diesem Fall fehlende Mobilität ausgeglichen; wenn aber kulturelle Ressourcen fehlen, bietet auch die auf diese Weise erweiterte Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung wenig Unterstützung.

Nicht zuletzt muss differenziert werden zwischen Einschränkungen der *generellen* Möglichkeit zur Bedürfnisbefriedigung und der individuellen *Wahlfreiheit* hinsichtlich der Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung. Beides stellen wichtige Bausteine der Realisierung von Lebenschancen dar. Somit sollten beide Aspekte eine gleichwertige politische Aufmerksamkeit erhalten und nicht die generellen Möglichkeiten priorisiert bzw. zum hauptsächlichen politischen Betätigungsfeld werden, während die Wahlfreiheiten vernachlässigt werden. Nur bei Lebenszielen, deren Priorisierung und Realisierung auf der Basis freier Wahlentscheidung geschieht, kann tatsächlich von realisierten Lebenschancen gesprochen werden.

8.4 Normative Fragen, Quartierseffekte und die Bedeutung von Mobilität

Aus unserer qualitativ angelegte Forschung zu den Zusammenhängen von Bedürfnissen und Ressourcen der Bewohner_innen in unterschiedlichen Lebenslagen und den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung in zwei Quartieren lässt sich in Bezug auf die Forschung zu Quartierseffekten schlussfolgern, dass zwar von universalen Grundbedürfnissen ausgegangen werden kann, aber die Gewichtung der Bedürfnisse der Bewohner_innen im Quartier ebenso wie die Strategien,

sich Bedürfnisse zu erfüllen, abhängig sind von der jeweiligen Lebenssituation und sich zum Teil stark unterscheiden können. Daher müssen die unterschiedlichen Lebenslagen der Bewohner_innen eines Stadtteils in Bezug zu dessen räumlichen Bedingungen gesetzt werden. *Entscheidend für die Lebenschancen ist, inwiefern Menschen in Abhängigkeit von ihrem soziräumlichen Umfeld und ihren individuellen Ressourcen in der Lage sind, Distanzen zu überwinden, um sich ihre Bedürfnisse zu erfüllen, und inwiefern sie dabei Wahlfreiheiten haben.*

Das komplexe Zusammenspiel von Bedürfnissen, Räumen/Orten der Bedürfnisbefriedigung, Distanzen und Ressourcen, mit dem sich unser Forschungsansatz auseinandergesetzt hat, lässt einige Mechanismen der Benachteiligung sichtbar werden und liefert eine differenzierte Antwort auf die Frage nach der Entstehung sozialräumlicher Benachteiligung. Der hier vorgestellte Ansatz verbindet die individuelle Perspektive und entsprechende individuelle Möglichkeiten mit den darin verborgenen strukturellen Mustern von Benachteiligung, die unmittelbar aufeinander bezogen sind.

Eine Weiterentwicklung des Ansatzes könnte darin bestehen, den Fokus auf einzelne Lebenslagen zu richten. Dabei besteht weiterhin die Herausforderung des Forschungsansatzes, die Wahlfreiheiten zu erfassen und damit die Realisierung der Lebenschancen zu bewerten oder einzuordnen. Von Beginn an sah sich unser Projekt mit der schwierigen Frage konfrontiert, welchen Maßstab eine entsprechend normativ ausgerichtete Forschungsfrage an die empirische Wirklichkeit anlegen könnte: Zählen für uns die erreichten Bildungsabschlüsse der Interviewpartner_innen und deren Einordnung auf einer Skala von einem hohen zu einem niedrigen Bildungsgrad? Oder nehmen wir die erreichten Berufsabschlüsse als Maßstab und ordnen sie hierarchisch in erfolgreich und weniger erfolgreich? Reflektieren wir die *Aufstiegsaspirationen* der Interviewpartner_innen im Kontext ihrer sozialen Herkunft? Oder erfragen wir gar die subjektive Lebenszufriedenheit? Die Crux ist nämlich, dass sich die meisten Menschen ‚nach der Decke strecken' müssen. Das bedeutet: Sie sind bereits früh dazu angehalten worden, ihre Lebenspläne entsprechend ihrer sozialen Herkunft auszurichten – und das heißt häufig: sie einzuschränken und Möglichkeiten, die in ihrer sozialen Klasse als unerreichbar betrachtet werden, ungeprüft auszublenden (vgl. Bourdieu 1982). Menschen gestalten ihr Leben also nach den Möglichkeiten und Ressourcen, die ihrer jeweiligen Klassenposition eingeräumt werden. Sie treten nur selten in eine Abwägung aller objektiv anstrebbaren Möglichkeiten ein und wägen diese für sich ab. Dies erlauben sich häufig nur die Privilegierten.

Für unsere Forschung müssen wir vor diesem Hintergrund reflektieren, dass unsere Interviewpartner_innen nicht erfüllbare Bedürfnisse oder unerreichbare Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung kaum thematisieren, weil sie die entstandene kognitive Dissonanz frühzeitig lernen selbst auszugleichen. Ihr Möglichkeitshorizont ist dabei aufgrund sozialer Strukturen eingeschränkt: Sie ziehen nicht alle potenziellen Lebenschancen und Möglichkeiten in Betracht, sondern legen einen Maßstab an ihre Erwartungen und Wünsche an ihr Leben an, der dem ent-

spricht, was angesichts ihrer sozialen Herkunft realistisch erscheint. Menschen aus unteren sozialen Schichten halten in Bezug auf die eigene Bildung und Berufswahl sowie den eigenen gesellschaftspolitischen Einfluss häufig weniger Entfaltungsmöglichkeiten für erreichbar, haben also geringere Erwartungen und Ansprüche an ihr Leben. Diese Selbstbeschränkung und das damit verbundene individuelle Ausgleichen kognitiver Dissonanz erschwert es, Rückschlüsse zur Wirkung des Quartiers auf die Lebensgestaltung der Bewohner_innen zu ziehen. Aus dem empirischen Material können daher kaum direkt strukturell bedingte Faktoren, die die Lebenschancen prägen, geschlussfolgert werden. Unsere Interpretationsleistung war daher, das Gesagte im Hinblick auf diese Selbstbescheidung unserer Interviewpartner_innen zu kontextualisieren.

Da wir nie davon ausgegangen waren, dass Menschen ausschließlich in einem Quartier leben und entsprechend alle Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung in einem Quartier zu finden sein müssten, ist schließlich ein nicht ganz unerwartetes Ergebnis unseres Projekts, dass Mobilität ein Dreh- und Angelpunkt für die Inanspruchnahme von Möglichkeiten zur Erfüllung von Bedürfnissen und für die Wahlfreiheit darstellt. Da es viele Personengruppen gibt, deren Mobilität eingeschränkt ist, z. B. durch gesundheitliche, finanzielle und zeitliche Restriktionen, aber auch durch Fürsorgearbeit, sollte sich zukünftige Forschung zu den Zusammenhängen von Wohnumfeld und Lebenschancen stärker als bisher mit Mobilitätsmöglichkeiten befassen. Es ist dabei unbedingt zu berücksichtigen, dass Mobilität zwar in erster Linie mit räumlicher Distanz in Verbindung gebracht werden kann, aber auch eng an andere Distanzen geknüpft ist, vor allem zeitliche, die durch Wegeaufwand entstehen, und materielle aufgrund von Kosten, aber auch kulturelle, da die Nutzung des ÖPNV ein recht spezifisches Wissen und sprachliche sowie technische Kompetenzen erforderlich macht, also an bestimmte Ressourcen gekoppelt ist. Mobilität ist dabei *eine* von vielen möglichen Strategien, um Distanzen zu den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung zu überwinden, aber keineswegs die einzige Strategie.

Literatur

Abellio (2018): Der Müngstener, https://www.abellio.de/de/nordrhein-westfalen/linien-reisetipps/linienuebersicht/linien/s-7 (Zugriff: 3. April 2018).

Alisch, Monika (2002): Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen, Opladen: Leske + Budrich.

Atkinson, Rowland/Kintrea, Keith (2001): Disentangling Area Effects: Evidence from Deprived and Non-deprived Neighbourhoods. In: Urban Studies 38, Nr. 12, S. 2277-2298.

Beckmann, Klaus J./Bracher, Tilman/Hesse, Markus (2007): Mobilität und benachteiligende Stadtquartiere im Fokus integrierter Stadtentwicklungspolitik. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 2, Schwerpunkt: Städtische Mobilität und soziale Ungleichheit, S. 9-22.

Bourdieu, Pierre (1982 [1979]): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/Main: Suhrkamp. (Übers. Bernd Schwibs/Achim Russer)

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen, S. 183-198.

Bourdieu, Pierre (1997): Ortseffekte. In: Bourdieu, Pierre et al.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz: UVK, S. 159-167.

Bundesagentur für Arbeit (2017): Arbeitsmarkt im Überblick – Berichtsmonat Dezember 2017 – Remscheid, Stadt, JC. https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/SGBII-Traeger/Nordrhein-Westfalen/Remscheid-Stadt-Nav.html (Zugriff: 15. März 2018).

Castells, Manuel/Mollenkopf, John H. (1991): Dual City: Restructuring New York, New York: Russell Sage Foundation.

Dahrendorf, Ralf (1979): Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dahrendorf, Ralf (1994): Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Dangschat, Jens (1995): „Stadt“ als Ort und Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 31/32, S. 50-62.

Dangschat, Jens (2014): Soziale Ungleichheit und der (städtische) Raum. In: Berger, Peter A./Keller, Carsten/Klärner, Andreas/Neef, Rainer (Hrsg.): Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie, Wiesbaden: VS, S. 117-132.

Dangschat, Jens/Hamedinger, Alexander (2007): Sozial differenzierte Räume – Erkenntnisinteresse, Problemlagen und Steuerung. In: Dangschat, Jens/Hamedinger, Alexander (Hrsg.): Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen, Hannover: ARL Forschungs- und Sitzungsberichte 230, S. 206-239.

Dangschat, Jens/Alisch, Monika (2014): Soziale Mischung – die Lösung von Integrationsherausforderungen? In: Gans, Paul (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration, Hannover: Forschungsberichte der ARL 3, S. 200-218.

Dean, Hartley (2008): Social Policy and Human Rights: Re-thinking the Engagement. In: Social Policy & Society 7, Nr. 1, S. 1-12.

Dorsch, Pamela/Siebert, Ingo (2001): Quartier als Ressource? Die räumliche Dimension von Armutsbewältigung. In: Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen, ISR (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2001. Beiträge aus der Forschung an deutschsprachigen Hochschulen, Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin, S. 121-136.

Doyal, Len/Gough, Ian (1984): A theory of human needs, Critical Social Policy 4, Nr. 10, S. 6-38.

Doyal, Len/Gough, Ian (1991): A theory of human need, London: Palgrave.

Farwick, Andreas (2002): Segregierte Armut und soziale Benachteiligung. Empirische Befunde und theoretische Reflexionen zum Einfluss von Wohnquartieren auf die Dauer von Sozialhilfebedürftigkeit. In: Mayr, Alois (Hrsg.): Stadt und Region. Dynamiken von Lebenswelten, Leipzig: 53. Deutscher Geographentag, S. 292-305.

Farwick, Andreas (2012): Segregation. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden: VS, S. 381-419.

Farwick, Andras (2014): Migrantenquartiere – Ressource oder Benachteiligung? In: Gans, Paul (Hrsg.), Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration, Forschungsberichte der ARL, Hannover: ARL, S. 219-238.

Flacke, Johannes/Schüle, Steffen Andreas/Köckler, Heike/Bolte, Gabriele (2016). Mapping environmental inequalities relevant for health for informing urban planning interventions – A case study in the City of Dortmund, Germany. In: International Journal of Environmental Research and Public Health 13, Nr. 7, 711, 19 Seiten.

Fraser, Nancy (1987): Women, Welfare and the Politics of Need Interpretation. In: Thesis Eleven 17, 88-106.

Friedrichs, Jürgen (1990): Interethnische Beziehungen und städtische Strukturen. In: Esser Hartmut/ Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Generation und Identität: theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie, Opladen: Leske + Budrich, S. 305-320.

Friedrichs, Jürgen (2013): Sozialräumliche Kontexteffekte der Armut. In Oberwittler, Dietrich/Rabold, Susann/Baier, Dirk (Hrsg.): Städtische Armutsquartiere – Kriminelle Lebenswelten? Studien zu sozialräumlichen Kontexteffekten auf Jugendkriminalität und Kriminalitätswahrnehmungen, Wiesbaden: VS, S. 11-44.

Friedrichs, Jürgen/Blasius, Jörg (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten, Opladen: Leske + Budrich.

Galster, George (2001): On the Nature of Neighborhood. In: Urban Studies 38, Nr. 12, S. 2111-2124.

Galster, George (2012): The Mechanism(s) of Neighbourhood Effects: Theory, Evidence, and Policy Implications. In: van Ham, Maarten/Manley, David/Bailey, Nick/Simpson, Ludi/Maclennan, Duncan (Hrsg.): Neighborhood Effects Research. New Perspectives, Dordrecht u. a.: Springer, S. 23-56.

Galtung, Johan (1975): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

GeoBasis-DE/BKG (2018): Topographische Karte Remscheid. http://de-de.topographic-map.com/places/Remscheid-4361023/ (Zugriff: 16. Nov. 2018).

Geobasisdaten NRW (2018a): Ortophotos (Luftbilder). Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW. https://www.tim-online.nrw.de/tim-online/initParams.do (Zugriff: 4. April 2018).

Geobasisdaten NRW (2018b): Amtliche Basiskarte. Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW. https://www.tim-online.nrw.de/tim-online/initParams.do (Zugriff: 20. Febr. 2018).

Gliemann, Katrin/Caesperlein, Gerold (2007): Spiel nicht mit den Schmuddelkindern. Der unterschätzte Einfluss der Stigmatisierung von Einwanderungsstadtteilen. In: Neuhaus, Rolf/Wilforth, Stefan (Hrsg.): Partizipation und Integration. Information erleichtern – Partizipation ermöglichen – Integration fördern. In: RaumPlanung spezial 11, S. 149-162.

Greiser, Eberhart/Greiser, Claudia/Janshen, Katrin (2007): Night-time aircraft noise increases prevalence of prescriptions of antihypertensive and cardiovascular drugs irrespective of social class—the Cologne-Bonn Airport study. In: Journal of Public Health 15, S. 327-337.

Gringel, Bettina/Mölders, Ursula (2002): „Projekt Rosenhügel". Integriertes Handlungskonzept Remscheid-Rosenhügel. Köln. https://digital.zlb.de/viewer/content?action=application&sourcepath=15350366/51_Handlungskonzept.pdf&format=pdf (Zugriff: 20. Febr. 2018).

Güntner, Simon (2007): Soziale Stadtpolitik. Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung, Bielefeld: transcript.

Häußermann, Hartmut (1997): Armut in den Großstädten – eine neue städtische Unterklasse? In: Leviathan 25, S. 12-27.

Häußermann, Hartmut (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/11, S. 13-21.

Häußermann, Hartmut (2003): Armut in der Großstadt. Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit. In: Informationen zur Raumentwicklung 3/4, S. 147-159.

Häußermann, Hartmut/Schwarze, Kristin/Jaedicke, Wolfgang/Bär, Gesine/Bugenhagen, Ina (2010): Möglichkeiten der verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung. Schlussbericht, Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hrsg.) (2004): An den Rändern der Städte, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung, Frankfurt/Main, New York: Campus.

Heidenreich, Felix (2011): Theorien der Gerechtigkeit. Eine Einführung, Opladen: Barbara Budrich.

Holm, Andrej (2009): Soziale Mischung. Zur Entstehung und Funktion eines Mythos. In: Forum Wissenschaft 1, S. 23-26.

Horn, Christoph/Scarano, Nico (2002): Philosophie der Gerechtigkeit: Texte von der Antike bis zur Gegenwart, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

IT.NRW (2018a): Bevölkerungsstand und -bewegung nach Geschlecht (ab 1977) in Remscheid. https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data;jsessionid=58F32602F6CC0216DF2DA2221F7F2EC2.ldb3?operation=ergebnistabelleUmfang&levelindex=3&levelid=1529940630212&downloadname=12491-02ir (Zugriff: 25. Juni 2018).

IT.NRW (2018b): Kassenkredite, Wertpapierschulden und Kredite der Gemeinden und Gemeindeverbände ab 2015. https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online;jsessionid=58F32602F6CC0216DF2DA2221F7F2EC2.ldb3?sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=71327K-01i (Zugriff: 25. Juni 2018).

Jäger, Friedel (1982): Die „Fünfzehn Höfe“, ein Spielball: Geschichte dieses „Anhängsels“ der Bürgermeisterei Wermelskirchen. In: Geschichte & Heimat: Die Heimat spricht zu dir 49, Nr. 6, S. 1-2.

Keim, Rolf (2002): Empowerment gegen Ausgrenzung: Die Politik der sozialen Stadt entdeckt das Quartier. In: Bukow: Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (Hrsg.): Der Umgang mit der Stadtgesellschaft. Ist die multikulturelle Stadt gescheitert oder wird sie zu einem Erfolgsmodell? Opladen: Leske + Budrich, S. 165-178.

Keim, Rolf (2004): Armut und Zusammenleben im Stadtviertel. Analytisches Potential und praktische Grenzen einer „Ressourcenperspektive“. In: Walther, Uwe-Jens/Mensch, Kirsten (Hrsg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand, Darmstadt: Schader-Stiftung, S. 129-142.

Kenrick, Douglas T./Griskevicius, Vladas/Neuberg, Steven L./Schaller, Mark (2010): Renovating the Pyramid of Needs: Contemporary Extensions Built Upon Ancient Foundations. In: Perspectives on Psychological Sciences 5, Nr. 3, S. 292-314.

Kersting, Wolfgang (2013): Gerechtigkeitstheorien. In: Schmidt, Manfred G./Wolf, Frieder/Wurster, Stefan (Hrsg.): Studienbuch Politikwissenschaft, Wiesbaden: Springer VS, S. 131-160.

Kreckel, Reinhard (1992): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/Main, New York: Campus.

Kronauer, Martin/Vogel, Berthold (2004): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte? In: Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hrsg.): An den Rändern der Städte, Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 235-257.

Kurtenbach, Sebastian (2017): Leben in herausfordernden Wohngebieten: Das Beispiel Köln-Chorweiler, Wiesbaden: Springer.

Lorenz, Walter (1992a): Die Landgemeinde Fünfzehnhöfe: Werden und Vergehen einer ehemals selbstständigen Gemeinde. In: Geschichte & Heimat: Die Heimat spricht zu dir 59, Nr. 7, S. 1-2.

Lorenz, Walter (1992b): Die Landgemeinde Fünfzehnhöfe (2): Werden und Vergehen einer ehemals selbstständigen Gemeinde. In: Geschichte & Heimat: Die Heimat spricht zu dir 59, Nr. 8, S. 3-4.

Marcuse, Peter (1993): What’s so new about divided cities? In: International Journal of Urban and Regional Research 17, S. 355-356.

Maslow, Abraham H. (1943): A Theory of Human Motivation. In: Psychological Review 50, Nr. 4, S. 370-396.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2018): Sozialbericht NRW Online. Indikator 2.2 Jugend-, Alten- und Gesamtquotient. http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialindikatoren_nrw/indikatoren/2_demografie/indikator2_2/index.php (Zugriff: 25. Juni 2018).

Neu, Claudia (2006): Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37, S. 8-15.

Nieszery, Andrea (2014): Class, race, gender… neighbourhood? Zur Bedeutung von Quartierseffekten in der europäischen Stadtforschung. In: Schnur, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden: VS, S. 135-155.

Nitsch, Daniel (2013): Regieren in der Sozialen Stadt. Lokale Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zwischen Aktivierung und Disziplinierung, Bielefeld: transcript.

Nussbaum, Martha (2000): Women and Human Development. The Capabilities Approach, Cambridge u. a.: Cambridge Univ. Press.

Oberwittler, Dietrich (2004): Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz. Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43, S. 135-170.

Orr, Larry L./Feins, Judith D./Jacob, Robin/Beecroft, Erik/Sanbonmatsu, Lisa/Katz, Lawrence F./Liebman, Jeffrey B./Kling, Jeffrey R. (2003): Moving to Opportunity Interim Impacts Evaluation. Washington D.C.: U.S. Department of Housing and Urban Development, Office of Policy Development and Research.

Park, Robert E.; Burgess, Ernest W. (2010 [1925]): The City. Suggestions for Investigation of Human Behavior in the Urban Environment. Chicago: University of Chicago Press.

Rámos Lobato, Isabel/Weck, Sabine (2017): Gute Bildungschancen als räumliches Privileg? Eine kleinräumige Analyse der Verteilung am Beispiel der Stadt Dortmund. In: Altrock, Uwe/Kunze, Ronald (Hrsg.): Stadterneuerung und Armut. Jahrbuch Stadterneuerung 2016, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 105-124.

Rawls, John (1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Rawls, John (2014 [2003]): Gerechtigkeit als Fairness. Ein Neuentwurf, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Ritterhoff, Frank/Volkmann, Anne (2014): Quartierseffekte - Forschungsstand, politische Verankerung und Perspektiven. In: Altrock, Uwe/Huning, Sandra/Kuder, Henning/Nuissl, Henning (Hrsg.): Zielgruppen in der räumlichen Planung. Konstruktionen, Strategien, Praxis, Berlin: Planungsrundschau 21, S. 273-294.

Röser, Henning (2018): 100 Jahre Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid: Jeder Zehnte wohnt heute bei der GEWAG. http://www.rp-online.de/nrw/staedte/remscheid/jeder-zehnte-wohnt-heute-bei-der-gewag-aid-1.7381200 (Zugriff: 15. März 2018).

Rosenberg, Marshall B. (2001): Gewaltfreie Kommunikation – Aufrichtig und einfühlsam miteinander sprechen, Paderborn: Junfermann.

Roth, Hans-Jürgen (2008): Geschichte unserer Stadt: Remscheid mit Lennep und Lüttringhausen, Remscheid: rga Buchverlag.

Scheiner, Joachim (1998): Aktionsraumforschung auf phänomenologischer und handlungstheoretischer Grundlage. In: Geographische Zeitschrift 86, Nr. 1, S. 50-66.

Schnur, Olaf (2014): Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: Schnur, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden: VS, S. 21-56.

Schuster, Nina (2014): Diversity in der Stadtforschung – Einordnung und Kritik eines facettenreichen Konzepts. In: Altrock, Uwe/Huning, Sandra/Kuder, Henning/Nuissl, Henning (Hrsg.): Zielgruppen in der räumlichen Planung. Konstruktionen, Strategien, Praxis, Berlin: Planungsrundschau 21, S. 25-50.

Schuster, Nina (2018): Diverse City. In: Rink, Dieter/Haase, Annegret (Hrsg.): Handbuch Stadtkonzepte Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen, Opladen, Toronto: Barbara Budrich, S. 63-85.

Sen, Amartya (1980): Equality of What? The Tanner Lectures on Human Value 1, Salt Lake City, S. 197-220.

Sen, Amartya (2013): Die Idee der Gerechtigkeit, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Soziale Stadt NRW (2010): Remscheid Rosenhügel. http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile_projekte/profil.php?st=remscheid-rosenhuegel (Zugriff: 5. April 2018).

Stadt Remscheid (2007): Zweiter Nahverkehrsplan der Stadt Remscheid. Köln. http://www.remscheid.de/leben/medienpool/dokumente020/Nahverkehrsplan.pdf (Zugriff: 16. Nov. 2018).

Stadt Remscheid (2010): Flächennutzungsplan vom 06.12.2010. Remscheid. http://www.remscheid.de/Remscheid_Tourismus/medienpool/dokumente010/FNP_Planurkunde.pdf (Zugriff: 16. Nov. 2018).

Stadt Remscheid (2012): Handlungsprogramm. Wohnungspolitisches Handlungskonzept: Analyse, Ziele und Handlungsempfehlungen. Remscheid. http://www.remscheid.de/Remscheid_Tourismus/medienpool/dokumente010/Handlungsprogramm_Wohnen.pdf (Zugriff: 16. Nov. 2018).

Stadt Remscheid (2015): Informationen der Statistikstelle: Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung zum Zensusstichtag 9.05.2011 in Remscheid nach Stadtteilen (endgültig). Remscheid. http://www.remscheid.de/arbeiten-und-wirtschaft/medienpool/dokumente030/00_Gebaeude-_und_Wohnungszaehlung_am_Zensusstichtag_9.5.2011_endgueltig.pdf (Zugriff: 16. Nov. 2018).

Stadt Remscheid (2016): Informationen der Statistikstelle. Arbeitslose im Dezember 2016, Leistungsempfänger/Innen im September 2016 in Remscheid nach Stadtteilen. Remscheid. http://www.remscheid.de/arbeiten-und-wirtschaft/medienpool/dokumente030/3.32_Arbeitslose_2016.pdf (Zugriff: 16. Nov. 2018).

Stadt Remscheid (2017): Remscheider Stadtteile im Vergleich am 31. Dezember 2016. https://remscheid.de/arbeiten-und-wirtschaft/medienpool/dokumente030/3.32_Stadtteile_im_Vergleich_2016.pdf (Zugriff: 16. Nov. 2018).

Stadt Remscheid (2018a): Informationen der Statistikstelle: Remscheider Einwohner/innen am 31. Dezember 2017. https://remscheid.de/arbeiten-und-wirtschaft/medienpool/dokumente030/3.32_Remscheider_EinwohnerInnen_am_31.12.2017.pdf (Zugriff: 16. Nov. 2018).

Stadt Remscheid (2018b): Informationen der Statistikstelle: Remscheider Stadtteile im Vergleich am 31. Dezember 2017. https://remscheid.de/arbeiten-und-wirtschaft/medienpool/dokumente030/3.32_Stadtteile_im_Vergleich_2017.pdf (Zugriff: 17. Dez. 2018)

Stadtwerke Remscheid (2015): Nachtnetz-Remscheid. Remscheid. http://www.netzplan-2017. Remscheid. http://www.remscheid.de/arbeiten-und-wirtschaft/medienpool/dokumente030remscheid.de/pdf/nachtnetz-remscheid.pdf (Zugriff: 16. Nov. 2018).

Stadtwerke Remscheid (2018): Netzplan-Remscheid. http://netzplan-remscheid.de (Zugriff: 3. April 2018).

Stursberg, Erwin E. (1969): Remscheid und seine Gemeinden. Geschichte, Wirtschaft, Kultur, Remscheid: Bergischer Verlag

Volkmann, Anne (2012): Quartierseffekte in der Stadtforschung und in der sozialen Stadtpolitik. Die Rolle des Raumes bei der Reproduktion sozialer Ungleichheit, Berlin: ISR Graue Reihe 36.

Wilson, William J. (1987): The truly disadvantaged, Chicago: Univ. of Chicago Press.

Wilson, William J. (1997). When work disappears. The world of the new urban poor, New York: Vintage Books.

Anhang

Liste der Interviews

Nr.	Interviewpartner_in/ Pseudonym	Datum des Interviews	Stadtteil	Art des Interviews
1	Herr A.	04.07.2017	H	Bewohner_inneninterview
2	Frau B./Frau C.	24.07.2017	R	Bewohner_inneninterview
3	Frau D.	28.07.2017	R	Bewohner_inneninterview
4	Frau E.	01.08.2017	H	Bewohner_inneninterview
5	Herr F.	24.08.2017	H	Bewohner_inneninterview
6	Frau und Herr G.	24.08.2017	H	Bewohner_inneninterview
7	Frau und Herr H.	24.08.2017	R	Bewohner_inneninterview
8	Frau und Herr I.	29.08.2017	H	Bewohner_inneninterview
9	Frau J.	29.08.2017	H	Bewohner_inneninterview
10	Frau und Herr K.	12.09.2017	H	Bewohner_inneninterview
11	Herr L.	13.09.2017	H	Bewohner_inneninterview
12	Herr M.	13.09.2017	H	Bewohner_inneninterview
13	Frau und Herr N.	13.09.2017	R	Bewohner_inneninterview
14	Frau O.	13.09.2017	R	Bewohner_inneninterview
15	Frau P.	15.09.2017	R	Bewohner_inneninterview
16	Frau R.	15.09.2017	R	Bewohner_inneninterview
17	Frau S./Frau T.	15.09.2017	R	Bewohner_inneninterview
18	Frau U.	20.09.2017	H	Bewohner_inneninterview
19	Herr V.	20.09.2017	H	Bewohner_inneninterview
20	Frau W.	26.09.2017	R	Bewohner_inneninterview
21	Frau X.	26.09.2017	R	Bewohner_inneninterview
22	Frau Y.	13.10.2017	H	Bewohner_inneninterview
23	Frau Z.	16.10.2017	H	Bewohner_inneninterview
24	Frau AB.	09.11.2017	H	Bewohner_inneninterview
25	Herr CD.	09.11.2017	H	Bewohner_inneninterview
26	Herr EF.	10.11.2017	H	Bewohner_inneninterview
27	12 Senior_innen	10.11.2017	H	Bewohner_inneninterview
28	Frau GH., Frau IJ., Frau KL., Frau MN. (Dolmetscherin)	22.11.2017	R	Bewohner_inneninterview
29	Herr OP.	11.01.2018	R	Bewohner_inneninterview
30	IG Hasenberg, Herr Hoffmann, Herr Boden	01.02.2018	H	Expert_inneninterview
31	Integrationsrat, Frau Ankay-Nachtwein	19.02.2018	R/H	Expert_inneninterview

Über die Autor_innen

Nina Schuster, Anne Volkmann

Dr. Nina Schuster

Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Dortmund, Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie der Fak. Raumplanung. Forschungsschwerpunkte: Stadt- und Raumsoziologie, Differenz und soziale Ungleichheit, Feministische und Queere Theorie, Qualitative Sozialforschung. Seit 2018 Leitung des DFG-Projekts „Sozialer Wandel und der alltägliche Umgang mit Differenz in der Stadt“. Redaktionsmitglied von sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung.

Dipl.-Ing. Anne Volkmann

Von 2011 bis 2018 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Dortmund, Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie der Fak. Raumplanung (2011 bis 2018). Seit 2018 am Leibniz Institut für Raumbezogene Sozialforschung. Forschungsschwerpunkte: Sozialräumliche Ungleichheiten, Gleichwertige Lebensverhältnisse, Räumliche Gerechtigkeit.

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW)

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) wurde mit Unterstützung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen im September 2014 als eigenständiger, gemeinnütziger Verein mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Aufgabe und Ziel des FGW ist es, in Zeiten unübersichtlicher sozialer und ökonomischer Veränderungen neue interdisziplinäre Impulse zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu geben und politische Gestaltungsoptionen für die Gewährleistung sozialer Teilhabe in einer sozial integrierten Gesellschaft zu entwickeln. Durch die Organisation innovativer Dialogformate und die Förderung zukunftsorientierter Forschungsprojekte will das Forschungsinstitut die Vernetzung von Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen vorantreiben und den zielgruppengerechten Transfer neuer Forschungsergebnisse gewährleisten.

Weitere Informationen zum FGW finden Sie unter: www.fgw-nrw.de

Der Themenbereich „Integrierende Stadtentwicklung“

Zentrale Aufgabe des Themenbereichs Integrierende Stadtentwicklung des FGW ist es, eine integrative Stadtpolitik auf der Grundlage eines sozial-räumlichen Lastenausgleichs in den genannten Themenfeldern zu unterstützen. Dabei ist das bereits vorhandene Handlungs- und Erfahrungswissen im Sinne einer integrativen Stadtpolitik zusammen zu führen, sind jeweils lokal dominante Spannungsfelder und Konflikte zu benennen und Möglichkeiten der Entwicklung aufzuzeigen. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in einen übergeordneten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft ein. Durch Forschungssynthesen, die Förderung kleinerer und größerer Projekte sowie die Förderung eines ressort- und fachübergreifenden Dialogs der an der Stadt- und Regionalentwicklung beteiligten Akteure will der Arbeitsbereich Stadtentwicklung dazu beitragen, eine gesicherte Wissensgrundlage z.B. für ein Monitoring integrativer Stadtentwicklungspolitik und damit einen gemeinsamen Bezugsrahmen einer integrativen Stadtentwicklungspolitik zu schaffen.

Weitere Informationen zum Profil und zu den aktuellen Aktivitäten des Themenbereichs finden Sie unter:
www.fgw-nrw.de/stadtentwicklung

FGW
Forschungsinstitut
für gesellschaftliche
Weiterentwicklung